

56. Sitzung

am Mittwoch, dem 20. März 2002

Inhalt

Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	4009
Sonstiger Eingang	4009

Wahl eines Mitglieds des Senats

Vereidigung eines Mitglieds des Senats

Abg. Tittmann (DVU)	4010
Abg. Böhrnsen (SPD)	4011
Abstimmung	4011

Fragestunde

1. Einsatz der Bremer Wasserschutzpolizei auf Unter- und Außenweser?

Anfrage der Abgeordneten Schramm, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22. Februar 2002	4012
--	------

2. Schiffskontrollen

Anfrage der Abgeordneten Schramm, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 22. Februar 2002	4017
--	------

3. Stand der Aus- und Umbaumaßnahmen des Kreuzfahrtterminals Bremerhaven

Anfrage der Abgeordneten Schramm, Dr. Güldner, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28. Februar 2002	4018
---	------

4. Maritimes Bündnis

Anfrage der Abgeordneten Günthner, Frau Lemke-Schulte, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 5. März 2002	4019
---	------

5. Verkauf der Kabelnetze

Anfrage der Abgeordneten Schildt, Frau Lemke-Schulte, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 5. März 2002	4019
--	------

6. Besserstellung durch Subventionierungen

Anfrage der Abgeordneten Günthner, Manfred Oppermann, Frau Lemke-Schulte, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 5. März 2002	4020
--	------

7. Frauenförderung im „Konzern“ Bremen

Anfrage der Abgeordneten Frau Schwarz, Frau Wulff, Frau Lemke-Schulte, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 5. März 2002	4021
---	------

Aktuelle Stunde

Jugendliche Straftäter „aufgeben“? Fortgesetzte gesetzeswidrige Einlassungen von Justiz-Staatsrat Mäurer

Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	4024
Abg. Tittmann (DVU)	4026
Abg. Röwekamp (CDU)	4027
Abg. Isola (SPD)	4029
Bürgermeister Dr. Scherf	4032
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	4035
Abg. Röwekamp (CDU)	4036

Nachhaltige Fischereiwirtschaft

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der SPD vom 18. Januar 2002 (Drucksache 15/1043)	
---	--

Nachhaltige Fischereiwirtschaft

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 5. Juni 2001 (Drucksache 15/741)	
--	--

Nachhaltige Fischereiwirtschaft

Mitteilung des Senats vom 12. März 2002
(Drucksache 15/1100)

Abg. Schramm (Bündnis 90/Die Grünen)	4038
Abg. Frau Hannken (CDU)	4040
Abg. Hoyer (SPD)	4041
Abg. Tittmann (DVU)	4043
Staatsrätin Winther	4043
Abstimmung	4044

Optimierung der parlamentarischen Beteiligung bei der Kontrolle öffentlicher Unternehmen

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU
und Bündnis 90/Die Grünen
vom 6. März 2002
(Drucksache 15/1091)

Abg. Frau Wiedemeyer (SPD)	4044
Abg. Dr. Schrörs (CDU)	4047
Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen)	4048
Bürgermeister Perschau	4050
Abstimmung	4051

Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen über ein gemeinsames Landesozialgericht und zur Änderung des Gesetzes über die Sozialgerichtsbarkeit

Mitteilung des Senats vom 13. November 2001
(Drucksache 15/896)
2. Lesung

Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen über ein gemeinsames Landesozialgericht und zur Änderung des Gesetzes über die Sozialgerichtsbarkeit

Bericht und Antrag des Rechtsausschusses
vom 8. Februar 2002
(Drucksache 15/1059)

Abg. Isola, Berichterstatter	4052
Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)	4053
Abg. Röwekamp (CDU)	4055
Bürgermeister Dr. Scherf	4056
Abstimmung	4057

Grundlagen für ein lebenslanges Lernen in Bremen und Bremerhaven ermöglichen

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 8. November 2001
(Drucksache 15/875)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 19. Februar 2002

(Drucksache 15/1073)

Abg. Frau Dreyer (CDU)	4057
Abg. Nalazek (SPD)	4059
Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen) ...	4061
Senator Lemke	4062

Konsequenzen aus der internationalen Pisa-Vergleichsuntersuchung für Bremen ziehen

Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 24. Januar 2002
(Drucksache 15/1045)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 12. März 2002

(Drucksache 15/1094)

Konsequenz aus Pisa – Schule ohne Sitzbleiben

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 12. Februar 2002
(Drucksache 15/1062)

Abg. Frau Hövelmann (SPD)	4064
Abg. Rohmeyer (CDU)	4066
Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen)	4068
Senator Lemke	4070
Abstimmung	4074

Änderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft – § 29 Anfragen

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 5. März 2002
(Drucksache 15/1085)

Abg. Tittmann (DVU)	4074
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	4075
Abg. Tittmann (DVU)	4075
Abstimmung	4076

Anhang zum Plenarprotokoll	4077
----------------------------------	------

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Bürger, Jägers, Frau Krusche, Leo, Frau Wilts.

Präsident Weber

Vizepräsident Dr. Kuhn

Schriftführerin Arnold-Cramer

Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Hannken

Schriftführer Schildt

Bürgermeister **Dr. Scherf** (SPD), Präsident des Senats,
Senator für kirchliche Angelegenheiten
und für Justiz und Verfassung

Bürgermeister **Perschau** (CDU), Senator für Finanzen

Senatorin für Bau und Umwelt **Wischer** (SPD)

Senator für Bildung und Wissenschaft **Lemke** (SPD)

Senator für Inneres, Kultur und Sport **Dr. Böse** (CDU)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Röpke** (SPD)

Staatsrat **Dr. vom Bruch** (Senator für Inneres, Kultur und Sport)

Staatsrat **Dr. Dannemann** (Senator für Finanzen)

Staatsrat **Dr. Knigge** (Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales)

Staatsrat **Köttgen** (Senator für Bildung und Wissenschaft)

Staatsrat **Logemann** (Senator für Bau und Umwelt)

Staatsrat **Mäurer** (Senator für Justiz und Verfassung)

Staatsrätin **Winther** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Präsident des Rechnungshofs **Spielhoff**

(A) Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 10.02 Uhr.

Präsident Weber: Die 56. Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Meine Damen und Herren, ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Presse. Folgende Gruppen sind heute anwesend: eine Gruppe Spätaussiedler der Wirtschafts- und Sozialakademie Bremerhaven, eine Gruppe Studenten der Hochschule für Öffentliche Verwaltung, eine zehnte Klasse des Schulzentrums an der Helsinkistraße, eine zehnte Klasse des Schulzentrums an der Lerchenstraße, eine Gruppe Umschüler zum Metallbauer des Arbeiterbildungszentrums der Arbeitnehmerkammer, eine Gruppe Senioren der Gewerkschaft der Polizei aus Bremerhaven sowie Wasserschutzpolizisten der Gewerkschaft der Polizei und ehemalige Mitarbeiter der Stahlwerke Bremen.

Ich begrüße Sie alle recht herzlich und wünsche Ihnen einen spannenden Vormittag!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Eingänge bitte ich der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzungen sowie dem heute verteilten Um-
(B) druck zu entnehmen.

I. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Beschädigungen durch illegales Graffiti im öffentlichen Raum
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 15. Februar 2002
2. Kontrolle der Gesellschaften
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 15. Februar 2002
D a z u
Antwort des Senats vom 19. März 2002 (Drucksache 15/1101)
3. Öffentlich rechtliches Handeln der Gesellschaften
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 15. Februar 2002
4. Hafenkosten
Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 5. März 2002
5. Nachwachsende Rohstoffe
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 14. März 2002

6. Beratungspflicht für arbeitslose Bürgerinnen und Bürger in Bremen und Bremerhaven
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 14. März 2002 (C)
7. Veränderungen vom 5. zum 6. Forschungsrahmenprogramm
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 14. März 2002

II. Sonstiger Eingang

Bericht über eine Informationsreise der staatlichen Deputation für Bau vom 11. bis 16. März 2001 nach Karlsruhe, Straßburg, Freiburg, Düsseldorf und Duisburg.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Aussetzung des Tagesordnungspunktes acht, Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Bildung, des Tagesordnungspunktes neun, Lkw-Maut gefährdet zahlreiche deutsche Arbeitsplätze, des Tagesordnungspunktes 21, Indirekteinleitung von Schadstoffen, und des Tagesordnungspunktes 26, Kein Stillstand im Kampf gegen den Drogentod.

Des Weiteren ist die Verbindung der Tagesordnungspunkte eins und zwei vereinbart worden, hier geht es um die Wahl und Vereidigung eines Mitglieds des Senats, des Tagesordnungspunktes sieben und der Punkte außerhalb der Tagesordnung, die sich mit Fischereiwirtschaft befassen, der Tagesordnungspunkte acht und zehn, Konsequenzen aus Pisa-Vergleichsuntersuchung, der Tagesordnungspunkte zwölf und 13, Gesetz zum Staatsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen, der Tagesordnungspunkte 17 und 18, hier geht es um den Beleihungsbericht 2000, der Tagesordnungspunkte 22 bis 24, das ist der 23. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz, des Tagesordnungspunktes 25 und außerhalb der Tagesordnung. (D)

Meine Damen und Herren, des Weiteren sind Vereinbarungen über Redezeiten bei einigen Tagesordnungspunkten getroffen worden. Weiterhin möchte ich Ihnen mitteilen, dass die Fraktion der SPD ihre Große Anfrage mit dem Titel „Härtefallkommission im Ausländerrecht einführen“ inzwischen zurückgezogen hat.

Hinsichtlich der Abwicklung der Tagesordnung wurde vereinbart, dass heute Vormittag nach der Wahl und Vereidigung eines Mitglieds des Senats die Sitzung für zirka 15 bis 20 Minuten unterbrochen wird. Nach der Aktuellen Stunde wird der Tagesordnungspunkt sieben in Verbindung mit den Punkten außerhalb der Tagesordnung, die sich auch mit Fischereiwirtschaft befassen, aufgerufen. Dann sollen die miteinander verbundenen Tagesordnungspunkte zwölf und 13 behandelt werden. Danach wird der Punkt außerhalb der Tagesordnung, Optimierung

(A) der parlamentarischen Beteiligung bei der Kontrolle öffentlicher Unternehmen, behandelt. Hierzu gibt es inzwischen eine andere interfraktionelle Vereinbarung, auf die ich aber gleich noch komme. Außerdem soll heute noch der Tagesordnungspunkt 28, Änderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft, aufgerufen werden.

Meine Damen und Herren, nachträglich wurde interfraktionell vereinbart, den Punkt außerhalb der Tagesordnung, Umweltschutz nicht aushebeln, europäische Normen rechtskonform umsetzen, Drucksache 15/1093, vor Donnerstag 12.30 Uhr aufzurufen und den Tagesordnungspunkt 27, Vertrauensschutz bei Hochschulreform gewährleisten, nicht vor Donnerstag Nachmittag aufzurufen.

Weiterhin wurde nachträglich interfraktionell vereinbart, die Reihenfolge der Behandlung der miteinander verbundenen Tagesordnungspunkte zwölf und 13 und des Punktes außerhalb der Tagesordnung, nämlich Optimierung der parlamentarischen Beteiligung bei der Kontrolle öffentlicher Unternehmen, miteinander zu tauschen.

Meine Damen und Herren, wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

(B) Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Wahl eines Mitglieds des Senats

Wir verbinden hiermit:

Vereidigung eines Mitglieds des Senats

Meine Damen und Herren, für die Wahl eines Mitglieds des Senats hat die Fraktion der SPD Frau Karin Röpke vorgeschlagen.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei der Suche, für die leider viel zu früh verstorbene, überparteilich hoch geschätzte Frau Senatorin Adolf eine geeignete Nachfolgerin zu finden, gab die SPD wieder einmal die für die SPD urtypische traurige, schaurige, klägliche Vorstellung ab. Meine Damen und Her-

ren, nun hat man sich auf Anraten oder vielleicht auch auf Befehl von Herrn Bürgermeister Dr. Scherf krampfhaft auf Frau Karin Röpke als Nachfolgerin für Frau Adolf geeinigt.

Ich werde und ich kann hier keine persönlichen Bewertungen oder Stellungnahmen über die Person von Frau Röpke abgeben –

(Zurufe von der SPD)

es kommt doch, warten Sie doch ab! –, weil mir bis jetzt ihre politische Qualifikation und ihre fachlichen Eignungen für dieses schwere Amt verborgen geblieben sind. Aber eines weiß ich genau, dass diese personelle Entscheidung von Herrn Dr. Scherf sowie das Verfahren insgesamt ein eindeutiger Beweis dafür sind, in welchem personell desolaten und erschreckenden Zustand die Bremerhavener SPD ist. Diese Entscheidung ist eine eindeutige politische Bankrotterklärung der Bremerhavener SPD. Tatsache ist, dass es erstmals keinen direkten Vertreter der Seestadt in der Landesregierung gibt. Diese Tatsache ist eine derbe Niederlage für die Bremerhavener SPD auf Kosten der Interessen der Stadt Bremerhaven und zu Lasten der Bremer und Bremerhavener Bürger. Über diese personelle Sackgasse hat sich ja sogar schon die „taz“ in ihrer Klatschkolumne Rosi Roland zum Thema Versorgungskarussell sehr treffend ausgelassen.

Frau Röpke, ich möchte Ihren Aussagen, dass Sie als Bremer Senatorin auch die Interessen der Stadt Bremerhaven vertreten möchten, ja gern glauben, und ich möchte Ihren guten Willen, Bremerhaven gerecht zu vertreten, nicht anzweifeln. Meine Damen und Herren, haben aber einige politische Entscheidungen des Bremer Senats in der Vergangenheit nicht deutlich genug bewiesen, dass sehr oft auf Kosten und zu Lasten der Stadt Bremerhaven politische Entscheidungen rigoros umgesetzt worden sind? Auf Deutsch gesagt: Bremerhaven wurde des Öfteren von Bremen untergebuttert. Ich möchte jetzt hier nicht sagen unterjocht, aber doch untergebuttert. Ich erinnere Sie hier nur einmal an die üblichen Zuweisungen von Lehrern und Polizei, Kosten der Stadt Bremerhaven sechs Millionen Euro, oder aber auch an die Hafenhoheit.

(Glocke)

Präsident Weber: Herr Abgeordneter Tittmann, wir befinden uns bei dem Tagesordnungspunkt eins, Wahl eines Mitglieds des Senats. Ich bitte Sie, das zu berücksichtigen!

(Beifall)

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, ich bin ja dabei! Hören Sie bitte genau zu!

(C)

(D)

(A) **Präsident Weber:** Wir machen hier keine Generalaussprache über Bremerhaven!

Abg. **Tittmann** (DVU): Ich halte es für die Interessenvertretung der Stadt Bremerhaven für sinnvoll und zweckmäßig, wenn die neue Senatorin oder Senator aus Bremerhaven gekommen wäre. Aus diesem Grund werde ich Frau Karin Röpke nicht wählen. Da aber die Konstellation der großen Koalition aus SPD und CDU stimmenmäßig so eindeutig ist, dass Frau Röpke heute unangefochten als neue Senatorin gewählt wird, wünsche ich als Bremerhavener Abgeordneter und im Interesse der Bremerhavener Bürger Frau Röpke trotzdem viel Glück, Kraft und Erfolg in der Hoffnung, dass sie ihre Versprechungen, die Interessen der Stadt Bremerhaven gerecht zu vertreten, sichtbar und deutlich für die Bremerhavener Bürger spürbar umsetzen möge. – Ich danke Ihnen!

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Böhrnsen.

Abg. **Böhrnsen** (SPD)*: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Interfraktionell war vereinbart, hier keine Debatte zu führen, aber natürlich können solche Worte, die wir eben gehört haben, nicht unwidersprochen bleiben. Ich bin nicht böse, dass Frau Röpke die Stimme des Rechtsextremen und Rechtsradikalen nicht bekommt.

(B)

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Ausführungen, die wir eben gehört haben, waren so absurd, dass man in der Sache nicht darauf antworten muss. Ich will nur sagen: Es wird Ihnen nicht gelingen, die Persönlichkeit und den Ruf von Karin Röpke hier zu beschmutzen! Sie ist eine hervorragende Kandidatin, und sie wird eine hervorragende Senatorin werden, davon sind wir überzeugt. – Danke!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, die Mitglieder des Senats werden nach Artikel 107 Absatz 2 der Landesverfassung mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gewählt. Gemäß Paragraph 58 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung erfolgt die Wahl des Senats in geheimer Abstimmung. Da es interfraktionell vereinbart wurde, erfolgt die Abstimmung gemäß Absatz 4 in Wahlkabinen.

*) Vom Redner nicht überprüft.

Zum Wahlverfahren lassen Sie mich bitte folgende Anmerkungen machen: Sie haben gemäß Paragraph 58 Absatz 6 der Geschäftsordnung die Möglichkeit, mit Ja, Nein oder Stimmenthaltung zu entscheiden. Fehlt eine Kennzeichnung, gilt die Stimme als nicht abgegeben. Enthält der Stimmzettel mehr Kennzeichnungen als zu Wählende, ist er ungültig.

(C)

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Wahl.

Ich eröffne den Wahlgang.

Ich rufe jetzt alle Abgeordneten nach dem Alphabet namentlich auf und bitte die so aufgerufenen Damen und Herren, die Wahl vorzunehmen. Gleichzeitig bitte ich jetzt die Schriftführerinnen beziehungsweise den Schriftführer, an der Ausgabe der Stimmzettel und an der Wahlurne Platz zu nehmen.

Meine Damen und Herren, ich beginne nun mit dem Namensaufruf.

(Es folgt der Namensaufruf.)

Meine Damen und Herren, ich frage noch einmal, ob alle Abgeordneten ihre Stimmzettel erhalten und abgegeben haben. – Ich stelle fest, dass alle Abgeordneten ihre Stimmzettel erhalten und abgegeben haben.

Meine Damen und Herren, dann ist der Wahlgang beendet.

Wir kommen jetzt zur Auszählung der abgegebenen Stimmen. Ich bitte die Schriftführerinnen beziehungsweise den Schriftführer, die Auszählung vorzunehmen.

(D)

Meine Damen und Herren, ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag), bis das Ergebnis der Auszählung vorliegt.

(Unterbrechung der Sitzung 10.30 Uhr)

*

Präsident Weber eröffnet die Sitzung wieder um 10.37 Uhr.

Präsident Weber: Die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Ich gebe Ihnen jetzt das Wahlergebnis bekannt, und zwar in der Form, wie es mir von den Schriftführerinnen beziehungsweise dem Schriftführer vorgelegt wurde. Abgegebene Stimmzettel 95, mit Ja stimmten 77, mit Nein stimmten 14, Enthaltungen vier.

Meine Damen und Herren, ich stelle fest, dass damit Frau Karin Röpke gemäß Artikel 107 Absatz 2 unserer Landesverfassung in den Senat gewählt wurde.

(Starker Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(A) Frau Karin Röpke, die Bürgerschaft (Landtag) hat Sie soeben in den Senat gewählt. Ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

(Frau R ö p k e : Ja, ich nehme die Wahl an!)

Ich stelle fest, Sie haben die Wahl in den Senat angenommen.

Wir kommen nun zu Ihrer Vereidigung.

Nach der Landesverfassung haben Sie den Eid vor der Bürgerschaft zu leisten. Ich spreche Ihnen jetzt die Eidesformel vor und bitte Sie, mit den Worten „Das schwöre ich“ oder „Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe“ den Eid zu leisten.

Die Eidesformel lautet: Ich schwöre als Mitglied des Senats, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen halten und schützen zu wollen. Frau Röpke, ich bitte Sie jetzt, den Eid zu leisten!

(Senatorin R ö p k e : Das schwöre ich!)

Frau Senatorin Röpke, mit der Eidesleistung ist Ihr Amtsantritt in den Senat vollzogen. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute!

(B) (Beifall)

Ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

(Unterbrechung der Sitzung 10.47 Uhr)

✱

Präsident Weber eröffnet die Sitzung wieder um 11.06 Uhr.

Präsident Weber: Ich eröffne die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen ein Schreiben des Präsidenten des Senats an den Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft zur Kenntnis geben: „Sehr geehrter Herr Präsident, ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, dass der Senat am heutigen Tage Frau Senatorin Röpke das Ressort ‚Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales‘ übertragen und Frau Senatorin Röpke zur Senatskommissarin für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau bestellt hat. Gleichzeitig hat der Senat Frau Senatorin Röpke als Vorsitzende in die Deputation für Arbeit und Gesundheit und für Soziales, Jugend und Senioren sowie als stellvertretendes Mitglied in die Deputation für den Fi-

schereihafen und in die Deputation für Wirtschaft und Häfen bestellt. Mit freundlichen Grüßen, Dr. Henning Scherf, Bürgermeister.“

(C)

Fragestunde

Für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) liegen zwölf frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor. Die neunte Anfrage wurde inzwischen vom Fragesteller zurückgezogen.

Die erste Anfrage trägt die Überschrift **„Einsatz der Bremer Wasserschutzpolizei auf Unter- und Außenweser?“**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Schramm, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Schramm!

Abg. **Schramm** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Trifft es zu, dass sich die Wasserschutzpolizei Bremen durch eine Initiative des Senats auf der Grundlage einer Empfehlung von Roland Berger aus Kostengründen aus dem Revier der Unterweser und aus dem Revier der Außenweser, soweit es sich um niedersächsisches Hoheitsgebiet handelt, zurückziehen muss?

Zweitens: Welche Folgen sieht der Senat für die wasserschutzpolizeilichen Aufgaben und für die Funktionsfähigkeit der bremischen Häfen, die aus dieser Entscheidung resultieren?

(D)

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Senator Dr. Böse.

Senator Dr. Böse: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Abgeordneter Schramm! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Nach Senatsbeschluss vom 18. April 2000 war der Senator für Inneres, Kultur und Sport aufgefordert, sich bei den Arbeiten zur Optimierung der Aufgabenwahrnehmung in der Polizei Bremen durch die Firma Roland Berger und Partner unterstützen zu lassen. In einem Teilprojekt wurde die Aufgabenwahrnehmung der Wasserschutzpolizei auf niedersächsischem Gebiet untersucht. Bisher übernahm Bremen diese Aufgaben unentgeltlich. Der von der Firma Roland Berger und Partner ermittelte Gegenwert der Leistungen beträgt mehr als zwei Millionen Euro jährlich.

Zurzeit werden mit dem Innenministerium Niedersachsen mit dem Ziel Verhandlungen geführt, zu einer gerechten und einvernehmlichen Lösung hinsichtlich dieser finanziellen Lasten zu kommen. Niedersachsen hat jetzt auf Abteilungsleiterbene das Angebot vorgelegt, die wasserschutzpolizeilichen

(A) Aufgaben auf niedersächsischem Gebiet selbst zu übernehmen. Nach diesem Vorschlag könnte Niedersachsen die Station in Brake übernehmen und personell aufstocken und würde zur Sicherung der Präsenz auf der Außenweser vor Bremerhaven ein Küstenboot in Nordenham stationieren und ein zweites in Wilhelmshaven belassen. Verhandlungen auf Minister- und Senaterebene hat es noch nicht gegeben, sind jedoch für die nächsten Wochen geplant.

Der Senator für Inneres, Kultur und Sport prüft gemeinsam mit der Polizei Bremen auf der Grundlage dieses Vorschlages die daraus sich ergebenden polizeilichen Fragen. Daneben müssen hafengewirtschaftliche und hafropolitische Überlegungen in die Diskussion einbezogen werden.

Zu zwei: Eine Realisierung des niedersächsischen Vorschlages würde die Wasserschutzpolizei Bremen weitgehend auf bremisches Hafengebiet konzentrieren und dabei nicht unerhebliche materielle und personelle Umsteuerungsressourcen freisetzen. Ob und wie durch eine derartige Lösung – weniger weitgehende Lösungen sind auch denkbar – die Funktionsfähigkeit der bremischen Häfen berührt würde, muss noch beraten und entschieden werden.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

(B) Abg. **Schramm** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator Böse, Sie haben gesagt, die Verhandlungen auf Minister- und Senaterebene hätten noch nicht begonnen. Können Sie diesem Hause einmal darlegen, welches die Position des Gesamtsenats ist, mit der Sie in diese Verhandlungen gehen wollen, vor allem unter dem Aspekt der Vertretung von hafropolitischen Interessen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Böse: Herr Abgeordneter, diese Position des Senats gibt es noch nicht. Wir sind auch noch gar nicht dabei, darüber zu diskutieren, sondern es geht hier zunächst einmal um die Vorschläge, die erarbeitet wurden von der Firma Berger und Partner und der Steuerungsgruppe, die eingesetzt war, hierüber mit Niedersachsen zu verhandeln. Die Verhandlungen laufen, wie ich gesagt habe, auf Verwaltungsebene. Es gibt einen Briefverkehr. Wir prüfen im Moment die Vorschläge des niedersächsischen Abteilungsleiters, und der Polizeipräsident hat mir einen Vorschlag unterbreitet, über den gegenwärtig ebenfalls gesprochen wird. Danach treffe ich mit dem Minister Bartling zusammen.

Wenn Herr Bartling und ich verhandelt haben, dann wird, da es hier um einen Staatsvertrag und einen Senatsauftrag geht, jedes Gremium, das dazu eingeschaltet werden muss, eingeschaltet werden. Wir haben in der Innendeputation bereits mehrfach über diese Frage nach dem jeweiligen Stand berichtet und

diskutiert. Der Hafenausschuss hat darüber diskutiert, der Senat muss beschließen, und die Bürgerschaft wird, da es sich dann um die Kündigung eines Staatsvertrages handelt, ebenfalls hierüber diskutieren. Das Mitwirkungsrecht aller zuständigen Gremien, Deputationen und andere Einrichtungen, wird also gewährleistet sein.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Schramm** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, Sie haben ja sozusagen im Auftrag diese Debatte losgetreten, sind initiativ geworden und haben mehr oder weniger auch schlafende Hunde geweckt. Kann es sein, dass es am Ende dieser ganzen Verhandlungen zu einem Kompromiss kommen wird, der darauf hinauslaufen könnte, dass Teile der Funktionen der Wasserschutzpolizei für die bremischen Häfen auf Niedersachsen übertragen werden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Böse: Herr Abgeordneter, zunächst einmal habe ich nichts losgetreten oder schlafende Hunde geweckt, sondern ich habe, wie in der Anfrage beantwortet, einen Auftrag des Senats ausgeführt, und hier gab es eine Empfehlung der Firma, die mit der Untersuchung beauftragt war, auch mit dem Auftrag der Steuerungsgruppe, zu verhandeln. Dies habe ich getan. Das alles läuft auf Verwaltungsebene ab. Dass dies vorab in die Öffentlichkeit gedrungen ist, ist nun einmal geschehen, wie das in der Regel so geschieht. Insofern ist da nichts losgetreten worden.

Über die Positionen, wer was übernimmt, ist, wie ich gesagt habe, noch zu beraten, und ich werde hier die Verhandlungspositionen, die wir einnehmen und die ich in der Tendenz in der nichtöffentlichen Sitzung in der Innendeputation skizziert habe, öffentlich vor dem Gespräch nicht darlegen, weil das die Verhandlungsmöglichkeiten einschränkt.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Schramm** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, besteht die Möglichkeit, dass bei eventueller Aufgabe von Funktionen der Wasserschutzpolizei auf dem Hoheitsgebiet Niedersachsens der Status des Bundeslandes Bremen als Küstenland in irgendeiner Form gefährdet wird?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Böse: Diese Möglichkeit besteht, wenn die bremische Wasserschutzpolizei nicht mehr für die Außenweser zuständig sein sollte. Die bremische Wasserschutzpolizei ist ja nach dem Staatsvertrag von 1952, der mit Niedersachsen geschlossen wurde, auf

(C)

(D)

(A) der einen Seite für die wasserschutzpolizeilichen Aufgaben auf der Unterweser, auf der anderen Seite für die wasserschutzpolizeilichen Aufgaben auf der Außenweser zuständig. Die Außenweser konstituiert den Anspruch Bremens, ein Küstenland zu sein. Wenn die bremische Wasserschutzpolizei diese Aufgabe nicht mehr wahrnehmen würde, sondern die niedersächsische Wasserschutzpolizei, wäre Bremen kein Küstenland mehr, sondern ein Stadtstaat mit zwei Städten an der Weser.

Dies hätte in der Tat zum Beispiel Auswirkungen auf die Übereinkommen, die hinsichtlich der Leitstellen getroffen wurden. Die fünf Küstenländer haben eine Übereinkunft über die Einrichtung einer Leitstelle für die Wasserschutzpolizei der fünf Küstenländer in Cuxhaven getroffen. Dieses Abkommen und die Einrichtung dort sind auch Grundlage für das Übereinkommen, das die Küstenländer mit dem Bund zur Einrichtung eines Havariekommandos getroffen haben, das ebenfalls in Cuxhaven ist.

Die bremische Wasserschutzpolizei ist in die Leitstelle eingebunden, um deren Erweiterung es gegenwärtig auch geht, und solange Bremen ein Küstenland ist – und wie gesagt, ich will hier nichts über die Verhandlungspositionen sagen, ich kann nur sagen, dass vieles dafür spricht, dass es hier auch mit Niedersachsen dazu kommen kann, dass es ein Küstenland bleibt –, werden wir in diese Abkommen eingebunden bleiben.

(B) Ich werde auch das Abkommen mit den anderen Küstenländern unterschreiben, nachdem Niedersachsen sich bereit erklärt hat, dass es für den Fall, dass die Aufgaben auf der Außenweser von Niedersachsen übernommen werden sollten, in die Pflichten Bremens aus den Abkommen eintreten wird. Ich spreche hier im Potentialis, weil bisher, ich will das wiederholen, nichts entschieden ist, auch nicht allein durch den Senator für Inneres, Kultur und Sport oder die Innendeputation entschieden wird, sondern alle zu beteiligenden Gremien darüber diskutieren, beraten und entscheiden werden.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte, Herr Kleen!

Abg. **Kleen** (SPD): Herr Senator, auf die letzte Bemerkung würde ich gern noch eingehen. Sie haben diese Unterschrift sehr lange hinausgezögert. Heißt das, dass wir zurzeit nicht souverän voll handlungsfähig sind, weil diese Entscheidungen noch nicht getroffen sind? Mir kommt das merkwürdig vor. Wir müssen doch eigentlich auf der Grundlage der jetzt bestehenden Verträge souverän handeln können, oder ist das nicht so?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Böse: Herr Abgeordneter Kleen, ich hatte bereits Gelegenheit, Ihnen das sehr hinlänglich

und länglich in der Innendeputation darzulegen.

(Unruhe bei der SPD)

Das hat eine Diskussion von, ich glaube, einer Dreiviertelstunde gegeben, weil Herr Kleen gesagt hat, dass er hier einen Informationsbedarf hat, den ich jetzt auch decken möchte.

(Abg. Frau **Hammers tr ö m** [SPD]:
Das ist aber nett!)

Wir sind voll handlungsfähig, nachdem der niedersächsische Innenminister auf meine Bitte hin in der norddeutschen Innenministerkonferenz vor zwei Wochen eine entsprechende Erklärung abgegeben hat.

Wir waren hier auch bisher handlungsfähig. Bremen ist in das Leitstellenabkommen eingebunden. Das heißt, es übernimmt die Aufgaben, die es dort entsprechend seinem Anteil hat, und so wird es auch sein. Nachdem Herr Bartling mir erklärt hat, dass er oder alle vier anderen norddeutschen Innenminister und -senatoren mich gebeten haben, hier zu unterschreiben und Niedersachsen dann erklärt hat, für den Fall, dass es hier eine Änderung geben sollte, in die Pflichten Bremens einzutreten, gibt es keinen Grund zur Besorgnis, das will ich noch einmal ganz deutlich festhalten. Wir waren handlungsfähig, wir sind handlungsfähig, und wir werden handlungsfähig bleiben.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Kleen** (SPD): Sie teilen aber meine Einschätzung, dass wir handlungsfähig sind, ohne dass Ihnen Herr Bartling da die Erlaubnis geben muss! Darf ich dies aber bitte erweitern? Sie haben in der Beantwortung zu Frage zwei das Wort Umsteuerungsressource benutzt, das doch oft den Beiklang von Spardose hat. Bedeutet dies, dass für Sie die Diskussion über die Wasserschutzpolizei als zuständige Fachorganisation für Wasser, Luft und Straße, insbesondere mit der hohen Kompetenz im Gefahrgutbereich, für Sie beendet ist, oder gibt es da noch Chancen neben dieser Niedersachsendiskussion, die Wasserschutzpolizei in ihrer Kompetenz weiter zu stärken?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Böse: Herr Abgeordneter Kleen, die Untersuchungen der Firma Berger und Partner einschließlich der eigenen Untersuchungen der Wasserschutzpolizei haben auf der einen Seite Umsteuerungspotentiale ergeben, auf der anderen Seite war auch eine Optimierung der Arbeit der Wasserschutzpolizei Inhalt. In der Anfrage zwei wird dann auch einiges über diese Arbeit zu sagen sein. Es wird kei-

(C)

(D)

- (A) ne Verschlechterung der Arbeit der Wasserschutzpolizei vor allem im Hafengebiet Bremerhavens geben, sondern die Qualität der Arbeit der Wasserschutzpolizei wird eher erhöht als abgebaut.

(Abg. K l e e n [SPD]: Danke!)

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte, Herr Dr. Güldner!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, Sie sagten vorhin in der Beantwortung der ersten Frage, dass für die Gespräche und Verhandlungen auf Minister- beziehungsweise Senatsebene noch keine abgestimmte Linie des Senats existieren würde. Nun haben aber schon seit vielen Monaten Verhandlungen auf Verwaltungsebene stattgefunden. Sind Sie nicht mit mir der Meinung, dass auch für diese eigentlich eine abgestimmte Linie des Senats hilfreich gewesen wäre, oder existieren die Probleme gerade deswegen, weil es eine solche Linie in diesen Verhandlungen nicht gab?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

- (B) **Senator Dr. Böse:** Herr Abgeordneter, zunächst einmal haben die Niedersachsen uns eine Menge Fragen gestellt. Diese Fragen sind beantwortet worden, Fakten sind ausgetauscht worden. Dann hat es Verhandlungen über Varianten gegeben, die alle in den Empfehlungen der Firma Berger und Partner, die auch der Innendeputation vorgelegen haben, enthalten sind, also alles entlang einer Linie, die sich an Kosten orientiert, die sich an Aufgaben orientiert. Hier sind Entscheidungen überhaupt noch nicht impliziert, sondern hier ist die Vorbereitung von Entscheidungen. Entscheidungen müssen auf Fakten beruhen. Diese Fakten müssen erst einmal eruiert werden, müssen dargelegt werden, müssen in ihren Auswirkungen dargestellt werden, und wenn das soweit ist, dann werden diejenigen, die darüber zu entscheiden haben, entscheiden, ob sie den dargestellten Varianten oder Entscheidungsmöglichkeiten zustimmen oder nicht.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. D r . G ü l d n e r [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, danke!)

Zusatzfrage? – Bitte, Frau Marken!

Abg. Frau **Marken** (SPD): Herr Senator, Sie haben festgestellt, dass wir, was die Leitstelle betrifft, handlungsfähig sind. Gilt dies auch für das Havariekommando? Gibt es Zusagen des Bundeslandes Bremen wegen einer Beteiligung? Das hätte ich noch gern von Ihnen gewusst.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

(C)

Senator Dr. Böse: Auch beim Havariekommando gibt es hinsichtlich der Möglichkeit, dass es arbeitet, dass es funktioniert, keine Probleme. Wir werden das einhalten, was wir bei den Verhandlungen eingebracht haben, und für den Fall, dass Niedersachsen unsere Aufgaben auf dem niedersächsischen Hoheitsgebiet der Außenweser übernehmen sollte, wird Niedersachsen dann diese Aufgaben Bremens mit übernehmen. Es gibt gegenwärtig meines Wissens keine Probleme.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Marken** (SPD): Darf ich noch einmal nachfragen: Gibt es eine personelle Beteiligung Bremens am Havariekommando, oder haben Sie so entschieden, weil das alles nicht geklärt ist, wird Bremen sich da vorerst nicht beteiligen? Ist das richtig?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Böse: Nein! Das Havariekommando baut ja auf dem Leitstellenabkommen auf. Das Havariekommando ist eine Einrichtung des Bundes. Die Leiterposition ist ausgeschrieben und, wie Ihnen bekannt ist, mit einem Mitarbeiter des höheren Dienstes aus der Wasserschutzpolizei Bremen besetzt worden. Es geht darum, dass ein Vierundzwanzigstundendienst in der Leitstelle eingerichtet wird, auch dies ist eine Voraussetzung für das Arbeiten des Havariekommandos. Ich darf das wiederholen, nach meinem Wissen gibt es, und ich war im letzten Jahr selbst da und habe mir das vor Ort angeschaut, keine Probleme.

(D)

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte, Herr Kastendiek!

Abg. **Kastendiek** (CDU): Herr Senator, teilen Sie meine Einschätzung, dass es bisher nur darum ging, eine Gleichstellung zwischen Bremen und Hamburg hinsichtlich der Beteiligung Niedersachsens an den Kosten der Wasserschutzpolizei zu erreichen, denn in Hamburg ist es ja so, dass Hamburg auf der Unterelbe Wasserschutzpolizeidienste für das Land Niedersachsen leistet und sich das Bundesland Niedersachsen daran beteiligt und dass das hier auf der Unterweser beziehungsweise auf der Außenweser nicht erfolgt? Das ist doch das Prinzip der Gleichberechtigung zwischen Bremen und Hamburg, was die Behandlung Niedersachsens angeht, dass hier diese Verhandlungen erst einmal unter dieser Prämisse geführt werden, und so ist es ja auch von Ihrem Vertreter im Landeshafenausschuss erklärt worden, dass diese Prämisse nicht zu kritisieren, sondern im Gegenteil erst einmal zu begrüßen ist.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

(A) **Senator Dr. Böse:** Die Empfehlungen, die der Lenkungsausschuss Berger zur Polizei gefasst hat, beinhalten mehrere Fragestellungen und Varianten, darunter die, warum es ein Abkommen zwischen Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg zur wasserschutzpolizeilichen Überwachung der Elbe gibt und warum in diesem Abkommen geregelt ist, dass die beiden Länder – die Aufgaben dort werden ja von Hamburg für die gesamte Elbe mit übernommen – Niedersachsen und Schleswig-Holstein einen Anteil, nicht die gesamten Kosten, der wasserschutzpolizeilichen Kosten Hamburgs entrichten und warum dies auf der Weser nach diesem Vertrag von 1952 nicht geschieht.

Die Empfehlungen von Berger sahen weiter vor zu überprüfen, ob diese Aufgaben von Niedersachsen übernommen werden, ganz oder teilweise, auch in der Variante Unterweser, Außenweser, ob Niedersachsen bezahlt oder es selbst macht. All diese Fragen sind nun auf Verwaltungsebene von Niedersachsen beantwortet worden und bedürfen der weiteren Klärung, zum Beispiel hinsichtlich der Frage – auch mit dem niedersächsischen Innenminister, und Herr Bartling und ich sind für Ende April, Anfang Mai, vorher war es nicht möglich, verabredet –, ob denn zum Beispiel auch die Qualität der wasserschutzpolizeilichen Arbeit auf der Außenweser dadurch gewährleistet ist, dass Niedersachsen eines der beiden Küstenboote, die es gegenwärtig in Wilhelmshaven stationiert hat, nach Nordenham verlegt, oder ob hier nicht genuine Aufgaben, die auch ein Standortvorteil für Bremerhaven sein können, besser von den Bremern selbst erledigt werden können. Wir müssen jetzt aufgrund der schriftlichen Antworten beraten und zu einer Übereinkunft kommen, die wir dann hier den zuständigen Gremien vorlegen werden.

(B)

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Kastendiek** (CDU): Habe ich die ganze Diskussion, die sich ja hier im Parlament wiederholt hat, denn in der Innendeputation und im Landeshafenausschuss sind die gleichen Fragen ja auch schon einmal gestellt worden, so richtig verstanden, dass wir uns erstens mitten in Verhandlungen befinden, zweitens noch nichts entschieden ist und drittens die hafenpolitischen Punkte, die insbesondere eben schon einmal erwähnt worden sind, in die Entscheidungen stark einfließen werden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Böse: Herr Abgeordneter, das haben Sie alles so richtig verstanden.

(Abg. Frau **Hövelmann** [SPD]: Gott sei Dank!)

Ich kann nur bestätigen, was Sie gesagt haben.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte, Herr Beckmeyer!

Abg. **Beckmeyer** (SPD): Herr Senator Böse, nach welchen fachlichen Kriterien werden Sie als Innenminister diese staatspolitische Frage entscheiden?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Böse: Die Fragen, Herr Abgeordneter, die mich interessieren, sind zunächst einmal die wasserschutzpolizeilichen Aufgaben. Hier hat Berger in seinen Darlegungen erfasst, wie viele Mitarbeiter der Wasserschutzpolizei in welchen Bereichen welche Aufgaben übernehmen, ob diese Aufgaben wasserschutzpolizeilicher Art oder möglicherweise anderer Art sind, ob sie Bremen oder Niedersachsen dienen, ob die Qualität der Arbeit darunter leidet.

Ich werde meine Entscheidungen, die ich zur Gesamtentscheidung beizutragen habe, daran orientieren, ob die wasserschutzpolizeilichen Aufgaben, die sich einerseits aus bestehenden gesetzlichen Verpflichtungen, andererseits zum Beispiel aber auch aus dem Marpol-Abkommen herleiten, in der gleichen Qualität wie vorher erledigt werden können, ob es hier möglicherweise eine Verschlechterung gibt oder möglicherweise eine Verbesserung dieser Aufgabenerfüllung notwendig und möglich ist. Das sind die Kriterien, die ich als Innenminister begutachten und entscheiden kann.

(D)

Hafenpolitische Fragestellungen müssen selbstverständlich von denjenigen entschieden werden, die hierfür kompetent sind, und nach der Zuständigkeitsregelung des Landes Bremen werden sie auch von den hierfür Zuständigen dann entschieden werden.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Beckmeyer** (SPD): Ich denke, wir sind dann einer Meinung, dass die staatspolitischen Fragen nicht von Roland Berger, sondern vom Bremer Senat entschieden werden.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Böse: Ich darf darauf antworten, dass dieser Anspruch von niemandem zu irgendeiner Zeit gestellt worden ist.

(Beifall bei der CDU)

(A) **Präsident Weber:** Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage bezieht sich auf **Schiffskontrollen**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Schramm, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege Schramm!

Abg. **Schramm** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Bei wie vielen Schiffen in den bremischen Häfen wird das Öltagebuch zum Verbleib von ölhaltigen Reststoffen kontrolliert?

Zweitens: Wie bewertet der Senat das Resultat dieser Kontrollen hinsichtlich der Sicherheit und des Umweltschutzes in den Häfen und hinsichtlich der zu erwartenden Strafgeelder?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Senator Dr. Böse.

Senator Dr. Böse: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Die Wasserschutzpolizeidirektion Bremen kontrolliert regelmäßig Seeschiffe in den Häfen von Bremen, Bremerhaven, Brake und Nordenham hinsichtlich der Einhaltung der Vorschriften des Internationalen Übereinkommens zur Verhütung der Meeresverschmutzung durch Schiffe, kurz Marpol. Aufgrund des hierfür erforderlichen Spezialwissens werden die Überprüfungen von besonders geschulten Beamten eines hierfür eingerichteten Sachgebiets durchgeführt. Diese Beamten begutachten die täglich einlaufenden Schiffe nach bestimmten Verdachtskriterien und wählen die zu kontrollierenden Schiffe aus. Dabei werden insbesondere die Öltagebücher kontrolliert.

In den Jahren 2000 und 2001 wurden dabei folgende Kontrollergebnisse erreicht, es folgt eine kleine Statistik, die wiederholt kommt, es ging nicht anders: kontrollierte Öltagebücher 2000 772, 2001 714, festgestellte Verstöße 2000 583, 2001 565. Die Verstöße gegen die Pflicht zur ordnungsgemäßen Öltagebuchführung wurden als Ordnungswidrigkeiten verfolgt. Dabei wurden von den Beamten der Wasserschutzpolizeidirektion Bremen folgende Maßnahmen durchgeführt: Verwarnungen ohne Verwarnungsgeld 2000 124, 2001 54, Verwarnungen mit Verwarnungsgeld 2000 293, 2001 399, gefertigte Ordnungswidrigkeitenanzeigen 2000 166, 2001 112.

Sofern die Verstöße als Ordnungswidrigkeit zur Anzeige gebracht wurden, erfolgte die weitere Bearbeitung zuständigkeitshalber durch das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie in Hamburg. Von dort werden Bußgelder festgesetzt, die nach Art und Höhe den Summen des Verwarngeld-

kataloges Binnen- und Seeschifffahrtsstraßen des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Wohnungswesen entsprechen.

Zu zwei: Die Anzahl der zu erwartenden Bußgelder ergibt sich aus der Zahl der angezeigten Ordnungswidrigkeiten. Die Höhe richtet sich nach den Summen des Verwarngeldkataloges Binnen- und Seeschifffahrtsstraßen. Die höchsten Bußgelder werden für den fehlenden Nachweis im Öltagebuch über den Verbleib von ölhaltigen Rückständen festgesetzt. Je nach Menge des fehlenden Nachweises werden Bußgelder von 500 bis 12 500 Euro erhoben.

Die Kontrolldichte bei der Kontrolle von Öltagebüchern ergibt sich aus dem Verhältnis der Seeschiffsankünfte in den Häfen Bremen, Bremerhaven, Brake und Nordenham zu der Anzahl der durchgeführten Kontrollen. Dies waren Seeschiffsankünfte im Jahr 2000 11 203, Kontrollen 772. Im Jahr 2001 waren es 10 921 Ankünfte und 714 Kontrollen. Prozentual ausgedrückt wurden somit im Jahr 2000 die Öltagebücher von 6,9 Prozent der ankommenden Seeschiffe kontrolliert. Im Jahr 2001 betrug diese Zahl 6,5 Prozent.

Diese Zahlen sind jedoch zu relativieren, da viele der ankommenden Schiffe die Weserhäfen mehrmals im Jahr anlaufen. Die Kontrolldichte bezogen auf unbekannte oder bereits verdächtige Schiffe ist daher weit höher. Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass nahezu jedes Schiff der allgemeinen schifffahrtspolizeilichen beziehungsweise der grenzpolizeilichen Kontrolle unterliegt. In jedem Fall werden auch Verstöße nach dem Umweltschutzrecht geprüft und gegebenenfalls das zuständige Sachgebiet hinzugezogen. Insgesamt ist die Kontrolldichte daher angemessen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Schramm** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, die Fülle der Zahlen jetzt aus dem Stand zu beurteilen ist natürlich etwas schwierig. Meinen Sie nicht, dass eine Prüfquote in Höhe von 6,9 Prozent doch relativ gering ist und durchaus Potential für weitere Überprüfungen in diesen Zahlen steckt? Was schlagen Sie vor zu unternehmen, um diese Quote zu erhöhen und damit zu mehr Einkünften auch für den Haushalt zu kommen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Böse: Herr Abgeordneter, ich war im Juli des letzten Jahres in Bremerhaven, um mir von der Wasserschutzpolizeiinspektion dort all diese Arbeiten vorführen zu lassen und auch Diskussionen darüber zu führen. Dabei ist mir dargestellt worden, dass die Kontrolldichte gerade in Bremerhaven im Vergleich zu anderen Häfen eine relativ hohe ist. Ich finde es richtig und im Übrigen auch gut, was

(B)

(C)

(D)

(A) dort geschieht. Das ist dort auch eindrucksvoll demonstriert worden. Sie dürfen nicht vergessen, dass hier auch immer wieder von Reedereien darüber Klage geführt wurde, dass die Kontrolldichte in Bremerhaven und auch in Bremen zu hoch ist. Sie ist angemessen.

Ich bitte Sie auch, nicht zu vergessen, was ich eben geantwortet habe: Bremerhaven hat einen sehr hohen Anteil von Schiffen, die immer wieder nach Bremerhaven kommen, gerade Autotransporter und andere Schiffe dieser Art. Das heißt, die Kontrolle und die Kontrolldichte müssen ganz wesentlich auf Schiffe abgestellt werden, die weniger häufig nach Bremerhaven kommen und bei denen ein Verdacht durchaus angenommen werden kann.

Ich will noch einmal betonen, dass die Arbeit der Wasserschutzpolizei im Lande Bremen einen bundesweit, wie ich auch durch Besuche in Cuxhaven und in anderen Bereichen weiß, sehr guten und hohen Ruf genießt und auch weiterhin genießen soll.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage trägt den Titel „**Stand der Aus- und Umbaumaßnahmen des Kreuzfahrtterminals Bremerhaven**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Schramm, Dr. Güldner, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(B) Bitte, Herr Kollege Schramm!

Abg. **Schramm** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie weit ist der Umbau der Kreuzfahrtanlage in Bremerhaven vorangeschritten?

Zweitens: Welche touristischen Umfeldmaßnahmen werden bisher geplant, wie weit ist ihre Umsetzung vorangeschritten?

Drittens: Mit welchen realistischen zusätzlichen Kreuzfahrtgeschäften rechnet der Senat nach Fertigstellung der Anlage?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Staatsrätin Winther.

Staatsrätin Winther: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu erstens: Im Frühjahr 2002 werden bei laufendem Kreuzreiseverkehr der Nordflügel und der Nordkopf umgebaut. Die nördliche Hälfte der zukünftigen Warthalle im ersten Obergeschoss sowie der Eingangsbereich im Nordkopf und die Abfertigungshalle im Erdgeschoss sollen bis zum Herbst 2002 fertiggestellt sein. Der südliche Bereich der Warthalle wird anschließend zum Saisonbeginn 2003 folgen. Die zur baulichen Umgestaltung der Fahrgastanlage gehörenden Fassadenerneuerungen, die Sanie-

rung der Ostfassade sowie die Herstellung des Passagierganges und der daran anschließenden Hochstege werden während dieser Zeit vorgenommen. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme des gesamten Kreuzfahrtterminals ist bis zum Saisonbeginn 2003 vorgesehen.

Zu zweitens: Nördlich des Gebäudekomplexes wird ein Parkplatz für Kreuzfahrtteilnehmer ab Mai dieses Jahres hergestellt. Der Busbahnhof ist im Wesentlichen fertiggestellt, Restbauten werden in Abhängigkeit von anderen Baumaßnahmen ab Herbst des Jahres vollendet.

Zu drittens: Allgemein wird im deutschen Kreuzfahrtmarkt mit Steigerungsraten zwischen 7,5 und zehn Prozent pro Jahr gerechnet. Nach Fertigstellung der Anlage in Bremerhaven wird wegen der Attraktivität darüber hinaus mit einem weiteren Zuwachs von mehr als zehn Prozent gerechnet.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Schramm** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Staatsrätin Winther, eine Frage vielleicht noch! Es war ja in der Diskussion um die Erneuerung und Renovierung dieser Kreuzfahrtanlage auch im Gespräch, die Attraktivitätssteigerung in stadtentwicklungspolitischer Hinsicht anzugehen, Hotelbauten, neue Brücken und Zuwege und touristische Attraktionen. Diese Antwort haben Sie jetzt ein bisschen vernachlässigt. Gibt es da jetzt weitere Planungen, und inwieweit sind sie vorangeschritten?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Winther: Die Antwort gebe ich Ihnen jetzt gern. Einerseits haben wir ja im Februar ein großes Maßnahmenpaket für den Alten/Neuen Hafen beschlossen. Das Paket ist Ihnen allen bekannt. Ich gehe davon aus, dass auch gerade der Columbusbahnhof von den Maßnahmen, so sie denn umgesetzt werden, profitieren wird, zum Beispiel im Bereich Veranstaltungen, aber auch als Ausguck und als Treffpunkt. Von den Entwicklungen im Alten/Neuen Hafen wird auch abhängig sein, wie die zweite Stufe des Ausbaus des Kreuzfahrtterminals realisiert werden kann und soll, also wie und in welcher Form ein Ausbau als Messe- und Veranstaltungszentrum hier realistisch und wirtschaftlich ist.

Wenn Sie dann das enge Umfeld betrachten, so hat der Wirtschaftssenator zusammen mit Bremerhaven ein Projekt auf den Weg gebracht, den so genannten Maritimen Trail. Dies ist ein Maßnahmenpaket, um die maritime Seite Bremerhavens für Touristen attraktiv zu machen und auch entsprechend zu vermarkten. Ein wichtiger Baustein in diesem Konzept ist natürlich der Columbusbahnhof. Hier ist vorgesehen, auch gerade die industriellen Teile des Umfeldes attraktiver zu machen, etwa durch besondere Beleuchtung, wie es zum Beispiel das Saarland

(C)

(D)

(A) gemacht hat mit seinem Weltkulturerbe, der Stahlhütte. Es gibt eine entsprechende Vorlage, und diese Vorlage ist in Bremerhaven in der Abstimmung.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage trägt den Titel „**Maritimes Bündnis**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Günthner, Frau Lemke-Schulte, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Günthner** (SPD): Wir fragen den Senat:

Wie bewertet der Senat die Einstellung von 34,8 Millionen Euro in den Bundeshaushalt zur Sicherung der Bordarbeitsplätze von deutschen Seeleuten auf deutschen Handelsschiffen sowie zur Förderung der Ausbildung des seemännischen Nachwuchses, und welche Auswirkungen verspricht er sich hiervon für das Land Bremen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Staatsrätin Winther.

Staatsrätin Winther: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

(B) Der Senat begrüßt grundsätzlich die Einstellung von 34,8 Millionen Euro in den Bundeshaushalt als finanzielle Überbrückung bis zum Greifen der strukturellen Maßnahmen bei den Lohnnebenkosten, wie es im maritimen Bündnis abgesprochen war.

Damit wird ein Beitrag zur Sicherung der Bordarbeitsplätze von deutschen Seeleuten auf deutschen Handelsschiffen sowie zur Förderung der Ausbildung des seemännischen Nachwuchses insgesamt geleistet, der anteilmäßig auch den bremischen Reedern zugute kommt.

Der Senat bedauert, dass diese Fördermittel in den nächsten Jahren nur degressiv zur Verfügung gestellt werden sollen, nämlich nur 31 Millionen Euro in 2003, 27 Millionen Euro in 2004 und 23 Millionen Euro in 2005. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Herr Kollege?

(Abg. **G ü n t h n e r** [SPD]: Danke schön!)

Eine Zusatzfrage des Abgeordneten Kastendiek!
Bitte sehr!

Abg. **Kastendiek** (CDU): Frau Staatsrätin, halten Sie denn die 34,8 Millionen Euro für ausreichend, die die rotgrüne Bundesregierung eingestellt hat?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Winther: Nach der allgemeinen Auffassung und der Erkenntnis aller Beteiligten sind 60 Millionen Euro per annum notwendig, wenn man wirklich mittel- und langfristig diese Arbeitsplätze, die hier zur Debatte stehen, sichern will und ebenso auch die Ausbildungsplätze.

(C)

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Herr Kollege? – Bitte sehr!

Abg. **Kastendiek** (CDU): Meinen Sie, dass neben allgemeinen deklaratorischen Erklärungen da konkreteres Handeln der rotgrünen Bundesregierung notwendig wäre?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Winther: Ich kann nur das maritime Bündnis wiederholen. Dort ist formuliert, dass die Entlastung im Bereich der Lohnnebenkosten, der Versicherungssteuern der Reedereien, der Sozialversicherungsbeiträge angestrebt ist. Ich hoffe, dass wir hier kurzfristig schnellstmöglich zu einer Umsetzung kommen.

(Abg. **K a s t e n d i e k** [CDU]: Danke schön!)

Präsident Weber: Eine weitere Zusatzfrage durch den Abgeordneten Günthner! Bitte, Herr Kollege!

(D)

Abg. **Günthner** (SPD): Frau Staatsrätin, könnten Sie vielleicht noch einmal, damit auch der Abgeordnete Kastendiek es versteht, sagen, wie der Senat die Einstellung von 34,8 Millionen Euro in den Bundeshaushalt bewertet, wie Sie es eingangs Ihrer Antwort schon gemacht haben?

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Winther: Ich wiederhole das gern. Wir begrüßen grundsätzlich die Einstellung der entsprechenden Beträge. Wir bedauern allerdings, dass diese Beträge degressiv gestaltet sind, und wir gehen nach wie vor davon aus, dass zur grundsätzlichen Sicherung 60 Millionen per annum notwendig sind.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf den **Verkauf der Kabelnetze**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Schildt, Frau Lemke-Schulte, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege Schildt!

Abg. **Schildt** (SPD): Wir fragen den Senat:

(A) Wie beurteilt der Senat die Entscheidung des Kartellamtes zum Zusammenschlussvorhaben Liberty Media/Kabel Deutschland, und welche Auswirkungen hat diese Entscheidung auf das Land Bremen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Bürgermeister Dr. Scherf.

Bürgermeister Dr. Scherf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Die US-amerikanische Firma Liberty Media hatte beabsichtigt, die Breitbandkabelnetze der Deutschen Telekom in sechs Regionen einschließlich Bremen/Niedersachsen zu übernehmen. Das Bundeskartellamt hat den Verkauf der Kabelgesellschaften an Liberty Media untersagt, da der Wettbewerb in den Kabelnetzen eher geschwächt als fortentwickelt würde, denn Liberty Media beanspruchte die Endkundenbeziehung exklusiv, so dass Dienstangebote Dritter nicht oder nicht ausreichend möglich gewesen wären. Die Deutsche Telekom bemüht sich nun um einen neuen Käufer für die sechs Kabelregionen.

Daneben bemüht sich die Kabel Deutschland, die für die Deutsche Telekom den Netzbetrieb durchführt, um einen zügigen Ausbau der Netze. Unter Moderation der bremischen Landesmedienanstalt wird derzeit sondiert, inwieweit Bremen sich als Pilotregion für eine zügige Digitalisierung der Netze einbringen kann.

(B) Der Senat sieht für Bremen große Entwicklungsmöglichkeiten im Kabelnetz. Es ist eine wichtige Infrastruktur, um sowohl in privaten Haushalten als auch in gewerblichen Betrieben möglichst breite Fernseh- und Telekommunikationsangebote ohne hohen technischen Aufwand und zu möglichst geringen Kosten anbieten zu können. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Herr Kollege? – Bitte!

Abg. **Schildt** (SPD): Herr Bürgermeister, zu dem Teil, inwieweit Bremen aktiv ist, Sie haben in der Antwort ausgeführt, unter Moderation der Landesmedienanstalt! Gibt es konkrete Überlegungen, inwieweit das Land Bremen mit Beteiligten eine Bremer Lösung finden kann? Das ist frühzeitiger als das Warten darauf, ob es eine größere Regionenlösung gibt, in das Kabelnetz zu investieren.

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Dr. Scherf: Wenn Sie glauben, dass wir da mitbieten können mit Liberty Media, dann sind Sie in der falschen Liga gelandet, Herr Schildt!

(Heiterkeit – Abg. **T e i s e r** [CDU]: Da besteht die Gefahr, dass Liberty uns übernimmt!)

Das übersteigt alle unsere Möglichkeiten. Wir verfolgen mit angehaltenem Atem, wie dieser Kampf um das Kabelnetz der Deutschen Telekom wirklich ausgeht, je nachdem, was sich da für Lösungen abzeichnen. Ich kann das nicht sagen. Ich kenne eine Reihe von Meldungen aus den Zeitungen, aber es macht jetzt keinen Sinn, dass ich die alle wiederhole, weil das spekulativ ist.

Das Geschäft ist noch nicht gelaufen, und es bieten da Giganten! In jedem Fall haben wir ein hohes Interesse für unser kleines Land, dass wir das, was wir hier an Kabelnetz haben, als wichtige Infrastruktur nutzen, ausbauen und weiter am Markt halten. Bei den Nutzern und bei den Anwendern sind wir dabei, bei den Bietern, das ist nicht unsere Klasse, das sind die ganz Großen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. **Schildt** (SPD): Herr Bürgermeister, vielleicht habe ich meine Frage auch falsch gestellt. Es geht nicht darum, bei der gesamten Regionslösung mitzubieten, sondern darüber nachzudenken: Wenn es keine Großanbieter gibt, die Regionen oder das ganze Regionennetz aufnehmen, inwieweit – und da habe ich gehört, es gibt auch Bremer Interessentenfirmen – kann man eine Regionslösung um den Bereich Bremen herum organisieren, um in das Kabelnetz weiter zu investieren? In die Richtung geht die Frage.

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Dr. Scherf: Dann habe ich Sie missverstanden. Da sind wir voll dabei und voll interessiert und wollen uns natürlich mit allen Nutzern und mit allen, die noch in diesen Markt hineindrängen, verständigen. Ich hatte gedacht, wir sollten das Netz kaufen! Das schaffen wir nicht.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste Anfrage trägt die Überschrift „**Besserstellung durch Subventionierungen**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Günthner, Manfred Oppermann, Frau Lemke-Schulte, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege Günthner!

Abg. **Günthner** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: In welchem Umfang ergibt sich für europäische Konkurrenzhäfen durch Trassenentgelte im Schienengüterverkehr und streckenbezogene Autobahngebühren für Lkw eine Besserstellung gegenüber den bremischen Häfen?

Zweitens: Was unternimmt der Senat, um wettbewerbsverzerrende Beihilfen der europäischen Nach-

(C)

(D)

- (A) barn für ihre Häfen durch eine europäische Richtlinie zur Kontrolle staatlicher Beihilfen für Seehäfen zu regulieren?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Staatsrätin Winther.

Staatsrätin Winther: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Im Güterverkehr auf der Schiene und auf der Straße ist eine erhebliche Besserstellung der europäischen Konkurrenzhäfen gegenüber den bremischen Häfen festzustellen. Dem Senat liegen Informationen über die Trassenpreise im Schienengüterverkehr in den niederländischen Konkurrenzhäfen vom Oktober 2001 vor. Danach wird ein Trassenentgelt von 0,21 Euro pro Kilometer auf der Schiene in den Niederlanden erhoben. Die Trassenpreise in Deutschland dagegen liegen durchschnittlich deutlich höher, je nach Qualität und Belastung von 2,10 Euro pro Kilometer bis zu über fünf Euro. Bei der Lkw-Maut ist gegenwärtig von 0,15 Euro pro Kilometer auszugehen. Dagegen ist völlig offen, ob, wann und zu welchen Bedingungen die Niederlande die Lkw-Maut einführen.

- (B) Zu zwei: Der Senat fordert seit Jahren eine Richtlinie von der Europäischen Kommission zur Regulierung der wettbewerbsverzerrenden Beihilfen für Häfen in Europa. Mit dem Richtlinienvorschlag über den Marktzugang für Hafendienstleistungen, über den die Bremische Bürgerschaft im Februar aufgrund eines Berichts des Hafenausschusses beraten hat, sieht die Europäische Kommission ihre Aufgabe jedoch als erfüllt an, weil sie damit einheitliche Rahmenbedingungen für den Wettbewerb innerhalb der Häfen schafft. Sie verkennt dabei, dass der Wettbewerb der Diensteanbieter auf dem relevanten Markt, das heißt zwischen den Häfen, stattfindet und dort voll entwickelt ist. Hier hält die Kommission weiterhin an der Einzelfallmethode fest.

Der Senat hat deshalb zusammen mit den anderen Küstenländern einen Beschluss des Bundesrates am 13. 7. 2001 zur Lösung der Wettbewerbsprobleme zwischen den europäischen Seehäfen erwirkt, in dem die Formulierung gemeinschaftlicher Leitlinien über staatliche Beihilfen für Hafenunternehmen gefordert wird. – Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage, Herr Kollege?

(Abg. G ü n t h n e r [SPD]: Nein, danke!)

Eine weitere Zusatzfrage durch den Kollegen Manfred Oppermann! Bitte sehr, Herr Kollege!

Abg. Manfred **Oppermann** (SPD): Frau Staatsrätin, sind Ihnen Unmutsäußerungen des bremischen

Truckgewerbes bekannt, dahingehend, dass scheinbar Terminalbetreiber in Hamburg und in Bremerhaven schienengebundene Containerverkehre zwischen diesen Häfen subventionieren sollen und dadurch das bremische Truckgewerbe in Nachteil gerät? Wenn ja, was gedenken Sie da zu unternehmen?

(C)

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin!

Staatsrätin Winther: Insgesamt muss es uns ja darum gehen, eine international einheitliche Linie für alle Trassen zu erreichen, und es kann nicht sein, dass wir hier einen Wettbewerb untereinander austragen. Insofern werden wir uns hier für gleiche Bedingungen einsetzen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Manfred **Oppermann** (SPD): Könnten Sie beim nächsten Mal in der Deputation für Wirtschaft und Häfen konkret zu dieser Frage berichten, die aus dem bremischen Truckgewerbe kommt, wie sich da insbesondere Eurogate und NTB verhalten? Da ist der Vorwurf, dass sie im schienengebundenen Verkehr die Preise pro Container mit Eigenmitteln subventionieren, was ja letztendlich Eurogate – Anteilseigner auch zu einem Teil die Stadtgemeinde Bremen – unter Umständen von der Dividende abgehen könnte.

(D)

Präsident Weber: Bitte, Frau Staatsrätin Winther!

Staatsrätin Winther: Wir berichten Ihnen gern in der Deputation oder im Ausschuss darüber.

(Abg. Manfred O p p e r m a n n [SPD]:
Danke!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die siebte Anfrage bezieht sich auf **Frauenförderung im „Konzern“ Bremen**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Schwarz, Frau Wulff, Frau Lemke-Schulte, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin Schwarz!

Abg. Frau **Schwarz** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie viele der zum „Konzern“ Bremen gehörenden Gesellschaften sind Mitglieder des Vereins Total E-Quality, eines Vereins, der sich die Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern zum Ziel gesetzt hat?

Zweitens: Welche Bedeutung misst der Senat dem Verein Total E-Quality bei?

(A) Drittens: Welche Möglichkeiten sieht der Senat, oben genannte Unternehmen, die noch nicht Mitglieder sind, von der Wichtigkeit der Mitgliedschaft zu überzeugen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Bürgermeister Perschau.

Bürgermeister Perschau: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Der Verein Total E-Quality Deutschland e. V. hat in Bremen und Bremerhaven überhaupt keine Mitglieder, weder in öffentlichen Unternehmen noch in irgendeinem privatwirtschaftlichen Unternehmen.

(Abg. T e i s e r [CDU]: Nur Frau Schwarz ist Mitglied! – Heiterkeit bei der CDU)

Zu zwei: Der Senat begrüßt die Aktivitäten des Vereins Total E-Quality als eine Möglichkeit, die Chancengleichheit von Frauen und Männern im Berufsleben zu fördern.

Zu drei: Der Senat wird die oben genannten Gesellschaften in geeigneter Art und Weise auf die positive Zielsetzung des Vereins hinweisen.

(B) **Präsident Weber:** Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Schwarz** (SPD): Herr Senator, als ich die Antwort eben vernommen habe, habe ich so das Gefühl gehabt, wenn ich einem Menschen erklären will, was Unverbindlichkeit bedeutet, dann würde ich das als Beispiel anführen. Aber ich hoffe, dass ich jetzt noch nähere Ausführungen bekomme, um Klarheit zu erhalten. Was heißt für Sie denn „in geeigneter Weise auf die positive Zielsetzung des Vereins hinweisen“?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Ich kann mir vorstellen, Frau Abgeordnete, dass wir zum Beispiel einmal gemeinsam mit der Gleichstellungsstelle eine Veranstaltung machen, zu der wir den Verein bitten, sich vorzustellen. In Norddeutschland ist er nicht so stark vertreten wie in anderen Bereichen der Bundesrepublik. Dies liegt weniger, glaube ich, an uns, sondern der Verein hat möglicherweise noch nicht intensiv genug geworben, denn sonst hätte er sicherlich in der einen oder anderen Firma bereits Mitglieder finden können, aber ich halte das wirklich für eine gute Idee. Es ist ein Verein, der sich aus der Bertelsmann-Stiftung gebildet hat, und in dem Ziel sind wir uns doch völlig einig! Deshalb kann ich mir

vorstellen, dass wir irgendwann, noch vor dem Sommer, so eine Präsentationsveranstaltung gemeinsam machen und das unseren Gesellschaften anbieten.

(C)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Schwarz** (SPD): Anlass für diese Frage war der Text der Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft. Hier habe ich, das muss ich auch gestehen, zum ersten Mal von der Existenz dieses Vereins erfahren. In diesem Vereinbarungstext, und ich zitiere mit der Erlaubnis des Präsidenten, heißt es unter anderem: „Die Spitzenverbände der Wirtschaft empfehlen den Unternehmen die Unterstützung des Vereins.“ Meine Frage jetzt: Welche Möglichkeit sehen Sie, mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft und Industrie hier in Bremen Kontakt aufzunehmen, um die Ziele des Vereins und die Mitgliedschaft von Unternehmen in diesem Verein zu fördern?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Frau Abgeordnete, ich denke, dass wir gut beraten sind, uns zunächst einmal um unseren Zuständigkeitsbereich zu kümmern.

(Beifall bei der CDU)

(D)

Ich habe auch nicht den Eindruck, Frau Abgeordnete, dass die Gleichberechtigung von Mann und Frau und die Gleichstellung im Berufsleben nur und ausschließlich über Total E-Quality hergestellt werden kann, sondern dass wir dort sehr viele Instrumente haben, die wir auch nutzen. Ich denke, dass Bremen sich gerade im Bereich der Frauenförderung auch einen Namen gemacht hat.

Dieser Verein ist in seinen Zielsetzungen durchaus auf der Linie dessen, was wir gemeinsam vertreten. Ich würde nur nicht sagen, dass der Senat berufen wäre, nun Zwangs- oder Pflichtmitgliedschaften anzuordnen. Das halte ich nicht für gut, aber dass wir ein Forum bieten, in dem sich der Verein präsentiert, das halte ich für zweckmäßig.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Schwarz** (SPD): Ihren Hinweis auf die Möglichkeit der Zusammenarbeit und einer Informationsveranstaltung finde ich sehr spannend und sehr anregend. Ich möchte Sie fragen, ob Sie schon Vorstellungen haben, wie Sie diese Informationsveranstaltung gestalten wollen.

(A) **Präsident Weber:** Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Ich denke, Frau Abgeordnete, dass wir dies einmal mit der Gleichstellungsstelle besprechen. Das setzt auch voraus, dass wir das mit dem Verein besprechen, und er muss sich hier ja auch präsentieren wollen. Dann kann man den Rahmen gemeinsam festlegen. Ich habe damit kein Problem, nur, wie gesagt, ich halte persönlich nicht so viel von Zwangs- und Pflichtmitgliedschaften, und deshalb würde ich das nicht gern anordnen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Haben Sie noch weitere Zusatzfragen?

(Abg. Frau S c h w a r z [SPD]: Nein, danke!)

Zu einer weiteren Zusatzfrage die Abgeordnete Frau Wulff!

Abg. Frau **Wulff** (SPD): Herr Bürgermeister, vielleicht erinnern Sie sich, dass wir seitens der SPD-Fraktion eine ähnliche Anfrage schon einmal im Oktober letzten Jahres gestellt hatten. Damals hatten Sie uns auch zugesagt, die Gesellschaften mitzuteilen, die Mitglied im Verein sind. Eine schriftliche Antwort haben wir ja bisher nicht bekommen. Heute haben Sie es nun mündlich beantwortet, dass niemand in Bremen dort Mitglied ist seitens der Gesellschaften mit bremischer Beteiligung. Es gibt aber ja Firmen wie zum Beispiel die Commerzbank, die sich auf diesem Gebiet ja schon hervorgetan haben.

(B) Der Senat hat ja vor kurzem verkündet, dass er nun die Strategie des Gender Mainstreaming in Bremen verschärft anwenden wird unter Ihrer Federführung. Was hat sich eigentlich seit Oktober letzten Jahres getan, damit sich auch die Geschäftsführer dieser zum Konzern Bremen gehörenden Gesellschaften in diese Richtung mit Motivationsarbeit bewegen? Wenn ich Sie eben richtig verstanden habe, ist bisher nichts erfolgt, sondern Sie planen erst Veranstaltungen. Oder hat es schon etwas in dieser Richtung gegeben?

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Frau Abgeordnete, ich will nicht wiederholen, was ich bisher gesagt habe. Aber es ist natürlich so, dass das Landesgleichstellungsgesetz für den öffentlichen Bereich gilt, und es gilt für die Eigenbetriebe. Es gilt nicht für die ausgliederten GmbH oder Aktiengesellschaften. Es ist natürlich auch ein großer Unterschied, ob wir Minderheitsbeteiligte oder Mehrheitsbeteiligte sind. Am Ende ist es ein Angebot. Der Verein macht ein

Angebot, und dieses Angebot muss angenommen werden, kann angenommen werden, aber das entscheiden die Unternehmen. (C)

Wir können auf dieses Angebot gern hinweisen, aber es ist natürlich eine Wahlfreiheit bei den Gesellschaften, wie man damit umgeht. Dort, wo wir eine hundertprozentige Gesellschaft der Stadtgemeinde oder des Landes haben, reden wir mit den Geschäftsführern ohnehin über diese Fragen. Es ist natürlich auch ein Teil des Gender Mainstreaming, wie wir mit den Geschlechterrollen in der Politik umgehen und wie wir sie in unsere politischen Überlegungen einbeziehen. Das gilt für die Gesellschaften gleichermaßen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abg. Frau **Wulff** (SPD): Nur noch eine kurze Bemerkung, Herr Präsident! Herr Senator, ich gehe dann davon aus, dass Sie die Umsetzung des Gender Mainstreaming auch in diesem Bereich sozusagen als permanente Aufgabe begreifen.

Präsident Weber: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Der Bereich Gender Mainstreaming, Frau Abgeordnete, ist nicht nur ein Bereich, der bei uns in Bremen bei den städtischen Gesellschaften umgesetzt werden muss, sondern dazu gibt es eine EU-Richtlinie, (D)

(Abg. Frau W u l f f [SPD]: Ja, die meine ich!)

und sie gilt für die gesamte Europäische Union, und dieser EU-Richtlinie fühlen wir uns natürlich auch verpflichtet.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau W u l f f [SPD]: Danke schön!)

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Mit der Beantwortung der siebten Anfrage ist die Zeit für die Fragestunde beendet.

Aktuelle Stunde

Meine Damen und Herren, für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Dr. Kuhn, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgendes Thema beantragt worden:

Jugendliche Straftäter „aufgeben“? Fortgesetzte gesetzeswidrige Einlassungen von Justiz-Staatsrat Mäurer

(A) Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Dr. Scherf.

Als Erster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat eine Aktuelle Stunde beantragt, um die fortgesetzten gesetzeswidrigen Äußerungen von Staatsrat Mäurer in der Bürgerschaft zur Sprache zu bringen und eine öffentliche Klarstellung zu erreichen. Wir meinen, dass man solche Äußerungen von keinem Mitglied der Regierung hinnehmen kann, schon gar nicht von der Spitze des Ressorts für Justiz und Verfassung. Wir werden sie auch deswegen nicht auf sich beruhen lassen, weil sie zu erheblicher Unruhe bei den Richtern, bei den Sozialarbeitern und im Strafvollzug selbst geführt haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Mir ist klar, dass Herr Mäurer, auch Herr Röwekamp oder andere bei dieser Debatte gern das Thema wechseln möchten, ich werde das nachher mit Sicherheit erleben, deswegen will ich Ihnen vorher gern sagen, worüber wir heute reden, was wir kritisieren.

(B) Am 22. Februar hat „Buten un binnen“ einen Bericht über den Jugendvollzug in Blockland gesendet. Eingebledet waren verschiedene Aussagen, unter anderem Aussagen vom Sprecher des Amtsgerichts, Herrn Jugendrichter Garthaus, der zu den Zuständen in Blockland Stellung genommen hat, wie ja auch vor dem Rechtsausschuss später: dass in der Beschäftigung der Jugendlichen dank der EU-Programme eine Besserung eingetreten ist, dass aber in den Fragen der Beschulung, der Freizeitangebote bis hin zum fast tages- und nächtelangen Einschluss, beim sozialen Leben und bei der Entlassungsvorbereitung die Lage so ist, dass die Erfüllung des Erziehungs- und Resozialisierungsauftrags des Jugendvollzuges in Frage gestellt sei.

Ausgehend von diesem Filmbericht ist dann im Studio Herr Mäurer interviewt worden, und im Laufe dieses Gesprächs hat der Moderator dann gefragt, ich darf zitieren: „Das klingt ein bisschen so, als wenn Sie glauben, dass es sozusagen einen Kern gibt von jugendlichen Intensivtätern, die auch nicht mehr zu rehabilitieren sind.“ Herr Mäurer antwortet darauf, Zitat: „Ja, wir müssen das leider zur Kenntnis nehmen, dass wir es hier mit Gruppen zu tun haben, die in der Tat nicht zu resozialisieren sind, weil sie nie sozialisiert waren.“ Der ziemlich konsternierte Moderator fragt nach: „Die haben Sie aufgegeben?“ Herr Mäurer sagt: „Leider ist es so, ja!“

Meine Damen und Herren, dann kommen noch weitere Äußerungen, darauf komme ich später zurück, aber ich habe jetzt vorgetragen, was für uns der Kern dessen ist, was wir kritisieren, weil wir es

für unverantwortlich halten und im klaren Gegensatz zu den in Deutschland immer noch geltenden gesetzlichen Grundlagen des Strafvollzugs.

(C)

Herr Mäurer hat am 7. März im Rechtsausschuss auf meine Frage diese Aussagen ausdrücklich bekräftigt. Der Kollege Kleen hat versucht, ihm einige Brücken zu bauen. Die hat er nicht betreten mögen. Ich muss also davon ausgehen, dass dies seine Überzeugung ist, und das passt ja in der Tat zur Politik des Senats, den Strafvollzug zunehmend zu einem Verwahrvollzug zu machen. Den aber sehen unsere Gesetze ausdrücklich nicht vor.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es geht an dieser Stelle nicht um die Frage, ob man meint, man müsse gegenüber Jugendlichen, die als sehr junge Menschen schon eine erhebliche, eine erschreckende Anzahl von Straftaten begangen haben, „hart durchgreifen“ oder nicht. Darüber wird ja gestritten. Unsere Position ist da: Wir sind nicht die Partei des Wegsehens, weiß Gott nicht! Wir sind der Auffassung, dass schnell reagiert werden muss, aber differenziert, und vor allen Dingen, meine Damen und Herren, sind wir der Auffassung, dass darüber bei uns im Land immer noch Richter entscheiden, und zwar auf der Grundlage geltender Gesetze. Sie verhängen ja auch in vielen Fällen neben anderen Maßnahmen Haftstrafen.

(D) Jetzt geht es um die Frage, und das ist der Kern, an welchen Zielen die Haftstrafe, die dort verhängt wird, für solche jungen Menschen auszurichten ist und wie sie zu organisieren ist. Das ist wirklich eindeutig und klar festgeschrieben. Ich darf aus Paragraph 2 des Strafvollzugsgesetzes zitieren: „Im Vollzug der Freiheitsstrafe soll der Gefangene fähig werden, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen (Vollzugsziel). Der Vollzug der Freiheitsstrafe dient auch dem Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten.“ In Paragraph 91 Jugendgerichtsgesetz ist dies durch den Erziehungsauftrag für die jungen Menschen präzisiert.

Meine Damen und Herren, seit den Reformen der siebziger Jahre gibt es eine klare Rangfolge. Das Ziel, die Legitimation der Haft, ist die Erziehung, ist die Resozialisierung. Im Übrigen ist der Strafvollzug so zu organisieren, dass auch der Schutz vor weiteren Straftaten gewährleistet ist. Das reine Wegschließen, das reine Wegsperrn aber, weil man einen Menschen als unverbesserlich, als unveränderbar aufgegeben hat, das ist durch unsere Gesetze einfach nicht gedeckt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, diese Gesetze sind damals von der sozialen und in diesem Fall auch liberalen Koalition nicht gemacht worden, weil diese Damen und Herren Tagträumer gewesen wären. Die

(A) Gefängnisse waren damals voller, als sie heute sind, und die Verbrechen genauso schrecklich, wie sie es heute sind. Diese Reformen fußten auf einem humanistischen Menschenbild, das keinen Menschen jemals als unveränderbar aufgibt; auf der Sichtweise, dass zwar der Einzelne verantwortlich ist, Verantwortung trägt, dass wir aber auch um die Verantwortung der Gesellschaft wissen, denn der Einzelne ist in der Gesellschaft so geworden, wie er ist. Es gibt keine Menschen, die nicht sozialisiert sind. Es fragt sich bloß wie, durch wen und in welcher Weise. Das ist dann eben eine andere Frage.

Die gesetzliche Grundlage beruht auch auf einer Sichtweise, die sich darüber klar ist, dass der beste Schutz der Gesellschaft und auch der beste Opferschutz auf Dauer nicht das schlichte Wegsperrn von Menschen ist, sondern eben die Resozialisierung, auch dann und gerade dann, wenn sie schwierig und nicht auf den ersten Blick erfolgreich zu sein scheint.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir machen das aus eigenem, wohlverstandenen Interesse, um das ganz klar zu sagen.

Mit seinen Äußerungen hat Herr Mäurer im Gegensatz zum gesetzlichen Auftrag das Ziel der Resozialisierung, das Ziel der Erziehung für eine Gruppe von Jugendlichen aufgegeben, und ich frage Sie: Was ist das für eine Anmaßung zu meinen, als Staatsrat für Justiz könne man selbst entscheiden, wer dazu gehört und wer nicht dazu gehört? Das ist doch eine unglaubliche Anmaßung!

(B)

(Abg. T e i s e r [CDU]: Das hat er nicht gemacht!)

Er hat für eine Gruppe von Leuten, auf die hat er sich sogar konkret bezogen, erklärt, dass sie aufgegeben werden müssen. In der Tat, das ist eine ungeheure Anmaßung, so etwas zu machen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jeder weiß, und wir haben da viel Verständnis, das ist auch eine Alltagstatsache, dass auf Straftaten, zumal wenn man sie selbst erlebt, das Einschließen, die Haftstrafe, die harte Strafe die erste Reaktion ist. Das ist menschlich. Ich habe auch Verständnis für den Stoßseufzer von Leuten, ob das Eltern sind, Lehrer oder Sozialarbeiter, die sagen, mit dem habe ich alles versucht, ich weiß nun wirklich nicht mehr weiter. Auch das ist völlig verständlich, aber als Richtlinie der Politik, meine Damen und Herren, für die Strafverfolgung, den Strafvollzug zu formulieren: „Die geben wir auf“, wie Herr Mäurer das getan hat, dafür haben wir kein Verständnis!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir erwarten, dass der Senator für Justiz und Verfassung dies heute klipp und klar zurücknimmt, damit würden Sie sonst nicht nur fortgesetzt gesetzeswidrig handeln, sondern auch der engagierten Arbeit im Vollzug und bei den Richtern völlig den Boden entziehen.

(C)

Ich will noch kurz auf weitere Äußerungen von Herrn Staatsrat Mäurer in dem Interview eingehen! Er hat dort auch erklärt, Zitat: „Das heißt also, die Staatsanwaltschaft muss die Strafverfolgung zentral organisieren, und in der Regel verbleibt in der Tat nur die Abschiebung in diesen Fällen.“ Das klingt natürlich populär, aber vielleicht darf man doch daran erinnern, dass man Russlanddeutsche nicht abschieben kann, auch nicht junge Deutsche, und bei der zweiten Hälfte, die keinen deutschen Pass hat, gibt es geregelte Verfahren, die einmal so enden und einmal anders enden. Sie können noch so sehr den Eindruck erzeugen, Sie werden dieses Problem durch Abschiebung jedenfalls nicht los.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Schließlich hat Herr Mäurer von, ich darf zitieren, „Familien“ gesprochen, „die an sich als Intensivtäter auftreten“.

(Zurufe von der CDU: Das weiß man ja!
Die kennt man ja!)

(D)

Ich frage mich, ich höre ja das Echo, was gibt Ihnen das Recht, ohne jedes rechtsstaatliche Verfahren, ohne jede richterliche Aussage dazu, ganze Familien, Großeltern, Eltern, Mütter, Töchter, Geschwister als Intensivtäter hinzustellen? Sie meinen wohl, Sie könnten das machen, weil diejenigen sich nicht wehren können? Der Justizsenator hat noch eines darauf gesetzt, ich darf aus dem „Weser-Report“ vom Sonntag zitieren: „Scherf teile die Auffassung seines Staatsrates, dass ausländische Familien mit mehreren straffälligen Mitgliedern ihr Gastrecht verlieren.“

(Beifall bei der CDU)

Also, die Schwester, die Mutter werden abgeschoben, weil die Brüder Autos knacken? Da können Sie noch so viel Beifall klatschen, für solche Sippenhaftphantasien gibt es in unserem Rechtssystem Gott sei Dank nicht die geringste Grundlage, meine Damen und Herren, nicht die geringste!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich rate Ihnen dringend, Herr Scherf, auch ich baue Ihnen da noch einmal eine Brücke, erklären Sie hier und heute, dass Ihr Sprecher da wohl irgendetwas missverstanden hat!

(A) Meine Damen und Herren, wohlmeinende Kritiker des Justizressorts haben gemeint, das sei alles Wahlkampf, ziemlich übler Wahlkampf, aber eben nur Wahlkampf. Herr Mäurer habe zeigen wollen, dass man Schill hier in Bremen nicht brauche, weil man ihn selbst schon habe. Andere allerdings sind der Auffassung, dass wir gegenwärtig bei der Sozialdemokratie einen Verfall politischer Substanz erleben. Nur so könne man erklären, dass in solcher Weise und ohne nennenswerten Widerspruch aus den eigenen Reihen große sozialdemokratische Reformtraditionen aufgegeben werden.

Dass die CDU Morgenluft wittert, ist doch klar. Sie waren von Anfang immer dagegen, schon in den siebziger Jahren. Wenn überhaupt, haben Sie das nur murrend mitgemacht.

(Abg. T e i s e r [CDU]: Und wer hat Recht behalten?)

Behandlungsvollzug vor Verwahrvollzug war nicht Ihre Philosophie, aber es war lange Zeit die Philosophie dieses linken Teils des Hauses. Meine Damen und Herren, Sie haben es in der Hand, heute klarzustellen, dass es nach wie vor so ist! Sie haben es in der Hand klarzustellen, dass wir wenigstens sicher sein können, dass der Senat erklärt, sich an Gesetze zu halten. Das jedenfalls erwarten wir von dieser Aktuellen Stunde!

(B) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist erschreckend und bezeichnend, wie die Vertreter vom Bündnis 90/Die Grünen in einer undemokratischen Art und Weise eine skrupellose Hetzjagd auf anders denkende Menschen veranstalten, die das im Grundgesetz verankerte Menschenrecht auf freie Meinungsäußerung öffentlich wahrnehmen.

(Glocke)

Präsident Weber: Herr Abgeordneter Tittmann, Sie haben gesagt, es sei eine undemokratische Hetzjagd. Das weise ich zurück! Das macht keine demokratisch gewählte Fraktion in diesem Haus!

(Beifall)

Abg. **Tittmann** (DVU): Ist in Ordnung! Deshalb sollten die Vertreter vom Bündnis 90/Die Grünen schnellstens einmal ihr Demokratieverständnis überprüfen! Ich habe noch nie, außer gegen die Deutsche Volksunion, eine solch niederträchtige Schmutzkampagne erlebt wie gegen den mutigen Staatsrat

Mäurer. Sie beleidigen und verunglimpfen hier einen mutigen, ehrlichen Menschen, der es einmal gewagt hat, deutlich die Wahrheit auszusprechen. Es ist mir schon klar, dass Ihnen diese scharfen Töne nicht in Ihr Multikultiwahnweltbild passen. Sie kümmern sich ja lieber in erster Linie um das Wohl von ausländischen Intensivstraf Tätern, anstatt durchgreifende Maßnahmen zu ergreifen, die unsere Bürger vor solchen ausländischen kriminellen Subjekten schützen. Sie stellen Täterschutz vor Opferschutz.

(C)

Meine Damen und Herren, Herr Staatsrat Mäurer fordert öffentlich die Abschiebung ausländischer krimineller Jugendlicher. Recht hat er! Hierbei handelt es sich um eine jahrzehntelange Forderung der Deutschen Volksunion. Deshalb hat Herr Staatsrat Mäurer auch die volle Unterstützung und den Rückhalt der Deutschen Volksunion. Darüber hinaus fordert die Deutsche Volksunion nicht nur „kriminelle Ausländer raus!“ und somit abzuschieben, sondern auch, die Erziehungsberechtigten wegen Vernachlässigung der Aufsichtspflicht ebenfalls zur Verantwortung zu ziehen. Meines Erachtens ist diese klare Aussage von Herrn Staatsrat Mäurer selbstverständlich keine fortgesetzte gesetzeswidrige Einlassung. Ihr Antrag, Ihre Aktuelle Stunde ist doch nur ein schäbiger Versuch, einen mutigen und gesetzestreuem Staatsrat an den Pranger zu stellen, und sonst gar nichts. Dafür sollten Sie sich zutiefst schämen!

Wenn Sie richtig zugehört hätten, dann würden Sie heute wissen, dass der Staatsrat Mäurer mit keinem Wort jugendliche Straftäter aufgegeben hat. Herr Staatsrat Mäurer hat wörtlich von Intensivstraf Tätern gesprochen. Er hat aber nicht gesagt, jugendliche Straftäter aufgeben! Hören Sie also beim nächsten Mal besser hin, dann würden Sie hier heute nicht eine solch blödsinnige und unsinnige Aktuelle Stunde beantragen. Nutzen Sie diese vergeudete Zeit dieser unnötigen Aktuellen Stunde, sich einmal intensiv Sorgen um die Opfer solcher ausländischen Jugendbanden zu machen! Das wäre wirklich sinnvoller!

(D)

Meine Damen und Herren, diese armen Opfer sind oft nicht nur körperlich schwer verletzt, nein, sie sind auch über Jahre hinaus schwer traumatisiert, und ihre Seele ist oft unheilbar verletzt. Eine erstellte Liste der Polizei über kriminelle Jugendliche im Land Bremen beweist eindeutig, dass die meisten dieser ausländischen kriminellen Jugendlichen unter dem Schutz von Familiengangs ihre Verbrechen begehen. Sie erpressen, zocken ab, misshandeln, klauen, begehen Körperverletzung und so weiter. Darüber könnten wir noch stundenlang reden. Sie terrorisieren in einer unerträglichen Art und Weise ganze Stadtteile in Bremen und Bremerhaven.

Meine Damen und Herren, das Land Bremen ist ja geradezu hinreichend und ausreichend mit solchen ausländischen kriminellen Erzengelchen gesegnet. Ich erinnere hier nur einmal an den ausländischen

(A) dischen Jugendlichen aus Horn-Lehe, an die erschreckenden unendlichen Mordserien auf dem ausländischen Schrottplatz in Woltmershausen oder aber auch an die kriminelle libanesisische Großfamilie in Bremerhaven, nur um ein paar wenige Beispiele zu nennen. Ich fordere die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen noch einmal deutlich auf, endlich einige von diesen lieben ausländischen Intensivstraftätern bei sich zu Hause aufzunehmen, damit sie endgültig von ihrer Multikultiwahnvorstellung therapiert werden! Ich sage in aller Deutlichkeit: Solche ausländischen Intensivstraftäter sind nicht resozialisierungsfähig und schon gar nicht therapiefähig! Diese Tatsache sollten Sie im Interesse und zum Wohle der Bürger endlich begreifen!

Der Gipfel war die Äußerung der Staatsanwaltschaft, das Abziehen und Abzocken wäre ein jugendtypisches Verhalten. Diese Äußerung der Staatsanwaltschaft ist eine ganz klare und eindeutige Bankrotterklärung vor ausländischen jugendlichen Intensivstraftätern. Wir werden es aber niemals zulassen, dass ausländische kriminelle Subjekte hier in Deutschland machen können, was sie wollen. Wir werden unter voller Anwendung und Ausschöpfung des demokratischen Strafrechts schon dafür sorgen, dass hier Recht und Ordnung einkehren. Das ist auch im Sinne und Interesse der hier lebenden Ausländer.

(B) Bevor Herr Dr. Güldner hier gleich wieder nach vorn kommt, bevor Sie meine Rede zur Aktuellen Stunde wieder einmal verächtlich machen, sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit: Glauben Sie ja nicht, dass die Deutsche Volksunion, an der Spitze unser Bundesvorsitzender und Herausgeber der „Nationalzeitung“ Dr. Frey, Angst vor einer so genannten neuen Partei hat, die gestern als AFB und STATT Partei gescheitert und abgewählt worden ist, die sich heute auf einmal nach der Ein-Mann-Partei Schill nennt und von der kein Mensch weiß, wie dieses obskure Sammelbecken, bestehend aus unzufriedenen Wichtigtuern, gescheiterten und verkrachten Politexistenzen, sich nun morgen nennen wird. Demzufolge, Herr Dr. Güldner, habe ich schon immer solche Reden hier gehalten.

Abschließend sei bemerkt, dass ein solch mutiger und ehrlicher Staatsrat wie Herr Mäurer nicht Staatsrat sein sollte, nein, er sollte sogar Innensenator werden! Herr Staatsrat Mäurer hat die volle Unterstützung und den Rückhalt der Deutschen Volksunion. Ich sage nur: Schade, dass es nicht mehr solcher mutigen Staatsräte gibt! Dann nämlich, meine Damen und Herren, wäre das Land Bremen nicht zum Tummelplatz, zum Eldorado für ausländische Intensivstraftäter und ausländische Jugendbanden gekommen.

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU)*: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Sehr geehrter Herr Staatsrat Mäurer, vor manchen Freunden kann man sich nicht schützen.

(Abg. **Dr. Kuhn** [Bündnis 90/Die Grünen]: Doch, man könnte schon!)

Wichtig ist aber, dass Sie in diesem Haus für die von Ihnen vertretene Wende, so muss man das ja wohl sagen, in der Justizpolitik zumindest die Unterstützung einer großen Fraktion haben, nämlich die der CDU-Fraktion. Ich versichere Sie in dieser Frage unserer vollen Unterstützung!

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Dr. Kuhn hat hier ja ein ziemlich düsteres Bild des bremischen Strafvollzugs, insbesondere des bremischen Jugendvollzugs gemalt. Ich möchte Ihnen hierzu vielleicht die eine oder andere Zahl nennen! Ausweislich der Kriminalstatistik des Bundes hat sich die Zahl der heranwachsenden Tatverdächtigen im Jahr 2000 drastisch gegenüber den Vorjahren erhöht. Sie macht an den gesamten Tatverdächtigen mittlerweile 10,8 Prozent aus, obwohl ihr Bevölkerungsanteil nur 3,4 Prozent beträgt.

Meine Damen und Herren, wir haben ausweislich einer Kriminalstatistik hier im Land Bremen insgesamt rund 400 Intensivtäter. Wenn man sich diese Kriminalstatistik anschaut, dann gelangt man zu dem Ergebnis, Herr Dr. Kuhn, dass ein Zweiunddreißigjähriger bereits 357 Straftaten verübt hat, ein Vierunddreißigjähriger 388 Straftaten, ein Siebzehnjähriger bereits 138 Straftaten.

(Abg. **Titmann** [DVU]: Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, wer dann hier in dieser Debatte die Augen vor diesen Zahlen verschließt und allein das Augenmerk darauf richten will, dass Strafzweck die Resozialisierung ist, der verkennt die gesellschaftlichen Bedürfnisse in Bremen, Bremerhaven und in der Bundesrepublik Deutschland!

(Beifall bei der CDU)

Herr Dr. Kuhn, wir haben keine Justizvollzugsanstalten in erster Linie dazu, Menschen zu resozialisieren. Das ist auch Aufgabe des Strafvollzugs, Sie haben es auch gesagt, aber ich kann Ihnen sagen, die Aufgabe des Strafvollzugs ist in erster Linie, eine verhängte Strafe zu vollstrecken gegen kriminelle Täter, die Straftaten an Opfern begangen haben, die ein gesellschaftliches Interesse daran haben, dass diese Strafen sanktioniert werden. Es geht nicht nur

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) um die Resozialisierung der Täter, es geht auch um den Strafmaßanspruch des Staates, Herr Dr. Kuhn.

(Beifall bei der CDU)

Anlass für diese Diskussion, Herr Dr. Kuhn, ist, und auch das haben Sie hier bewusst, glaube ich, nicht gesagt, dass wir im Rechtsausschuss über ein Urteil eines Bremer Jugendrichters diskutiert haben, der einen sechzehnjährigen schwerstkriminellen ausländischen Jugendlichen aus der Justizvollzugsanstalt herausgenommen und in den offenen Vollzug gesteckt hat. Dieser Sechzehnjährige ist mit neun Jahren, Herr Dr. Kuhn, zum ersten Mal straffällig geworden. Er hatte mit 15 Jahren insgesamt 62 strafrechtliche Delikte auf dem Buckel. Darunter war alles, Herr Dr. Kuhn: Raub, Körperverletzung, schwere Körperverletzung, mit Waffen, ohne Waffen, in Bande, allein, die ganze Palette der schweren Straftaten mit den dahinter stehenden Opfern.

(B) Erste Aufgabe des Strafvollzugs ist aus meiner Sicht, und dabei bleibe ich, die Strafe zu vollstrecken. Die zweite Aufgabe des Strafvollzugs ist zu versuchen und sich darum zu bemühen, diesen jugendlichen Intensivtäter wieder zu resozialisieren. Herr Dr. Kuhn, Sie wissen genauso wie ich und der ganze Rechtsausschuss – Frau Lutzebäck hat es für das Ressort vorgetragen –, welche zahlreichen und intensiven Bemühungen unternommen worden sind, um an diesem Jugendlichen die Resozialisierung über Jahre hinweg sicherzustellen, seit seinem neunten Lebensjahr, obwohl da noch die Familie für ihn verantwortlich ist und nicht der Staat. Sie sagen ja hier immer nach dem Motto, der Staat sei schuld, das sei ein staatliches Problem. Nein, Herr Dr. Kuhn, es ist ein Erziehungsproblem!

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Das habe ich überhaupt nicht gesagt!)

Ich weise darauf hin, für diese jungen Menschen sind in erster Linie die Familien verantwortlich!

(Beifall bei der CDU)

Deshalb, Herr Dr. Kuhn, geht es auch nicht um Sippenhaft, sondern es geht darum, wie man eigentlich die Eltern ahndet – das will ich einmal in aller Deutlichkeit sagen –, die ihren Erziehungsauftrag vernachlässigt haben und damit sichergestellt haben, dass ein neunjähriger Jugendlicher intensiv Straftaten begehen konnte. Es geht nicht um Sippenhaft, Herr Dr. Kuhn!

(Beifall bei der CDU)

Die Eltern sollen nicht für die Straftaten ihrer Kinder verantwortlich gemacht werden, aber sie sollen dafür verantwortlich gemacht werden, wie sie die

Kinder erzogen haben. Da hat Herr Mäurer unsere volle Unterstützung, Herr Dr. Kuhn!

(C)

(Beifall bei der CDU)

An diesem jugendlichen Intensivtäter musste die Beschulung abgebrochen werden, weil er bis zur Lernbehinderung praktisch nicht in der Lage war, dem Unterrichtsstoff zu folgen, weil er in der Justizvollzugsanstalt weitere Opfer gesucht, bedroht und mit Straftaten überzogen hat und weil er nicht zuletzt auch in der Justizvollzugsanstalt aufgrund seiner fehlenden Sprachkenntnisse überhaupt nicht beschulbar war. Das ist die Wahrheit.

Dieser junge Mensch wurde dann wieder in die Gesellschaft entlassen, Herr Dr. Kuhn. Das ist doch die Realität im Strafvollzug in der Justizvollzugsanstalt gewesen, und die hat Herr Mäurer und die haben wir als CDU-Fraktion zu Recht, wie ich sage, kritisiert. Es geht nicht nur darum, jemanden zu resozialisieren. Wenn es scheitert, muss man zu dem Ergebnis kommen, dass es gescheitert ist. Jetzt geht es darum, den sanktionierten Strafanspruch zu vollstrecken, und das ist die Aufgabe, die Herr Mäurer hier offensichtlich verfolgt.

(Beifall bei der CDU)

(D) Sie haben ja in weiser Voraussicht gesagt, Sie wüssten schon, wohin die Debatte geht. Ich will Sie da auch nicht enttäuschen, Herr Dr. Kuhn, weil, wie ich finde, Sie ja auch aus bewusstem Grunde diese Debatte so geführt haben, wie Sie sie geführt haben. Ich will einmal abgrenzen, was unsere unterschiedlichen Auffassungen sind.

Während Sie sich, Herr Dr. Kuhn, mit dem Bündnis 90/Die Grünen im Bund dafür einsetzen, zum Beispiel die Erhöhung der Gefangenenentschädigung voranzutreiben, Fixerstuben und Modellversuche zur Abgabe von Heroin an Schwerstabhängige zu erweitern, ein erweitertes Zeugnisverweigerungsrecht für Journalisten zu schaffen, Maßnahmen zur Verhinderung der Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen zu ergreifen und die Begrenzung der Strafgewalt des Strafrichters und damit eine Verminderung der Strafmaße zu organisieren, Herr Dr. Kuhn – Sie unternehmen nur Versuche, für die Täter etwas zu tun –, geht es uns darum, für die Opfer von Straftaten etwas zu tun!

(Beifall bei der CDU)

Sehr geehrter Herr Mäurer, Sie haben ja sozusagen von uns schon ein paar Vorschusslorbeeren bekommen auf Ihre Ankündigung in dieser besagten Sendung von „Buten un binnen“ und Ihr bisheriges Verhalten. Ich kann mir nur wünschen, dass es nicht bei leeren Worten bleibt, sondern dass diesem Vorgehen auch Taten folgen. Da würde mich schon ein-

(A) mal interessieren, Herr Bürgermeister, wie Sie zu einigen wichtigen Gesetzesvorhaben stehen, die zum Ergebnis haben sollen, insbesondere Intensivtäter und jugendliche Intensivtäter einer schärferen Strafsanktion zuzuführen.

Wie stehen Sie zum Beispiel zur Einführung eines Warn- oder Einstiegsarrestes, der parallel zur Bewährungsstrafe verhängt werden kann? Wie stehen Sie zu einer Verankerung des Fahrverbotes und damit dem Prestigeverlust der Jugendlichen als Zuchtmittel nach einer Straftat? Wie stehen Sie zu einer neuen Sanktionsmeldepflicht, mit der Jugendliche davon abgehalten werden können, an bestimmten Veranstaltungen mit strafrechtlich relevantem Inhalt erneut teilzunehmen? Wie stehen Sie dazu, das Strafmaß für jugendliche Täter von jetzt zehn auf die Höchststrafe von 15 Jahren festzusetzen? Wie stehen Sie zu der Klarstellung, dass das Jugendstrafrecht nur im Ausnahmefall für Heranwachsende und im Regelfall das normale Strafrecht für diese jungen Menschen gilt, die immerhin in der Lage sind, 390 Straftaten zu begehen, und sich daher wohl auch ihrer vollen strafrechtlichen Verantwortung zu stellen? Wie stehen Sie zur Beschleunigung von Jugendstrafverfahren, zum Beispiel auch durch die Durchführung eines beschleunigten Verfahrens? Wie stehen Sie, Herr Bürgermeister Dr. Scherf, zu einer Frage der erleichterten Abschiebung von ausländischen Verurteilten?

(B) Herr Dr. Kuhn, wir können die Augen davor nicht verschließen. Wenn Sie in die Justizvollzugsanstalt gehen, dann stellen Sie fest, dass 50 Prozent der Insassen ausländische Staatsangehörige sind. Da stellt man zu Recht die Frage, ob es die Aufgabe unseres Staates ist, ausländische Staatsangehörige hier zu resozialisieren, Herr Dr. Kuhn. Ist das die Aufgabe unseres Staates? Ich sage Ihnen nein. Wer mehrfach intensiv gegen Strafrechtsnormen verstoßen hat, der wird verwarnt, und wenn das nicht hilft, dann muss er notfalls eben auch abgeschoben werden.

(Beifall bei der CDU)

Es muss auch Regelungen geben, Herr Dr. Kuhn, die Strafen vermehrt im Ausland zu vollstrecken. Warum müssen wir hier in Deutschland die Strafen von ausländischen Jugendlichen vollstrecken? Das sind berechnete Fragen.

Wie stehen Sie, Herr Bürgermeister Dr. Scherf – das ist ja zurzeit auch im Bundesrat eine sehr aktuelle Diskussion –, zur nachträglichen Anordnung der Sicherheitsverwahrung? Die Bundesregierung ist hier sehr verhalten. Der Vorschlag des Bundesjustizministeriums sieht vor – –.

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Jetzt aber zum Thema zurück!)

Wir reden über Intensivtäter und Aufgaben und Zwecke des Strafvollzugs, Herr Dr. Kuhn, und ich sage Ihnen, Aufgabe und Zweck des Strafvollzugs, auch wenn Sie dauernd mit dem Kopf schütteln, ist für die CDU-Fraktion auch in erster Linie die Vollstreckung der verhängten Strafe und in zweiter Linie die Frage, wie wir diese Menschen wieder in unsere Gesellschaft eingliedern.

(Beifall bei der CDU)

Wie stehen Sie zu dieser nachträglichen Sicherheitsverwahrung? Das Bundesjustizministerium ist der Auffassung, man müsse jetzt praktisch schon mit dem Schuldspruch den Vorbehalt treffen, später vielleicht in 15 Jahren noch einmal zu überprüfen, ob derjenige dem Strafraum entsprechend noch nachträglich in die Sicherheitsverwahrung gehen soll. Der bayerische Vorschlag sagt, es müsse in dieser Zeit möglich sein, dass das Gericht zu jeder Zeit die nachträgliche Sicherheitsverwahrung anordnen kann.

Ich bin sehr dafür, dass wir auch die bisherigen Intensivtäter erfassen und einer nachträglichen Sicherheitsverwahrung zuführen, was der Gesetzentwurf des Bundesministeriums im Übrigen verhindern würde. Ich bin auch dafür, dass wir so viel Flexibilität schaffen – ich habe so viel Vertrauen in die Justiz –, dass wir das ständig verfahrensbegleitend machen können.

Meine Damen und Herren, für die CDU-Fraktion halte ich fest: Diese von mir eben geschilderten Maßnahmen sind unabdingbar, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Justiz wieder herzustellen und um sie vor weiteren Straftaten und Intensivtättern zu schützen. Wir hoffen, dass Herr Staatsrat Mäurer seiner Ankündigung Taten folgen lässt. – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Isola.

Abg. **Isola** (SPD) *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss zunächst einmal eine verfassungsrechtliche Vorbemerkung machen. Zuständig für Politik und die Verkündung von Wenden in der Politik sind nach unserer Verfassung die Verfassungsorgane Senat und Parlament und nicht Beamte, auch nicht politische Beamte, um das hier einmal deutlich festzustellen.

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir haben doch keinen Senator für den Justizbereich!)

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C)

(D)

(A) Hier ist keine Wende in der Politik verkündet worden, sondern es ist die Frage, ob wir dahin kommen, wenn das politisch entschieden ist.

(Abg. F o c k e [CDU]: Starkes Argument!
– Abg. E c k h o f f [CDU]: Tolle Rücken-
deckung!)

Zweite Vorbemerkung: Es geht hier in dieser Diskussion um Intensivtäter und wie diese behandelt werden sollen. Herr Röwekamp, ich stimme Ihnen ja völlig zu, dass man die Augen nicht vor diesen Tätern verschließen kann, aber wer diese Täter einschließt, verschließt die Augen vor diesen Tätern, denn dann machen Sie nichts mehr.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Aber diese
Täter machen dann auch nichts!)

Glauben Sie wirklich, dass diese Täter, die Sie zwei bis drei Jahre wegschließen, anschließend geläutert sind, dass diese Täter, die Sie dann wieder auf die Menschheit loslassen, etwa dann ein Leben ohne Straftaten führen? Im Grunde genommen entlassen Sie völlig deformierte Persönlichkeiten, permanente Zeitbomben mit einem erhöhten Sicherheitsrisiko.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

(B) Das ist genau das Gegenteil von dem, was Sie erreichen wollen. Diese Diskussion flackert ja immer wieder auf.

Wir hatten ja diesen alten Vollzug. Ich habe den zum Teil noch besichtigen dürfen. Herr Scherf weiß das auch, er fing ja damals im Sozialbereich auch so an. Wie sah das aus? Da war das Hilfsangebot an Schule, Arbeit und so weiter sehr gering. Übrigens darf ich einmal sagen, gehen Sie doch einmal in eine Jugendstrafanstalt! Da sitzen überwiegend Intensivtäter. Da sitzen doch keine Ministranten, die gerade einmal einen Ladendiebstahl begangen haben! Da sitzen Täter, und zwar überwiegend Deutsche, die 60, 70, 80, über 100 Straftaten begangen haben. Das sind die Jugendlichen, die zu Hause wegliefen, wochenlang durch die Gegend streunen und Laubeneinbrüche am laufenden Band machen. Es sind locker über 100 Straftaten. Übrigens ist schon wiederholt versucht worden, mit Erziehungsmaßregeln oder Bewährungsauisetzungen und so weiter, auf diesem Wege klarzukommen, und das ist nicht passiert. Dann kommen sie in den Knast.

Nach Ihrer Ideologie wären sie nicht mehr behandelbar. Dann bräuchten wir den Jugendstrafvollzug mit dem ganzen Apparat von Pädagogen, Psychologen, Sozialarbeitern nicht mehr. Dann könnten wir das einstellen und sie nur noch wegschließen. Gerade hier setzt aber die Arbeit jetzt im Jugendstrafvollzug an.

Übrigens, internationaler Standard! Was Sie da geäußert haben, Herr Röwekamp, als Mitglied des Rechtsausschusses, das ist schon verblüffend, Aufgabe des Strafvollzuges sei nicht die Resozialisierung. Das ist doch sogar beim Strafvollzug für Erwachsene so! Sie sollten sich vielleicht einmal das Gesetz, aber auch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von 1972 dazu durchlesen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Da hat Resozialisierung Verfassungsrang! Gerade Sie als stellvertretender Vorsitzender des Rechtsausschusses! Wenn Sie aus dem Hafenausschuss kämen – Entschuldigung, ich will dazu nichts sagen –, könnte ich das noch verstehen, dann wird Ihnen das erklärt, aber doch nicht im Rechtsausschuss!

(Heiterkeit bei der SPD)

Beim Jugendvollzug ist das noch viel eingehender. Hier sprechen der Vollzug und das Gesetz eben vom Erziehungsvollzug. Das ist nicht nur eine Bremensie und auch nicht nur in Deutschland so, das ist internationaler Standard. Ich darf Ihnen einmal die Mindestgrundsätze des Europarats für die Behandlung von Gefangenen vorhalten, die auf die Vorschriften der Vereinten Nationen von 1955 zurückgehen. Hier ist ausdrücklich verboten, über den bloßen Freiheitsentzug hinaus weitere Übel hinzuzufügen, insbesondere bei Jugendlichen, und es muss alles getan werden, um hier Maßnahmen anzusetzen, damit diese ein straffreies Leben führen.

Die Diskussion über Resozialisierung und Sozialisierung ist sowieso müßig. Die sind in der Regel nicht sozialisiert, hier müssen ganz mühsam Maßnahmen angesetzt werden. Das gibt das Gesetz vor. Hier liegt unsere Verpflichtung, insbesondere der Justizverwaltung, darauf zu achten, dass erstens solche Konzeptionen erarbeitet werden und zweitens auch konsequent durchgeführt werden. Daran mangelt es.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Zu unserer Verblüffung hörten wir in der letzten Sitzung des Rechtsausschusses, Herr Kollege Röwekamp, da waren Sie nicht dabei, von dem Oberanstaaltsleiter, Dr. Otto, der übrigens eine sehr gute Figur gemacht hat, ich war nicht das erste Mal da, ich schätze diesen Mann, der ganz nüchtern gesagt hat: Wir haben keine Personalprobleme – das war der Ärger über dieses Urteil des Jugendrichters, der dann plötzlich feststellte, es gibt zu wenig Personal –, sondern es gibt Strukturprobleme.

Es ist nach den Richtlinien vorgeschrieben, dass für jeden Jugendlichen individuell aufgrund seiner

(C)

(D)

(A) Lebenssituation und aufgrund des Urteils ein so genannter Erziehungsplan aufzustellen ist, an dem alle Fachkräfte und -dienste mitwirken. Dazu wird mit ihm auch entschieden, ob er in die Schule geht, ob er arbeitet, welchen Therapiemaßnahmen er sich zu unterziehen hat und so weiter. Ganz wichtig ist, dass er auch einmal Freizeitverhalten und Konfliktlösung ohne Faust und Messer kennen lernt. Das ist vorgeschrieben! Dafür ist auch Personal da.

Wir hören aber von dem Anstaltsleiter, dass das überhaupt nicht funktioniert. Diese Erziehungspläne werden gar nicht konsequent durchgehalten. Man weiß gar nicht, warum beispielsweise plötzlich Unterricht ausfällt. Wir haben Sie aufgefordert und warten übrigens seit einem Jahr auf ein Jugendvollzugskonzept, das überarbeitet ist, jetzt endlich einmal im Rechtsausschuss vorzutragen, wie das Konzept aussehen soll, das gerade auch mit dieser schwierigen Klientel umzugehen hat, und wie wir mit diesen Jugendlichen fertig werden.

Keiner gibt sich der Illusion hin, mir müssen Sie das nicht erzählen, ich bin der Einzige, der dreieinhalb Jahre hinter Gittern gearbeitet hat, wie schwierig dieser Eingliederungsprozess ist. Der ist in der Regel mit Rückschlägen verbunden, es gibt keine glatt laufende Resozialisierung, die kommen wieder nach einiger Zeit, und dann wird wieder angesetzt. Fragen Sie doch einmal die Beamten! Aber wenn Sie denen jetzt eine Vorgabe machen, ihr sollt da sortieren, frage ich mich, nach welchen Kriterien eigentlich. Vielleicht wird da gewürfelt!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vielleicht nur Ausländer! Ich sage aber, es sind auch viele Deutsche da. Vielleicht jeder Zweite soll nicht mehr! Das geht doch gar nicht. Der Versuch ist bei jedem zu unternehmen.

Dafür sind unsere Beamten übrigens auch ausgebildet. Wir haben im Laufe der Jahre eine hervorragende Ausbildung für diese Bediensteten vom Schließer weg hin zu Beamten, die mit diesen schwierigen Jugendlichen umzugehen haben. Die sind inzwischen in Pädagogik ausgebildet, sie haben eine psychologische Grundunterweisung, sie verstehen es häufig vor Ort am besten, mit diesen Jugendlichen umzugehen. Jetzt sollen sie plötzlich nur noch wegsperren? Wissen Sie, was dann passiert? Ich habe die Ausläufer eines solchen Vollzuges noch erlebt: eine erhöhte Selbstmordrate im Jugendvollzug, von den Versuchen ganz zu schweigen, Zellenzerstörungen am laufenden Band! Wir haben Jugendliche gesehen, die mit dem Kopf gegen die Betonwände gelaufen sind, weil sie nicht hinaus konnten. In der Silvesternacht 1973/74 hat Blockland gebrannt, Jugendliche ohne Perspektive, die Rauchvergiftungen erlitten, die schlicht noch nach dem alten Vollzug behandelt worden sind.

Diese Zeiten haben wir, Gott sei Dank, überwunden! Dahin wollen wir nicht wieder zurück,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

sondern wir fordern, und da nehme ich sogar Ihren Begriff auf, Herr Röwekamp, eine härtere Gangart, aber konsequente Durchführung eines Erziehungsvollzugs. Der Jugendliche muss morgens auch aufstehen, und nicht, wenn die Beamten keine Lust haben, lassen sie ihn liegen. Das verstehen wir nicht. Es ist notwendig, dass er sich endlich an einen geordneten Tagesablauf gewöhnt, dass er pünktlich zur Arbeit geht. Das sage ich hier ganz deutlich, wenn er das nicht macht, bekommt er keinen Urlaub, dann kommt er eben nicht vorzeitig aus der Haft heraus, und das machen die Richter auch mit. Aber solch ein Konzept, und darauf kommt es an, muss erstens da sein, die Beamten müssen motiviert sein, und es muss zweitens konsequent durchgehalten werden im Sinne des Forderns dieser Jugendlichen, aber auch des Förderns.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Vielleicht können wir uns darauf verständigen: Bloßes Wegsperren hilft dem Insassen selbst nicht, es demotiviert die Bediensteten, und es stellt eine erhöhte Gefahr für die Öffentlichkeit dar. Ich wiederhole das noch einmal: Wer eingesperrt wird und dann irgendwann entlassen werden muss, der ist dann eine erhöhte Gefahr und birgt ein erhöhtes Sicherheitsrisiko gegenüber der Situation, als er eingesperrt worden ist.

(Abg. T i t t m a n n [DVU]: Dann lassen Sie sie doch gleich laufen! – Abg. E c k h o f f [CDU]: Sagen Sie doch einmal etwas zu Herrn Mäurer! Sie sagen immer etwas zu Herrn Röwekamp! Sagen Sie doch etwas zu Herrn Mäurer!)

Ich sage schon noch etwas zu Herrn Mäurer, ich bin ja noch nicht fertig. Seien Sie doch nicht so aufgeregt!

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Gleich sagen Sie wieder, Ihre Redezeit sei abgelaufen, und Sie haben nicht zum Thema gesprochen! – Abg. T i t t m a n n [DVU]: Unmöglich!)

Ich habe, denke ich, klar gemacht, was wir fordern. Zu Herrn Mäurer sage ich ganz gern zum Schluss noch einmal, wir sind ja befreundet, ich darf das so sagen: Ulli, gelegentlich einmal ein Interview weniger und dafür ein bisschen mehr den Aufgaben, die ich eben geschildert habe, nachgehen, und die Ver-

(C)

(D)

- (A) waltung auf Trab bringen! Wir hoffen, in der nächsten Rechtsausschusssitzung ein Konzept zu sehen. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/
Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Bürgermeister Dr. Scherf.

Bürgermeister Dr. Scherf: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben es hier mit einem ganz ernsten Thema zu tun. Wer daraus parteipolitischen Nutzen schlagen will, muss sich sehr genau überlegen, womit er spielt.

Ich habe dieses Fernsehinterview mit Herrn Hoetzel und Herrn Mäurer nachgelesen. Ich habe gemerkt, dass es da nicht nur, wie Herr Kuhn gesagt hat, um den Strafvollzug ging, sondern insgesamt um Intensivtäter und was wir als Staat, als Öffentlichkeit, als Antwort für Intensivtäter organisieren. Da ist der Strafvollzug ein ganz wichtiger Teil, aber es ist nicht der einzige Teil. Wir müssen insgesamt konsequent sein, und das heißt entschieden sein und nicht nur ankündigen, verstehen und interpretieren, sondern wir müssen dem Einhalt gebieten.

Das muss auch schon vor der Strafmündigkeit beginnen. Zu warten, bis sie strafmündig sind, 14 Jahre alt sind und alles, was sie vorher an Straftaten begangen haben, nicht wahrzunehmen, ist ein Fehler.

- (B) Ich habe wortwörtlich mitgebracht, was er gesagt hat, damit Sie nicht denken, das Einzige, was ich mitgebracht habe, ist das wörtliche Zitat oder das Protokoll seiner Antworten vor dem Fernseher. Ich plädiere nachdrücklich dafür, und da bin ich identisch mit Ulrich Mäurer, dass wir in der Gesamtheit unserer öffentlichen Antworten konsequent werden und die Jugendlichen und Intensivtäter nicht von einem zum anderen weiterreichen und sagen, der hatte einmal eine Chance, als er noch strafunmündig war, und er bekommt mit seiner Strafmündigkeit jetzt eine neue Chance. Das geht nicht.

Wir bieten nun ein Sonderdezernat der Staatsanwaltschaft mit einer sehr kompetenten Staatsanwältin an. Dieses Sonderdezernat hat die neue Generalstaatsanwältin schon eingerichtet. Wir bieten an, dass wir diese staatlichen Antworten zusammentragen und koordinieren, auch was die Zeit vor der Strafmündigkeit angeht.

Die strafunmündigen Täter einfach laufen zu lassen und wieder in die Familien zurückzugeben ist eine zynische Antwort, nicht für die Jugendlichen, sondern auch für die vielen Opfer. Ich kenne inzwischen viele Jugendliche, die es nicht mehr aushalten, übrigens auch von grünen Eltern, die mir als Kinder sagen, da muss sich endlich einmal etwas ändern, wir können das nicht mehr aushalten.

(Beifall bei der CDU)

Man kann sie nicht nach Hause schicken und sagen, dass wir Verständnis dafür haben müssen, weil sie aus schlechten Familienverhältnissen kommen. Wir müssen gegenüber diesen Strafunmündigen konsequent sein. Wir müssen ein neues Konzept für andere Unterbringungen als in diesen Familien, die das offenbar nicht schaffen, finden. Bei einigen habe ich sogar den Eindruck, dass sie eher unterstützend tätig sind, dass dort Intensivtäter arbeiten und immer wieder nach Hause kommen können und ihre geklauten und abgezockten Waren abliefern können. Das geht nicht. Wenn sie aus dem Libanon oder aus der Türkei kommen, geht das auch nicht.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Es geht aber auch nicht, wenn das unsere eigenen Leute sind. Ich will hier nicht Ausländer gegen Deutsche abwägen. Es ist nicht tolerierbar, dass es bei uns Familien gibt, die eine große Zahl von Kindern haben, die sie ganz früh laufen lassen und die unsere Öffentlichkeit terrorisieren. Das geht nicht, dem müssen wir entgegentreten!

Ich bin mit Ulrich Mäurer einer Meinung, dass wir dort eine bessere Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe mit kompetenter Unterbringung haben müssen. Nicht wieder zurückgeben! Wir haben zu wenig Unterbringungsangebote. Das haben wir übrigens auch selbst verursacht. Ich selbst war sehr stolz darauf, dass wir diese Einrichtungen aufgelöst haben. Dann haben wir uns mit Schiffen geholfen. Diese Schiffe haben eben auch nur eine begrenzte Wirksamkeit gehabt. Wir müssen da richtig etwas Neues entwickeln.

(D)

Das ist das eine. Das andere sind natürlich die Schulen. Willi Lemke sagt jedes Mal, wenn ich mit ihm zusammenkomme, dass es ein dramatisches Problem ist. Er spricht inzwischen von 2000 Schulverweigerern. Je intensiver er sich damit beschäftigt – er nickt jetzt –, umso intensiver wird für ihn dieses Problem.

Es gibt Lehrer, die ganz froh sind, dass diese Kinder nicht in die Schule kommen, weil dann der Schulalltag ein bisschen einfacher ist. Das verstehe ich sogar. Es ist für uns aber doch keine Antwort und nicht richtig

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

zu sagen, lasst die durch die Stadt tigern, die Hauptsache ist, sie stören uns nicht. Das geht nicht. Wir müssen auch da enger zusammenrücken und Antworten finden auf wirklich, Horst Isola hat das eben gesagt, nicht sozialisierte Kinder. Sie haben noch keine Sozialisierung erfahren, sie sind gleich in eine solche Desorientierung geraten.

Jetzt zum Strafteil, nicht nur zum Strafvollzugsteil! Herr Röwekamp hat Recht, die Verfahren müs-

(A) sen schneller sein. Es geht nicht, wenn man jugendliche Straftäter zwei Jahre später im Gericht auf ihre Taten von vor zwei Jahren anspricht, die haben die zum Teil vergessen und verdrängt. Das geht bei Jugendlichen so schnell, sie wissen dann objektiv gar nichts mehr. Das muss schneller laufen. Die Konsequenz ist, dass wir die Jugendlichen in möglichst unmittelbarer zeitlicher Nähe zur Straftat anklagen und vor Gericht stellen, damit sie nicht zwischen durch andere Geschichten erleben.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Dazu braucht man, Herr Röwekamp, keine neuen Gesetze. Die vorhandenen Gesetze reichen aus. Wir müssen Polizei, die die Ermittlungen führt, mit der Staatsanwaltschaft, die die Klage aufsetzt, und mit dem Jugendgericht, bitte sehr aus dem gleichen Interesse, enger zusammenrücken. Sie allesamt werden von den Jugendlichen doch gar nicht differenziert wahrgenommen. Wir sind doch allesamt für den Jugendlichen die öffentliche Reaktion auf seine Straftat. Das muss besser werden. Ich finde es richtig, dass wir nach Ulrich Mäurer da konsequenter sein müssen.

Jetzt zum Strafvollzug! Der Strafvollzug – es ist alles richtig, was hier gesagt worden ist – ist bei dem Jugendstrafvollzug in erster Linie Resozialisierung, aber bitte sehr immer auch Schutz der Gesellschaft vor Straftätern!

(B)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Das kann man nicht wegdiskutieren. Ich habe lange Zeit die Diskussionen unter den Jugendrichtern darüber miterlebt – ich habe früher auch einmal da gearbeitet –, ob wir die Jugendlichen lange einsperren, damit sie eine gute Ausbildung bekommen oder damit sie wirklich aus dem Verkehr gezogen sind. Diese Diskussionen kenne ich. Das macht der Richter und wird es auch in Zukunft machen. Der Richter ist aber nicht irgendjemand. Er ist einer, der diesen Teil seiner Aufgabe, mit dem wir insgesamt vor den Eltern, Kindern und der Nachbarschaft bestehen müssen, zu erfüllen hat.

Gustav Radbruch – er ist eines meiner ganz großen Vorbilder – hat gesagt, Urteile und Beschlüsse sind die Öffentlichkeitsarbeit der Gerichte und nichts anderes. Sie müssen durch ihre Urteile und Beschlüsse überzeugen, und zwar alle überzeugen und nicht nur die gerade Verfahrensbeteiligten. Es ist nicht schlecht, wenn wir gelegentlich Urteile öffentlich debattieren, weil das dazugehört.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Richter sind öffentlich Handelnde, durch die Gewaltenteilung natürlich Geschützte, aber, bitte sehr, nicht vor öffentlicher Kritik Geschonte. Sie müssen

dazu beitragen, dass die Gesellschaft auch durch ihre Spruchpraxis so etwas wie Vertrauen in unser Handeln entwickelt und sagt, dass wir jedenfalls eine Chance haben, dagegen anzugehen, was wir als tägliche Bedrohung angstmachend erleben. Darum, denke ich, kann man den einen oder anderen Richter auch kritisieren, wenn er sagt, ich lasse den wieder laufen, weil ich finde, dass er, wenn er draußen ist, weniger anstellt, als wenn er im Strafvollzug zur Fahrradwerkstatt gewonnen wird und da Fahrräder reparieren lernt. Warum nicht kritisieren?

(C)

Jetzt die Sache mit der Abschiebung! Es ist rot-grüne Politik der Bundesregierung – wenn Sie sich das Zuwanderungsgesetz genau anschauen, von dem wir ja immer noch leider nicht wissen, ob es nun durchgeht oder nicht –, dass wir Zuwanderung auch begrenzen. Wer sich hier strafrechtlich nicht korrekt verhält und vom Richter nach zurzeit geltender Rechtslage mit einer Strafe bewehrt von drei Jahren verurteilt wird, wird abgeschoben.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU –
Unruhe beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist Gesetzeslage. Das hat nichts mit Verfassungswidrigkeit zu tun. Das ist geltendes Recht, Herr Kuhn. Sie meinen immer, er bricht die Verfassung. Nein! Die Frage ist, ob wir das wirklich machen. Ich verstehe Sie so, wenn Sie sich entrüsten, dass hier etwas Verfassungs- und Rechtswidriges erklärt worden ist. Nein! Wir wollen nicht über das, was in der Zukunft einmal sein muss, reden, sondern wollen eine verbesserte, wirksame Praxis im Rahmen des geltenden Rechts. Ich denke, das darf ich in meiner Rolle als Bürger, Nachbar, Vater und Großvater doch sagen. Ich möchte nicht nur, dass wir gute Gesetze haben, sondern auch, dass wir sie, bitte sehr, auch anwenden und wirksam anwenden

(D)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

und dass die Straftäter, besonders die jugendlichen Straftäter, dies fühlen. Sie müssen merken, dass wir nicht ein langweiliger, schlapper, liberaler, weinerlicher, selbstmitleidiger Staat sind, sondern sie müssen lernen, dass wir eine konsequente öffentliche Maßnahme durchsetzen können, wenn sie sich falsch verhalten haben.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Darum muss auch in Zukunft aus dem Strafvollzug abgeschoben werden. Wer meint, im Strafvollzug kann man der Abschiebung entgehen, der kennt die Rechtslage. Das ist eine von vielen, ich sage jetzt einmal vielen, Möglichkeiten, sich zu schützen und übrigens auch gerade die vielen integrationsbereiten Ausländer in unserem Lande zu schützen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

(A) Ich habe mir seit langem vorgenommen, mit Ausländern zu reden und nicht über Ausländer zu reden. Wenn Sie einmal mit Ausländern reden, es ist dabei egal, ob Sie zu den Kemalisten oder den Muslimen gehen, dann sagen alle, seid endlich strikt konsequent und lasst uns nicht hängen, lasst uns nicht in so einem allgemeinen Verdacht hängen, dass mit den Ausländern alles schwierig ist,

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

wir Ausländer sind nämlich rechtstreu, und wir wollen, dass hier Rechtstreue und Rechtsloyalität hoch gehalten werden, und die wenigen unter uns, die das nicht schaffen können, müsst ihr, bitte sehr, konsequent anpacken. Das bekomme ich gerade von Ausländern zu hören, die sagen es besonders deutlich. Die schauen nicht immer in das Gesetz, das gebe ich zu, aber sie haben auch eine Not, weil sie das ja am Arbeitsplatz, beim Einkaufen wieder zurück bekommen. Sie sagen dann, wieso werden wir braven Leute kollektiv wahrgenommen!

Einmal insgesamt genommen: Wir müssen nicht nur über den Strafvollzug streiten, sondern wir müssen uns über ein gesetzestloyales, aber konsequentes Vorgehen aller öffentlich Verantwortlichen gegenüber Straftätern verständigen, besonders gegenüber Intensivstraftätern und dabei besonders gegenüber Intensivstraftätern, die Jugendliche sind. Je früher man da anfängt, umso größer ist die Chance, dass sie das noch lernen, je später man anfängt, umso versauerter ist die Biographie. Wenn Sie jemandem mit einer solchen Liste, wie Herr Röwekamp eben zitiert hat, nehmen, hat er doch inzwischen alles andere gelernt, bloß nicht, dass konsequent auf seine Straftaten reagiert wird. Er weiß doch, dass wir nicht konsequent sind.

(B)

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ich finde, wenn wir das in diese Richtung bekommen, lieber Horst Isola, ist das keine Abwertung des Strafvollzugs, sondern dann wird der Strafvollzug auch ein Stück von allen anderen begleitet und nicht allein verantwortlich dafür gemacht, dass er das nicht hinbekommen hat.

(Abg. I s o l a [SPD]: Das war meine Forderung!)

Das habe ich auch so verstanden! Ich glaube, im Strafvollzugsalltag gibt es nicht schwarzweiß, im Strafvollzugsalltag geht es ganz schwer zu, das ist ein schwerer und ungemütlicher Arbeitsplatz, die müssen rund um die Uhr arbeiten. Die Eingesperrten sind unzufrieden, die dort Arbeitenden sind genauso unzufrieden, weil sie nicht gut bezahlt sind, weil sie schwere Arbeit machen und weil sie meinen, stellvertretend für die gesamte Gesellschaft aus-

halten zu müssen, was da alles bei den Eingesperrten schief gelaufen ist. Das spüren sie doch, das bekommen sie doch immer direkt an den Kopf. Ich will das jetzt gar nicht alles beschreiben, weil ich das nicht dramatischer machen will, als es ist.

Wir müssen dem Strafvollzug insgesamt eine faire Chance geben, damit sie mit diesen Straftätern da überhaupt leben können. Wenn es dann welche gibt, die das nicht annehmen und dieses Stück nicht schaffen, dann muss man konsequent sein. Das hat Horst Isola, zwar ein bisschen versteckt, auch gesagt.

(Beifall bei der CDU)

Er war nämlich ein harter Jugendstrafvollzugschef. Ich war ja damals auch schon hier tätig und weiß ganz genau, wie er damals seinen Jugendstrafvollzug geführt hat. Herr Isola war ein scharfer Mann.

(Heiterkeit)

Ich meine es jetzt nicht so, wie die Lacher das hier meinen! Ich meine, er war einer von denen, der sagte, wir dürfen hier nicht immer nur reden, wir müssen die Jugendlichen auch spüren lassen, dass wir es ernst meinen, sonst kapierten sie das nie. Das meine ich. Dann muss derjenige, der die Angebote nicht annimmt, spüren, dass es ihm dann schlecht geht. Dann wird seine Strafe vollstreckt, und er wird, obwohl er Angebote gehabt hat, die er nicht angenommen hat, auch ohne diese Angebote eingebuchtet. Er bleibt dann eingebuchtet und wird nicht herausgelassen.

(C)

(D)

(Beifall bei der CDU)

Wir werden nicht sagen, vielleicht überlegt er es sich draußen.

Man darf Täterschutz und Opferschutz nicht gegeneinander ausspielen. Eigentlich muss man beides machen, weil unterm Strich natürlich der Opferschutz am besten ist, wenn der Strafvollzug funktioniert. Es ist der beste Opferschutz, wenn die Strafjustiz funktioniert. Es ist der beste Opferschutz, wenn wir wirklich auch konsequent mit Jugendhilfe und Schulen den jugendlichen Straftätern entgegentreten können, weil wir dann unter dem Strich weniger Straffälligkeit haben. Wir sind da wirklich besorgungsbedürftig. Wir müssen besser werden.

Wir können nicht die Achseln zucken und sagen, das ist eben Europa, die Grenzen sind offen, jetzt haben wir es eben mit einer neuen Kriminalität zu tun. Nein, nein, nein! Wir wollen offene Grenzen. Wir wollen ein erweitertes Europa. Ich freue mich auf die Osterweiterung. Ich freue mich auf die vielen Menschen, die dann aus Polen, aus Tschechien, aus Ungarn und von überall hierher kommen. Aber eines ist klar, damit gibt es hier keine Mafia, damit gibt es hier keine Mafiagewaltregeln. Nein, das wol-

(A) len wir nicht! Wir wollen keine rechtsfreien Räume. Wir wollen nicht, dass da plötzlich weggeschaut wird.

Hinschauen, annehmen, ernst nehmen, Antworten konsequent verlangen, das ist richtig!

(Anhaltender Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. **Dr. Kuhn** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch nach der Schlussfuge habe ich nicht ganz verstanden: Haben wir jetzt eine Wende in der Justizpolitik, die Herr Röwekamp gefordert hat und die an den Namen von Herrn Mäurer geknüpft hat, haben Sie die jetzt bestätigt, Herr Scherf?

(Zurufe von der CDU: Ja!)

Sie sagen Ja! Jetzt schaue ich einmal zur anderen Seite.

(Abg. **T e i s e r** [CDU]: Ja!)

Keine Antwort, gut!

(B) Keine Antwort ist auch eine Antwort! Das habe ich jedenfalls nicht verstanden. Ich gehe noch im Einzelnen darauf ein, was das nun war. Eines habe ich allerdings verstanden, dass für Herrn Scherf neuerdings „liberal“ eines der schärfsten Schimpfworte geworden ist. Das werde ich mir in der Tat merken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Widerspruch bei der SPD und bei der CDU – Abg. **T i t t m a n n** [DVU]: Ordnungsruf!)

Da kommen wir gleich zum Kern der Geschichte.

(Abg. Frau **D r e y e r** [CDU]: Sie sind bei den Tätern! Das waren Sie schon immer! – Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf von der SPD)

Nein, ich bin nicht auf einer anderen Veranstaltung!

Ich hätte mich ja gar nicht getraut, Herr Scherf, die Kritik an Ihrem Ressort, am Senat insgesamt, an der mangelhaften Zusammenarbeit zwischen Jugendamt, verschiedenen Einrichtungen des Jugendamtes, der Richter und der Staatsanwälte, der Polizei so scharf und schroff zu formulieren, wie Sie das gemacht haben. Sie haben gesagt, das hat bis heute, bis gestern überhaupt nicht funktioniert. Da hat keiner miteinander geredet, die eine Seite hat hü, die andere Seite hat hott gesagt. Die Betroffenen bestreiten das, sie bezweifeln das, aber Sie sind der Auffassung. So scharf hätte ich das nicht formuliert.

(C) Wenn Sie sagen, wir müssen das besser koordinieren, wenn Sie sagen, da muss jetzt aus einer Hand Information gemacht werden, die müssen miteinander reden, haben wir dem widersprochen? Ist das verkehrt? Nein, weiß Gott nicht! Sie haben so getan, als wäre es eine Rede gegen mich, dass ich das verhindern wollte, dass hier miteinander geredet wird. Das ist doch lächerlich! Haben wir dagegen geredet, dass schnell reagiert wird? Das ist nicht der Fall! Ich habe es wörtlich in meiner Rede gesagt, dass das das Entscheidende ist bei allem Umgehen mit jugendlichen Straftätern und überhaupt Auffälligen, dass schnell reagiert wird. Haben wir gesagt, man müsse bei Schulschwänzern wegschauen? Das Gegenteil ist der Fall!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Senator Lemke weiß das sehr wohl, dass wir das Thema hier eingebracht haben. Das ist alles gar nicht wahr, dass wir diejenigen sein würden, die sagen, wegsehen, ruhig machen lassen oder sonst etwas. Sie verwechseln bloß Konsequenz mit Härte und Härte wiederum mit Straffhaft.

Nun schauen Sie sich doch einmal die Vielzahl der kriminologischen Untersuchungen an, zuletzt den schlichten Vergleich zwischen Bremen als gutem Beispiel und den USA! In den USA: ganz harte Strafen, ganz volle Gefängnisse, noch mehr Kriminalität, und zwar andauernd mehr Kriminalität, weil die Rückfallhäufigkeit so immens groß ist, weil die Jugendlichen aus dieser Karriere nicht das lernen, was sie lernen sollen! In Bremen, bis 1997, das war das Datum: ein sehr ausgebautes System von Alternativen zum Strafvollzug, gute Ergebnisse auch im internationalen Vergleich!

(D) Heute steht in der Zeitung ein Bericht eines Kriminologen aus Rheinland-Pfalz, der noch einmal sagt, in der Tat muss man differenziert vorgehen. Natürlich, das wird auch jeder im Vollzug sagen, es gibt Jugendliche, die müssen in die Haft, da gibt es gar kein Vertun, aber es gibt auch viele andere, für die anderes zutrifft. Wenn Sie jetzt sagen, betreute Unterbringung mit gewisser Kontrolle, ja, gut, wir sind doch dabei, das zu diskutieren! Machen Sie Vorschläge dazu! Das ist doch nicht unser Problem. Haben wir dem bisher widersprochen? Das ist Ihre Verantwortung, das zu machen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Aber kommen Sie mir doch nicht damit zu sagen, da ist etwas fehlgelaufen, und da sind es die Grünen, die wollen, dass es immer so bleibt, und die schauen zu, wie die Kriminalität ist.

Das Gegenteil ist der Fall, auch mit den Opfern! Wer ist es denn gewesen, der Gesetzentwürfe gegen Gewalt in der Familie, und zwar sowohl Gewalt

(A) gegen Kinder als auch gegen Frauen, mit auf den Weg gebracht hat?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nicht nur, was ja richtig ist, versuchen, im Nachhinein den Opfern zu helfen, sondern zu verhindern, dass Opfer überhaupt entstehen! Das waren nicht in erster Linie Sie von der CDU, das waren die Grünen zusammen mit den Sozialdemokraten. Es ist doch Quatsch zu sagen, auf der einen Seite sind die, die schauen auf die Täter, auf der anderen Seite sind die, die schauen auf die Opfer. Das ist doch wirklich Unsinn.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich wiederhole noch einmal: Es ist ein Märchen zu behaupten, härtere Strafen, längere Strafen würden dazu führen, dass die potentiellen Opfer geschützt werden. Da gibt es viele Untersuchungen. Wenn Sie jetzt die Ämter zusammenführen wollen, wenn Sie endlich hinschauen wollen, dann haben Sie uns an Ihrer Seite, wenn Sie da Vorschläge machen. Aber die Kritik an uns nehme ich nicht hin.

Ich nehme auch den ganzen Unsinn nicht hin, den Herr Röwekamp aufgelistet hat, was die Grünen alles wollen. Gefangenentlohnung, Herr Röwekamp, das ist ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts!

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Da kommt jemand und erzählt uns, das wäre eine Erfindung der Grünen. Ich finde, das ist schon ein bisschen frech. Fixerstuben! Wer macht das denn in Frankfurt? Die Oberbürgermeisterin, Parteibuch CDU!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist doch wirklich frech zu behaupten, das wäre eine grüne Idee. Ich könnte so fortfahren.

Ersatzfreiheitsstrafen, dass die nicht in den Knast gehen, Leute, die eigentlich nur Geldstrafen haben! Natürlich kann man die nicht einfach laufen lassen mit den Worten, das war nur so eine Idee. Das ist doch Unsinn! Wir haben doch eine Reihe von Vorschlägen gemacht und Forderungen erhoben, zum Beispiel freiwillige Arbeit, und zwar freiwillig in dem Sinn, dass sie sich dazu melden und nicht dazu, dass niemand schaut, wie sie das machen. Das sind doch Alternativen.

Herr Röwekamp hat die Ersatzfreiheitsstrafe angesprochen. Das sind keine Intensivtäter, sondern das sind Leute, die eigentlich Geldstrafen verbüßen müssen. Er hat hier einen Strauß von Dingen ausgebreitet, wo die Grünen angeblich so tun würden, als würden wir es laufen lassen. Das Gegenteil ist der

Fall, Herr Röwekamp! Allerdings sind wir der Meinung, dass die geltenden Grundlagen des Strafvollzugs seit den siebziger Jahren richtig sind.

(C)

Ich beharre darauf, und leider hat der Bürgermeister die Gelegenheit nicht genutzt, zwei Aussagen zu korrigieren: Erstens, da gibt es Leute, Herr Mäurer definiert offensichtlich selbst, wer das ist, die gebe ich auf. Das ist von den Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland nicht gedeckt, das ist und bleibt einfach so. Da kann man manchmal verzweifeln, da kann man unglücklich sein, da kann man sagen, Mensch, ich weiß nicht mehr, was ich machen soll, aber staatliche Politik darf das nicht werden. Dazu hat Herr Scherf nichts gesagt.

(Abg. Frau D r e y e r [CDU]: Intensivtäter!)

Zweitens, dabei bleibe ich auch: Man kann sich über Familien ärgern. Man kann auch der Meinung sein, dass man jugendliche Straftäter und auch erwachsene Straftäter, wenn denn die gesetzliche Lage so ist, abschiebt, das ist alles in Ordnung. Aber dafür, was Sie Ihren Sprecher haben sagen lassen, dass, wenn ein, zwei Leute in der Familie Intensivtäter sind, man die ganze Familie abschieben muss, gibt es keine gesetzliche Grundlage. Wir werden doch wohl noch darauf beharren können, dass in diesem Land die Gesetze eingehalten werden, auch vom Senator für Justiz und Verfassung! Das ist nun doch das Mindeste!

(D)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Fraktionen haben ja noch einmal die Gelegenheit. Ich würde gern einmal erfahren, was der Fraktionsvorsitzende der SPD und Verwaltungsrichter Böhrnsen dazu sagt. Ich nenne Sie deswegen, weil Sie auch von der Materie viel wissen und in dieser Frage in Ihrem abwägenden Urteil anerkannt sind. Ich finde nicht, dass man das einfach so stehen lassen kann. Das sind alles schöne Reden, und Herr Scherf hat Sie auch begeistert, aber zu vergessen, dass hier in zwei zentralen Fragen einfach gelehrt wird, auf welcher Grundlage der Gesetze wir hier handeln und handeln müssen, das, finde ich, kann dieses Haus nicht hinnehmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU *): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, Herr Dr. Kuhn, Sie haben wiederum versucht, hier die Grenzen zu verwischen. Wir reden nicht, Herr Dr. Kuhn, wenn wir über Strafverschärfung reden, über -----

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) den Ersttäter als Ladendieb oder denjenigen, der ein Auto geklaut hat

(Abg. T e i s e r [CDU]: Laubendieb!)

oder den Laubenaufbrecher. Wir reden hier, Herr Dr. Kuhn, über Intensivtäter, mit denen die Gesellschaft nicht fertig geworden ist, mit denen die Familien nicht fertig geworden sind und mit denen unser liberaler Strafvollzug nicht fertig geworden ist! Wir reden darüber, was wir mit diesen jungen Menschen machen, Herr Dr. Kuhn. Es geht nicht darum, alle wegzuschließen oder alle herauszulassen, wie Sie es versucht haben darzustellen, sondern es geht darum, was machen wir mit Intensivtätern, die sich nachhaltig jedwedem Versuch einer Resozialisierung verweigern, die nie sozialisiert waren, Herr Dr. Kuhn!

(Beifall bei der CDU)

Nichts anderes hat Herr Mäurer gesagt. Er hat gesagt, man kann niemanden resozialisieren, der nie sozialisiert war.

(Beifall bei der CDU)

(B) Wenn man sich jahrelang daran abgemüht hat, Herr Dr. Kuhn, dann können wir noch so schöne und gute Strafzwecktheorien in den Universitäten lehren, dann kommt es darauf an, die Opfer und die Gesellschaft vor diesen Intensivtätern zu schützen, Herr Dr. Kuhn.

(Beifall bei der CDU)

Herr Dr. Kuhn, da scheitert doch nicht der Staat. An diesen Schicksalen scheitert doch dann nicht der Staat.

(Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Doch!)

Was mich in der Debatte ein bisschen verwundert hat, Herr Isola, ich glaube, Ihre Bedenken, dass die Wende in der Justizpolitik nur von einem politischen Beamten gewollt wird, hat die Rede unseres Bürgermeisters Dr. Scherf eindrücklich widerlegt. Ich habe den Eindruck, dass von der Generalstaatsanwaltschaft über den Staatsrat bis zum Justizressort die Notwendigkeit erkannt worden ist, gegen Intensivtäter stärker vorzugehen. Ich würde mir wünschen, Herr Isola, dass Ihre Fraktion diesem Vorgehen im Parlament eine stärkere Unterstützung würde zukommen lassen. Es kann nicht Aufgabe der CDU sein, die SPD-Staatsräte und SPD-Justizsenatoren allein zu unterstützen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

(C) **Präsident Weber:** Meine Damen und Herren, wir haben jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen.

Wir treten in die Mittagspause ein. Ich schlage Ihnen vor, dass wir uns um 14.45 Uhr zur Fortsetzung der Sitzung der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) hier wieder treffen.

Ich unterbreche die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag).

(Unterbrechung der Sitzung 13.12 Uhr)

*

Vizepräsident Ravens eröffnet die Sitzung wieder um 14.48 Uhr.

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Nachhaltige Fischereiwirtschaft

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der SPD vom 18. Januar 2002 (Drucksache 15/1043)

(D)

Wir verbinden hiermit:

Nachhaltige Fischereiwirtschaft

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 5. Juni 2001 (Drucksache 15/741)

s o w i e

Nachhaltige Fischereiwirtschaft

Mitteilung des Senats vom 12. März 2002 (Drucksache 15/1100)

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Staatsrätin Winther.

Meine Damen und Herren, der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Nachhaltige Fischereiwirtschaft, vom 5. Juni 2001, Drucksachen-Nummer 15/741, ist von der Bürgerschaft (Landtag) in ihrer Sitzung am 30. August 2001 an die staatliche Deputation für den Fischereihafen überwiesen worden. Diese Deputation legt nunmehr mit der Drucksachen-Nummer 15/1100 ihren Bericht dazu vor.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält der Abgeordnete Schramm.

(A) Abg. **Schramm** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir hatten in einer der letzten Bürgerschaftssitzungen bereits einen Antrag zum Thema nachhaltige Fischereipolitik eingebracht. Dieser Antrag ist an die Deputation für den Fischereihafen überwiesen, dort ausführlich besprochen worden, und wir haben eine Anhörung dazu durchgeführt. Im Rahmen dieser Anhörung sind wir übereingekommen, einen interfraktionellen gemeinsamen Antrag zu dieser Problematik zu stellen, den wir als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auch unterzeichnet haben. Von daher ist der ursprüngliche Antrag obsolet und wird hiermit zurückgezogen zugunsten des gemeinsamen Antrages mit der Drucksachen-Nummer 15/1043.

Das Problem, das ja auch wir als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen häufig haben, wenn wir ökologische Themen problematisieren, ist, dass die ökologischen Auswirkungen eines Eingriffs nicht immer sofort sichtbar werden, dass es sich hier um lange Prozesse handelt, wenn es sich nicht gerade um Katastrophenereignisse handelt. Wir sehen jetzt gerade in der Antarktis das Wegbrechen eines riesigen Eisberges, wo die Ursachen mehrere hundert Jahre lang gedauert haben, bis der Eisberg ins Meer gestürzt ist. Das heißt also, es gibt langwierige Prozesse, die nicht sofort sichtbar, aber trotzdem wirksam sind, meine Damen und Herren.

(B) Ein Beispiel dafür, wo das eben nicht so ist, wo das Problem der ökologischen Auswirkungen auch direkt auf die Ökonomie sichtbar wird, ist meines Erachtens das Beispiel der Fischereipolitik. Es ist ja ganz klar, dass es ohne das Naturprodukt Fisch keine Fischverarbeitung geben kann. Damit wird es keine sinnvollen Lebensmittel geben können, und die Arbeitsplätze in der Fischerei sind damit ohnehin direkt gefährdet, meine Damen und Herren.

Deswegen sagen wir: Gerade im Bereich der Fischereipolitik ist Vorbeugen besser als Heilen. Das hat auch etwas Ökonomisches, weil es natürlich auch billiger wird, wenn man vorbeugt und die Ressourcen schont, als wenn man versucht, hinterher die eingebrochenen Ressourcen wieder aufzupäppeln, das ist sehr teuer, sehr langwierig und ökonomisch wie ökologisch eher schädlich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In Bremerhaven und im Land Bremen betrifft das 4000 direkt von der Fischerei abhängige Arbeitsplätze, fast so viele wie beim Technologiepark, das muss man auch einmal wissen. Die Förderung der Fischereiprogramme hält im Gesamtprogramm der Wirtschaftsförderung einen hohen Stellenwert, deswegen gibt es hier ein großes Interesse daran, dass dies auch nicht wegbriecht.

*) Vom Redner nicht überprüft.

(C) Die große Gefahr ist aber, und das ist jetzt auch in der aktuellen Diskussion so, dass es auf der Kippe steht oder zum Teil auch schon gekippt ist. Die Europäische Union hat sich diesem ökologischen Thema sehr stark gewidmet und ein Grünbuch zum Bestand der Fischressourcen in der Welt verfasst, besonders zum Bestand in der Nord- und Ostsee, und ist zu der Erkenntnis gekommen, dass der Bestand in der Ostsee schon gefährdet ist. Da ist es bereits gekippt, und bezogen auf die Bestände in der Nordsee ist es kurz davor, ebenfalls zu kippen. Die Bestände von Kabeljau, Seehecht, Wittling und Schellfisch sind bereits über die Maßen strapaziert worden, so dass eine Bestandserhaltung jetzt schon gefährdet ist.

„40 von 60 Fischarten sind bereits überfischt“, Zitat EU-Grünbuch, und die Meeresschutzkommission, die jetzt auch in Norwegen tagt, hat gesagt, dass das im Nordostatlantik und in der Nordsee die größte maritime Umweltproblematik überhaupt ist. Von daher müssen wir uns auch als Fischereiland mit dieser Problematik nachhaltig beschäftigen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

(D) Im Durchschnitt sind 50 bis 90 Prozent der Bestände, je nach Fischart natürlich, zurückgegangen. Der Fischereiaufwand ist aber im gleichen Atemzug um das Dreifache gestiegen. Das hat damit zu tun, dass jetzt auch Militärtechnik Einzug in die Fischerei hält. Die gleiche Technik, mit der man Terroristen gezielt aufsucht und liquidiert, wird zum Teil jetzt auch für die Fischerei angewendet. Das heißt, dass auch der kleine Fisch, mag er noch so wendig sein, diesen Fangmethoden nicht mehr entgehen kann. Das hat zur Folge, dass die Bestände natürlich radikal reduziert werden, und das Ergebnis ist, dass die fische-reiliche Sterblichkeit, so nennt man das im Terminus technicus, so hoch ist, dass nur noch der Nachwuchs gefischt werden kann.

Meine Damen und Herren, man stelle sich das vor: Nur der Nachwuchs wird gefischt, und der eigentliche Bestand wird gar nicht mehr gefischt! Das ist das Problem der Fischerei, wir haben nur noch kleine Fische im Netz. Natürlich müssen diese kleinen Fische nach den Richtlinien wieder zurückgeworfen werden und landen dann tot oder verelendet wieder im Meer, ohne dass das auf die Fangquoten angerechnet wird. Wir haben hier also einen Teufelskreis der kleinen Fische, die dann als Rückwürfe wieder im Meer landen. Das ist ökologisch eine Katastrophe!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Übrigens ist dies nicht nur ein Problem der EU, sondern natürlich auch ein weltweites Problem. Wir diskutieren die Problematik der Spaltung der Welt in Arm und Reich, eine Frage der Globalisierungs-

(A) politik. Auch das ist ein Teil der Fischereipolitik. Unsere Meere sind relativ leergefischt, und wir beziehen unsere Fischbestände aus den Meeren der Länder der Dritten Welt, meine Damen und Herren, und kaschieren so die Krise, die in den EU-Gewässern existiert. Diese Krise wird auf dem Rücken der Entwicklungsländer vertuscht, und das können wir natürlich im Rahmen einer globalen, ökologisch verantwortlichen Politik nicht wollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Hauptursachen der Rückgänge der Bestände nennt das EU-Grünbuch in detaillierter Ausführung. Es gibt mehrere Bände davon, ich kann hier natürlich in der Kürze der Zeit nicht alles darlegen. Auf den Punkt gebracht ist es aber so, dass als Hauptursache erst einmal die zu hohen Quoten anzusehen sind. Diese sind nicht nach wissenschaftlichen Kriterien festgelegt, wie es eigentlich sein sollte, sondern, wie das in der Politik so ist, in Form eines Kuhhandels manchmal ausgedeutet. Von daher sind sie auch in der Regel höher, als es der Bestand zulassen würde.

Wir haben das Problem der Überkapazitäten. Damit sind erhöhte Subventionen verbunden. Die ganze Problematik der Strukturfonds der EU spielt hier eine große Rolle. Auch hier muss es zu einer Reform kommen und dazu, dass zu einer bestandserhaltenden Subventionierung übergegangen wird. Wir haben den technischen Fortschritt bei den Fangmethoden, das habe ich schon gesagt, die Militärtechnik findet Einzug, und wir haben das Problem der Rückwürfe. 30 bis 40 Prozent der Fische, die gefangen werden, werden tot wieder ins Meer zurückgekippt, ohne dass sie irgendjemandem nutzen. Diese Rückwürfe werden nicht auf die Quote angerechnet. Das ist ein ökologischer Verfall der fischereilichen Situationen, den wir dringend korrigieren müssen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben auch geringe Kontrollen. Wir kennen die Problematik der nationalstaatlichen Kontrollen. Hier muss es neue Formen von Harmonisierungsbestrebungen geben, damit es eine Kontrollinstanz gibt, die über die einzelnen Nationalstaaten hinweg eine fischereiliche Kontrolle durchführt.

Im Prinzip, kann man sagen – und das sagen alle Experten, die uns dazu ihre Meinung gesagt haben –, ist die gemeinsame Fischereipolitik der Europäischen Union gescheitert. Das muss man einfach so sehen. Die EU ist hier kein Vorreiter, kein Saubermann, und auch die deutsche Fischereipolitik ist hier kein Vorreiter in ökologischen Belangen. Da sind Neuseeland und Island wesentlich besser und spielen hier eine ganz andere Rolle, was die bestandserhaltende Politik angeht.

Die EU hat diesen Fehler aber erkannt, das ist ja auch offensichtlich geworden, und es gibt neue Im-

pulse durch das EU-Grünbuch. Auch die Landwirtschaftsministerin, Frau Künast, hat sich jetzt dieser Frage zugewandt und die Fischerei in das Programm der nachhaltigen und ökologischen Wende aufgenommen, und auch Herr Trittin kämpft jetzt in Norwegen dafür, dass Schweinswale nicht mehr gefangen werden dürfen. Das ist ein erster positiver Schritt und ein Erfolg der rotgrünen Bundesregierung in Sachen Landwirtschaftspolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Unser Antrag greift die Forderung des Grünbuches weitgehend auf und sagt, dass wir sie unterstützen müssen. Wir müssen die Kapazitäten abbauen, ich denke, das ist klar. Wir müssen eher Stilllegungsprämien zahlen, als dass wir Subventionen für zusätzliche Kapazitäten ausgeben. Wir brauchen ein integriertes Küstenzonenmanagement, so nennt man das, also ein neues Managementsystem, das auch ökologisches Denken beinhaltet und vor allem auch die Interessen der Fischereilobby einbezieht. Gerade die Fischer mit ihrem Know-how haben ein Interesse daran, dass die natürlichen Ressourcen erhalten bleiben und dies auch Einzug hält in ein neues Managementsystem, meine Damen und Herren.

(Glocke)

(B) Ich bin gleich soweit! Die Experten sagen also, die Veränderungen in der Fischereipolitik hängen nicht so sehr mit den Maschen zusammen, mit der Motorleistung, sondern sie müssen hauptsächlich in den Köpfen stattfinden, und das, finde ich, ist besonders bemerkenswert.

(D) Noch ein Punkt zum Schluss zu den regionalen Akteuren: Wir müssen hier in Bremen auch einen neuen Akzent setzen auf eine Fischereipolitik, wir müssen eine Forschungs-, eine Entwicklungspolitik machen, also Förderung von F und E auch in diesem Bereich, die mehr die bestandserhaltende, ressourcenschonende Politik zum Inhalt hat. Das ist bisher noch viel zu wenig geschehen. Das ist auch in der Anhörung ein beträchtlicher Kritikpunkt gewesen. Wir müssen vor allen Dingen die Fischer selbst in den Aktionsprozess vor Ort einbeziehen, also dezentrale Fischereipolitik machen und es nicht nur am grünen Tisch den Bürokraten in der Union überlassen.

Noch eine Anmerkung zum Schluss, meine Damen und Herren! Eine Petitesse ist mir aufgefallen beim Studium der ganzen Dokumente. Der EU-Kommissar für Fischerei und Landwirtschaft heißt Herr Fischlein

(Abg. I m h o f f [CDU]: Fischler!)

oder Fischler, der Sachverständige und Vertreter im Bundesministerium für Verbraucherschutz und Er-

(A) nährung heißt Herr Brathering, und der Vorsitzende des Deutschen Fischereiverbandes heißt Herr Fischer.

(Heiterkeit)

Ich denke, bei so viel Kompetenz im Namen muss der Senat auch eine zukünftige Fischereipolitik unterstützen, so wie wir sie in dem Antrag formuliert haben. – Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, begrüße ich ganz herzlich eine Seniorengruppe aus Bremerhaven. – Herzlich willkommen!

(Beifall)

Die nächste Rednerin ist die Abgeordnete Frau Hannken.

Abg. Frau **Hannken** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Schramm hat kurz den Hintergrund dieses gemeinsamen Antrags vom Bündnis 90/Die Grünen, von der SPD und der CDU geschildert. Die Europäische Kommission hat ein Grünbuch zur gemeinsamen Fischereipolitik herausgegeben. Daraufhin hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hierzu einen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht, den wir gemeinsam in der Fischereihafen-
(B) deputation sehr ausführlich diskutiert, eine Anhörung dazu veranstaltet haben, in der wir uns mit Vertretern von Verbänden, Vereinen, aber auch aus der Wirtschaft über die gemeinsame Fischereipolitik der Europäischen Union unterhalten haben.

Die Situation, wie sie zurzeit vorherrscht, ist auch kurz von Herrn Schramm geschildert worden. Ein Viertel der Fischbestände ist weltweit überfischt. Man muss hier jedoch sehr stark differenzieren sowohl zwischen Fischarten als auch zwischen Fischgründen. Es ist nicht generell so, dass der Seehecht, von dem viel die Rede war, oder der Kabeljau überall überfischt wird. Es gilt in erster Linie nur für die Nordsee. Es gibt Gründe in der Welt, wo er nicht überfischt ist, so dass man das auch sehr differenziert betrachten muss.

Der eine oder andere kann sich die Frage stellen, was nun diese gemeinsame Fischereipolitik uns direkt hier vor Ort angeht beziehungsweise was sie Deutschland angeht. Deutschland ist kein Standort mehr für eine große Flotte, Deutschland fischt die ihm zustehenden Quoten, die von der Europäischen Kommission verteilt werden oder dort ausgemacht werden, in keinem Maße aus, sondern kann auch damit leben, dass wir mit Reduzierungen weiter vor-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C) angehen. Wir sind kein Land mehr, das eine große Fischereipolitik betreibt. Wir sind aber ein Land, in dem sehr viel Fisch, Gott sei Dank, gegessen wird und in das auch sehr viel Fisch importiert wird. Über 1,4 Millionen Tonnen Fisch werden jährlich nach Deutschland importiert, und Bremerhaven ist hier mit Abstand der wichtigste Fischverarbeitungs- und Umschlagsplatz. Ich finde von daher, dass wir das an dieser Stelle auch wirklich noch einmal sagen sollten.

Herr Schramm ist ja vorhin darauf eingegangen, als er die ökologischen Aspekte genannt hat, und oftmals wird in der Diskussion ein Widerspruch zwischen Ökologie und Ökonomie gesehen. Hier ist es aber gerade so, dass die vor Ort ansässigen Unternehmen, eben die fischverarbeitenden Betriebe in Bremerhaven, sich den Zielen des Grünbuchs verschrieben haben und sich sehr dafür einsetzen, dass es eine bestandserhaltende Fischerei gibt, und ich finde, das sollten wir in diesem Haus auch einmal ganz ausdrücklich begrüßen.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die beschriebenen Ziele des Grünbuchs sind unstrittig. Sie sind in diesem Plenum unstrittig, auf deutscher Ebene unstrittig und auch auf europäischer Ebene unstrittig. Das allein sollte einen schon erst einmal stutzig machen. Wenn etwas vollkommen unstrittig ist, dann ist oftmals auch zu befürchten, dass dabei nicht so viel herauskommen wird, weil es sehr wenig konkret ist. Genau das ist es auch, was wir dem Grünbuch der EU vorwerfen, dass es bisher sehr wenig konkret ist, denn die wirklich streitigen Punkte und wirklichen Sachen, bei denen es dann darum geht, auch die bestandserhaltende Fischerei umzusetzen, werden mit Sicherheit nicht unstrittig sein, sondern da wird es noch sehr viele Diskussionen geben.

Herr Schramm hat ein paar Punkte genannt, die dabei eine Rolle spielen werden. Ich möchte mich hier in der Diskussion auch nur auf drei Punkte konzentrieren. Wie gesagt, wir haben die Anhörung durchgeführt. Es sind sehr viele Einzelfragen, die da geklärt wurden, die da angesprochen wurden. Es würde jetzt sicherlich zu weit führen, Sie mit allen Fakten hier zu konfrontieren. Ich rate aber jedem einmal, sich das Protokoll der Deputations-sitzung durchzulesen, um in diesem Bereich mitreden zu können.

(D) Ich möchte drei Punkte nennen, bei denen es meines Erachtens sehr wichtig sind, dass dort schnellstens etwas getan wird. Das Erste sind die Fangquoten. Hier ist es zwar schon so, dass die Fangquoten auch jetzt nicht einfach aus der Luft gegriffen werden oder allein aus politischem Konsens entstehen, auch jetzt werden die Fangquoten aufgrund wissenschaftlicher Basis ermittelt. Jedoch reicht uns dies

(A) bisher nicht aus, da sie bisher noch nicht mehrjährig ermittelt werden und auch noch nicht artenübergreifend. Das sind zwei wichtige Fakten, die bei der Fangquotenermittlung in Zukunft berücksichtigt werden müssen. Zudem muss die wissenschaftliche Basis, die Grundlage dieser Ermittlung ist, weiter ausgebaut werden. Ich würde mich auch freuen, wenn Deutschland dort eine Vorreiterrolle übernimmt, indem es die Forschung und die Förderung der Wissenschaft in diesem Bereich unterstützen und einen besonderen Stellenwert geben könnte.

Ein wichtiger Punkt bei den Fangquoten ist jedoch auch die Anrechnung vom Beifang auf die Quoten. Sie alle wissen, dass bei der Fischerei auch viel Beifang – wenn also jemand Kabeljau fischt und eben ein anderer Fisch mit in die Netze kommt – einfach wieder über Bord geworfen wird. Da er aber zu diesem Zeitpunkt schon tot ist, nützt dies nichts mehr, weder dass er zurückgeworfen wird, noch dass er verwertet werden könnte, was ja sonst vielleicht gemacht werden könnte. Uns ist wichtig, dass dies auf die Quote angerechnet wird, da so zumindest eben auch darüber die Fangquoten reduziert werden können.

(B) Der zweite Punkt, den ich nennen möchte, der wichtig ist bei der gemeinsamen Fischereipolitik, ist der Flottenabbau. Hier ist es wichtig, die Flotte weiter abzubauen. Ich denke, das ist zumindest unter den deutschen Parteien oder Fraktionen auch unstrittig. Es ist jedoch auch darauf zu achten, dass wir hier nicht nur pauschal den Vorschlag des Flottenabbaus machen, sondern uns hier auch die verschiedenen Segmente anschauen, in denen die Flotten tätig sind, dass es zum Beispiel für die Küstenfischerei, ich nenne hier zum Beispiel auch die Krabbenfischerei, ein anderes Segment und eine andere Begutachtung gibt als für die Hochseefischerei.

Es ist dabei aber auch zu berücksichtigen, dass sich manche Nationen in der Vergangenheit in keiner Weise an die Flottenabbauprogramme gehalten haben, jetzt ihre Flotte auf sehr hohem Niveau haben und von diesen Flottenabbauprogrammen, weil sie eben dadurch eine sehr moderne Flotte haben, zum Beispiel nicht mehr betroffen sind. Dies führt zu einer Wettbewerbsverzerrung auf europäischer Ebene, und genau gegen diese möchten wir auch eintreten.

(Beifall bei der CDU)

Als dritten Punkt möchte ich noch die Überwachung nennen. Es ist bei der gemeinsamen Fischereipolitik angesprochen worden, dass es sie im Prinzip gar nicht gibt. Jeder Mitgliedsstaat hat seine eigene Flotte, macht seine eigene Flottenpolitik. Die Überwachung macht jeder Mitgliedsstaat für sich selbst, und auch die Sanktionen legt jeder Mitgliedsstaat für sich selbst fest. Hier ist es wichtig, dass es eine europäische Behörde gibt, die sowohl die Über-

(C) wachung als auch die Sanktionierung vornimmt, damit es wirklich eine bestandserhaltende Fischerei gibt, die in allen Mitgliedsstaaten gleich ist.

Als letzten Punkt möchte ich noch den Stellenwert der Fischereipolitik insgesamt nennen. Ich glaube, dass es schon ein ganz wichtiges Thema auch für uns Bremer und Bremerhavener sein sollte, welchen Stellenwert wir der Fischereipolitik insgesamt beimessen.

Leider war es in der Vergangenheit so, dass sich die Schröder-Regierung und insbesondere Frau Künast mit dem Thema BSE beschäftigt haben, allerdings dem Bereich Fischerei keinerlei Bedeutung beigemessen haben. Ich finde es von Herrn Schramm schon fast kühn, hier zu sagen, dass dort doch jetzt auch von Frau Künast eine Wende herbeigeführt wurde. Vielleicht hätte Frau Künast diese Wende ja herbeiführen können, wenn sie wenigstens einmal zum Fischereirat der Europäischen Union gegangen wäre!

(Beifall bei der CDU)

Da sie dort allerdings nur mit Abwesenheit glänzte, konnte sie sich auch in keine der aktuellen Diskussionen, weder um die Fangquoten noch um den Flottenabbau, noch um eine gemeinsame Überwachung, einbringen. Ich denke, Herr Schramm, Sie haben es ja sehr vollmundig angekündigt, vielleicht setzen Sie sich auch lieber bei Ihrer Ministerin einmal dafür ein, dass dort etwas passiert. Uns haben Sie auf jeden Fall an Ihrer Seite!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Hoyer.

Abg. **Hoyer** (SPD) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dem Landtag liegt heute ein Antrag vor, den das Parlament am 30. August letzten Jahres diskutiert und an die Fischereihafendeputation überwiesen hat. Die Deputation hat auf der Grundlage dieses Antrags in Bremerhaven eine Anhörung zur nachhaltigen Fischerei durchgeführt. Es war sehr interessant, was uns da mitgeteilt worden ist, auch unter anderen von Herrn Brathering. Die Fischereihafendeputation hat sich aber auch direkt in Brüssel informiert. Der am 30. August 2001 behandelte Antrag liegt nun in leicht geänderter Form dem Parlament zur Beschlussfassung vor.

Meine beiden Vorredner, der Kollege Schramm – was bedeutet das eigentlich als Name, Sie haben Fischlein und Fischler genannt, was bedeutet eigentlich Schramm? – und die Kollegin Hannken sind in ihren Redebeiträgen auf die Probleme der heutigen Fischerei eingegangen und haben die Umrisse einer

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) nachhaltigen Fischerei skizziert. Diese Beiträge und unsere Reden am 30. August letzten Jahres haben an und für sich den ganzen Bogen unseres Themas aufgezeigt. Was bleibt mir da noch übrig, hier zu sagen? Ein paar Sätze habe ich trotzdem noch!

Da wäre die schlichte Feststellung, dass Fischereipolitik in der Europäischen Union in der Tat europäische Politik ist. Die Landtage an der Küste und der Bundestag können die Probleme der deutschen Fischerei diskutieren, gelöst werden sie in Brüssel oder auch gemacht, das kann man sehen wie ein Dachdecker. Eine Regelung der europäischen Fischereipolitik trifft die finnischen Fischer genauso wie die portugiesischen. „Wenn Sie alle aufheulen, dann liegt Brüssel mit seinen Entscheidungen richtig“, so ein hoher deutscher Mitarbeiter der Kommission in Brüssel zu uns, als wir im Herbst letzten Jahres da waren!

Eine ganz wichtige Angelegenheit sind die Preissteigerungen der Rohware. Anfang dieser Woche hatte ich das Vergnügen, ein Gespräch mit einem mittelständischen Unternehmer am Fischereihafen zu führen. Seine Firma verarbeitet in der Hauptsache Hering, den bekommt er zu 100 Prozent aus Dänemark. Er verarbeitet diese Rohware zu Rollmöpsen, Bratheringen und Salaten in allen Variationen. Es ist ja kein Geheimnis, wenn ich da einen Firmeninhaber besuche, dann darf ich auch ein bisschen naschen. Ich muss sagen, es liegen Welten zwischen dem Salzhering, den unsere Eltern nach dem Krieg bekommen haben, und den Produkten dieser Firma. Der Hering wäre stolz auf diese Wandlung, wenn er sie erleben könnte.

(Heiterkeit)

Des einen Freud, des anderen Leid! Das ist es ja!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Das Ganze hat allerdings einen ganz großen Pferdefuß: Die Rohware Hering aus Dänemark ist in einem Jahr um 140 bis 150 Prozent im Preis gestiegen.

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]:
Hast du schon einmal einen Fisch mit Pferdefuß gesehen?)

Einen Hering mit Pferdefuß? Nein, habe ich noch nicht gesehen, aber vielleicht bekommt man das ja irgendwann hin!

Diese Preissteigerung ist den großen Supermarktketten kaum bis gar nicht zu vermitteln. Die Folge daraus ist: Die Gewinnspanne tendiert gegen Null. Dies ist auch eine Frage von Überfischung und ein Argument für die nachhaltige Fischerei. Im Übrigen,

wenn ich darauf noch einmal hinweisen darf, wird langfristig die Einkaufspolitik der deutschen Supermärkte oder Supermarktketten vielen kleinen und mittelständischen Lebensmittelunternehmen das Genick brechen. Der Hintergrund dieser Einkaufspolitik ist allerdings auch das Einkaufsverhalten der deutschen Hausmänner und -frauen. Wer immer das preiswerteste Produkt kauft, darf sich nicht wundern, wenn er dann wirklich irgendwann das billigste bekommt.

Das deutsche Lebensmittelgesetz lädt allerdings auch dazu ein, Lebensmittel zu verfälschen. Im deutschen Lebensmittelrecht steht nämlich in der Hauptsache, was nicht in Lebensmittel gehört. Wer das als eine gute Regelung begreift und sich sicher fühlt, hat noch nichts von der Symbiose zwischen der Lebensmittelindustrie und der chemischen Industrie gehört. Der Erfindungsreichtum dieser unseligen Gemeinschaft ist so groß, dass an jedem Arbeitstag zahllose neue Verbindungen hergestellt werden, die irgendwie irgendwann den Weg in unser täglich Brot finden. Diese Gemeinschaft ist nicht nur dem Gesetzgeber die sprichwörtliche Nasenlänge voraus, sondern enorm vielen Produkten. Das Lebensmittelrecht müsste also sehr detailliert und sehr genau festlegen, was in ein Lebensmittel gehört.

Nun zum Antrag! Unter III steht im interfraktionellen Antrag der Satz: „Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich für die Bildung eines regionalen Beratungsausschusses für Fischereifragen einzusetzen.“ Diese Forderung ist eine zweiseitige Sache. Wird sie erfüllt, kann das auf der einen Seite bedeuten, dass Regelungen über Quoten und Fischarten viel genauer regional gesteuert werden können. Es kann aber auch bedeuten, dass sich regionale Interessen ungehemmt durchsetzen können. Trotzdem sollte dieser Schritt gewagt werden.

Zum Schluss möchte ich noch auf die Verlegung des Instituts für Fischereiökologie von Hamburg nach Bremerhaven eingehen! Mit Genehmigung des Präsidenten möchte ich aus einem Kommentar der Tageszeitung „Die Welt“ vom 20. Februar 2002 ein paar Sätze zitieren: „Den Verlust der Fischereiökologen, so ärgerlich er sein mag, zum Anlass für ein großes Lamento in Richtung Bremen zu nehmen, wäre unangebracht. Bremen hat seine Chance genutzt. Wollten wir nicht immer den Wettbewerbsföderalismus? Hier ist er, so ist das Leben.“ Dem möchte ich nichts hinzufügen!

Ich bitte um Zustimmung zum vorliegenden Antrag, damit das Bundesland Bremen sich im Sinne einer nachhaltigen Fischerei in die Ende April/Anfang Mai beginnende europaweite Debatte einbringen kann. – Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Tittmann.

(C)

(D)

- (A) **Abg. Tittmann (DVU):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Fischereipolitik der EU ist katastrophal und irrational. Darum ist eine drastische Reform der Fischereipolitik schon längst überfällig. Tatsache ist doch, dass Speisefische, wie zum Beispiel der Kabeljau und die Seezunge, im Nordostatlantik total überfischt sind. Gleichzeitig ist aber die EU-Fischereiflotte um 40 Prozent zu hoch.
- Meine Damen und Herren, hinzu kommt noch, dass die jährlichen EU-Subventionen von 1,4 Milliarden Euro auch weiterhin in den Aufbau weiterer EU-Fischereiflotten gesteckt werden, anstatt sie, wie es sinnvoll und zweckmäßig wäre, in den Abbau der EU-Fischereiflotten zu stecken. Das heißt für mich eindeutig, dass die EU-Subventionen dazu verschwendet werden, Bremerhaven als Fischereistandort, die für Bremerhaven überlebenswichtige Fischindustrie nun endgültig zu ruinieren. Diese traurige Tatsache ist ein Paradebeispiel, wie auf Kosten und zu Lasten Deutschlands in allen Wirtschaftsbereichen eine skandalöse EU-Politik ohne Rücksicht auf Verluste betrieben und durchgesetzt wird.
- Meine Damen und Herren, diese EU-Wahnsinnspolitik gefährdet nicht nur unsere wichtige Nahrungsgrundlage, sondern auch die Umwelt und Arbeitsplätze. Da sage ich, gerade als verantwortungsbewusster Bremerhavener Abgeordneter, zukunftsorientiert: Ohne Fisch wird es keine Fischerei mehr geben, das dürfte sogar Ihnen klar sein! Bremerhaven liegt am Meer und lebt vom Meer. Diesen unausweichlichen Untergang der Bremerhavener Fischindustrie macht die Deutsche Volksunion nicht mit. Wir können und dürfen es nicht zulassen, dass zum Beispiel Länder wie Dänemark und Holland die Meere regelmäßig skrupellos überfischen.
- (B) Meine Damen und Herren, Bremerhavener Kommunalpolitiker, Landespolitiker, Bundesregierung und die Europäische Union haben es geschafft, dass für den sehr wichtigen Wirtschaftsstandort Bremerhaven unsere Werften, die Zulieferfirmen durch ihre unfähige, verfehlte Politik fast völlig ruiniert worden sind. Sie haben es durch ihre verfehlte Wirtschaftspolitik geschafft, dass die Bremerhavener Fischindustrie am Rande des Abgrunds steht. Sie haben es durch ihre skandalöse Wirtschafts- und Finanzpolitik geschafft, dass die ganze Stadt Bremerhaven fast völlig ruiniert ist. Zahlen und Fakten sprechen hier doch eine eindeutige traurige Sprache. Da helfen auch keine beschönigten oder sogar gefälschten Arbeitslosenzahlen mehr, Sie sind mit Ihrer unverantwortlichen Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik erbärmlich gescheitert!
- Meine Damen und Herren, Ihr Antrag mit der Drucksachen-Nummer 15/1043, Nachhaltige Fischereiwirtschaft, kommt um Jahre zu spät, denn die von der EU eingesetzte GFP, Gemeinsame Fischereipolitik, ist doch in den vergangenen 20 Jahren den Anforderungen nie gerecht geworden. Demzufolge hätten Sie schon viel früher einen solchen Antrag hier einbringen müssen. Ich befürchte, dass es für effektive Maßnahmen zur Erhaltung gesunder Fischbestände fast schon zu spät ist. Dafür tragen die Bundesregierung, also auch die Grünen, und die EU die Verantwortung.
- (C) Ich sage im Namen der Deutschen Volksunion in aller Deutlichkeit, nur ein stabiles Meeresökosystem gewährleistet auch eine zukunftsfähige Bewirtschaftung. Darum ist es dringend erforderlich, ja sogar lebensnotwendig, dass sehr bald konkrete Maßnahmen zum Abbau der EU-Flottenüberkapazität nicht nur eingeleitet, sondern auch schnellstens effektiv umgesetzt werden. Darüber hinaus sollten die EU-Subventionen nur für nachhaltige Fischerei und die Festlegung von Fangmethoden zur Senkung der Beifänge verwendet werden.
- Es ist für die Deutsche Volksunion unerträglich, dass jährlich zirka 10 000 Schweinswale als Beifang in den Fischnetzen elendig und qualvoll verenden und rund ein Drittel der gesamten Fänge aufgrund des Überfischens mehr tot als lebendig und verletzt wieder ins Meer zurückgeworfen wird; von den durch diese Raubfischerei zu Hunderttausenden qualvoll Verendeten und den liebenswerten und menschenfreundlichen Delphinen ganz zu schweigen!
- (D) Meine Damen und Herren, Fische können nicht schreien, man hört nicht ihr Leid und ihre Schmerzen. Deshalb lassen Sie uns gemeinsam auch diese Missstände der Raubfischerei beseitigen! Diese anstehende Reform der Fischereipolitik bietet wenigstens ansatzweise, ich betone ansatzweise, eine einmalige Chance, einige dieser Missstände zu beseitigen. Obwohl ich der Meinung bin, dass dieser Antrag mindestens um zehn Jahre zu spät kommt, werde ich diesem Antrag im Namen der Deutschen Volksunion zustimmen. Ich bin der Meinung, besser heute als nie! – Ich danke Ihnen!
- Vizepräsident Ravens:** Als Nächste hat das Wort Frau Staatsrätin Winther.
- Staatsrätin Winther:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich darf noch einmal kurz die Position des Senats darlegen. Das kann ich schnell tun, denn wir sind uns, glaube ich, in vielen Punkten sehr einig. Der Senat begrüßt den gemeinsamen Antrag, in dem Sie darauf hingewiesen haben, welche Bedeutung die Bestandserhaltung der Fische und eine nachhaltige Fischereipolitik gerade auch für den Standort Bremerhaven mit 4000 Arbeitsplätzen, das heißt, jeder zehnte Arbeitsplatz ist in Bremerhaven von der Fischindustrie abhängig, hat.
- Das ist auch der Grund dafür, dass der Senat das Grünbuch der EU an dieser Stelle bereits im Herbst begrüßt hat und sich an der Diskussion der Analyse der bisherigen und mit Sicherheit, da stimmen wir alle überein, mangelhaften Fischereipolitik und der Vorschläge für eine künftige effektivere Gestaltung

(A) der gemeinsamen Fischereipolitik ab dem Jahr 2002 beteiligt. In all diese Vorschläge haben wir uns in der Vergangenheit bei allen Gelegenheiten in all den sich uns bietenden Gremien eingebracht und werden das auch weiter tun.

Natürlich hat auch uns das mehrfach angesprochene Hearing im Herbst eine Reihe von Ansatzpunkten gebracht, die wir konkret bei der Umsetzung des Grünbuchs in Einzelmaßnahmen einbringen werden. Allerdings, und das ist dann der wirkliche Pferdefuß an der ganzen Geschichte, scheint eine zügige Neugestaltung der GFP äußerst schwierig und kompliziert zu sein.

Die Kommission will sich bis Mitte April auf eine gemeinsame Vorlage einigen und diese dann Ende April dem Fischereirat vorlegen. Erst dann können wir auch unsere Überlegungen und die Punkte aus Ihrem Antrag in die Ausschüsse einbringen. Wir werden das selbstverständlich tun, allerdings ist davon auszugehen, dass vor Jahresende das Parlament nicht über eine Grundverordnung zur GFP entscheiden wird.

Dieser langwierige Prozess ist bedauerlich, denn gerade für Bremerhaven ist eine schnelle Sicherung der Ressource Fisch notwendig. Auch das hat Frau Hannken schon angesprochen, dieser langwierige Prozess und auch das lange vergangene Verfahren haben dazu geführt, dass die großen Unternehmen in Bremerhaven zur Selbsthilfe gegriffen und sich bis 2005 verpflichtet haben, nur Fisch aus gut gemanagten Fischbeständen beziehungsweise aus einer besonders nachhaltigen Fischerei zu beziehen.

(B) Lassen Sie mich kurz noch einmal die drei Punkte festhalten, die der Senat beabsichtigt, in die weiteren Beratungen der Ausschüsse einzubringen! Sie decken sich im Großen und Ganzen mit Ihren Forderungen. Das ist einerseits die Aufforderung an die Erzeuger, einen Umsteuerungsprozess zu beginnen, denn es muss ihnen klar werden, dass sie ihre Ware und ihr Geschäft von morgen nur mit einem nachhaltigen Handeln sichern können. Hierzu sind unseres Erachtens auch konsequente Regelungen und Entscheidungen auf europäischer Ebene dringend erforderlich, das betrifft sowohl die Fangquoten als auch die hier angesprochenen Fragen der Flottenreduzierung.

Die Einhaltung der Regelungen, wenn sie denn zustande kommen, funktioniert natürlich nur, wenn es dann auch eine EU-weit harmonisierte Kontrolle gibt, und diese muss sicher von oben über eine EU-Behörde gesteuert werden. Schlussendlich ist es dringend notwendig, dass die Forschung international gestärkt wird. Ich denke, wir tun das national, wir haben eine Vielzahl von maritimen Themen, denen wir uns hier in Bremen wissenschaftlich widmen.

Ich begrüße in dem Zusammenhang natürlich auch ganz besonders das Fischereiökologische Institut in

Bremerhaven. Es wird sicherlich ein Anker sein, um weitere Aktionen im wissenschaftlichen Bereich rund um dieses Institut anzusiedeln. Also sind wir hier auch ein gutes Stück weitergekommen. Wir werden uns nach unseren Möglichkeiten bemühen, Ihre Punkte mit in die Ausschüsse einzubringen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Da der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/741 inzwischen zurückgezogen ist, lasse ich über den Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der SPD abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 15/1043 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der Mitteilung des Senats, Drucksachen-Nummer 15/1100, Kenntnis.

Optimierung der parlamentarischen Beteiligung bei der Kontrolle öffentlicher Unternehmen

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 6. März 2002 (Drucksache 15/1091)

Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Perschau.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Wiedemeyer.

Abg. Frau **Wiedemeyer** (SPD *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir behandeln heute nicht zum ersten Mal das Thema parlamentarische Beteiligung bei der Kontrolle öffentlicher Unternehmen. Ich bin froh darüber, dass wir es heute auf der

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C)

(D)

- (A) Grundlage eines gemeinsamen Antrags machen, den wir hier von allen drei Fraktionen vorgelegt haben.

Es hat sich in der Zwischenzeit eine ganze Menge getan. Es hat einen Gang zum Staatsgerichtshof gegeben, initiiert von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Das hat allerdings nur einen ganz kleinen Teil dieser Fragestellung beleuchtet, nämlich die Frage, wie es mit beliebigen Unternehmen aussieht. Wir haben uns als Fraktion, ich glaube, es war im letzten Jahr, auch schon intensiver mit den ganzen Fragestellungen beschäftigt, und wir haben dazu sogar eine wissenschaftliche Begleitung gehabt. Ich glaube, dass wir alle gemeinsam mittlerweile auf einem guten Weg sind bezüglich der Rechte des Parlaments bei der Frage der Kontrolle öffentlicher Unternehmen.

Worum geht es? Wir haben in den vergangenen Jahren im Rahmen unserer Verwaltungsreform nicht nur viele Aufgaben ausgelagert und abgegeben, sondern auch öffentliche Aufgaben auf private Unternehmen übertragen beziehungsweise allein für diesen Zweck eine Vielzahl von Unternehmen gegründet.

- (B) Wir haben unterschiedlichste Rechtsformen, wir haben Eigenbetriebe und GmbH. Wir stellen fest, dass die Kontrolle über die Verwaltung ausgegliederter Betriebe und über die privatrechtlichen Gesellschaften, die sich im Eigentum oder Teileigentum der öffentlichen Hand befinden, dem Senat obliegt. Das, glaube ich, steht auch völlig außer Frage. Unsere Frage als Parlamentarier muss sein, wie wir eigentlich auch in unserer Arbeit sicherstellen können, dass wir unserer Kontrollfunktion auch gegenüber dem Senat nachkommen können, der wiederum die Kontrolle über diese ganzen Unternehmen hat.

(Beifall bei der SPD)

Der Senat hat zuletzt am 5. Februar 2002, und wir haben das auch anschließend im Haushaltsausschuss gehabt, ein erstes Konzept für eine organisatorische Neustrukturierung des Beteiligungscontrollings vorgelegt. Das war auch eine Grundlage für den Antrag, den wir hier formuliert haben. Wir glauben nämlich, dass der Senat mit dieser Ausrichtung auf dem richtigen Weg ist.

Es ist klar, dass sich die Kontrolle öffentlicher Gesellschaften in das Gesamtgefüge unseres staatlichen Systems einfügen muss, also nicht nur in das Gesamtgefüge der Ressortstrategien, wenn es darum geht, einzelne Gesellschaften aus einzelnen Fachbereichen zu kontrollieren, sondern in das Gesamtgefüge, was zum Beispiel für uns auch heißt, im Jahr 2005 verfassungskonformer Haushalt, Sanierungssicherstellungsgesetz und all die Sachen, die wir hier schon beschlossen haben.

- (C) Zur Umsetzung dieser primären Oberziele dienen ganz viele einzelne Strategien. Hier muss natürlich auch die Aufgabenerfüllung durch öffentliche oder teilöffentliche Unternehmen eingebettet werden. Hierfür bedarf es erst einmal klarer und konkreter Ziele, also auch wir als Parlamentarier müssen, glaube ich, noch eine ganze Menge Hausaufgaben machen, wenn es darum geht, beurteilen zu können, welche Informationen wir benötigen.

Wir sehen das immer ganz eindrucksvoll im Haushaltsausschuss und haben dort auch immer die Diskussionen mit dem Staatsrat, welche Informationen wir eigentlich bekommen. Zurzeit können wir sie eigentlich eher in Kilogramm messen.

(Abg. Frau L e m k e - S c h u l t e [SPD]:
Ja, genau!)

Es sind mehrere Kilogramm an Unterlagen, die gerade wir als Haushälter bekommen, obwohl es teilweise Zusammenfassungen sind. Vor zehn oder 15 Jahren, und Herr Dannemann schildert das immer eindrucksvoll, reichte den Parlamentariern oftmals eine Beschreibung aller Gesellschaften und was es damit auf sich hat, auf ein paar wenigen Seiten.

Das eine ist zu wenig, das andere offenbar zu viel oder in einer nicht geeigneten Form präsent. Ich glaube, dass wir daran mitarbeiten müssen, das zu verändern. Es kann nämlich nicht darum gehen, dass jeder einzelne Parlamentarier alle kompletten Geschäftsunterlagen aller öffentlichen oder teilöffentlichen Unternehmen bekommt oder einsieht oder selbst auswertet.

Ich glaube, dass wir einen Anspruch darauf haben, vom Senat in seiner Gesamtheit, seiner Gesamtverantwortung, aber auch von den einzelnen Fachsenatoren, und da spreche ich auch die Fachdeputationen an, genau zu erfahren, welche Ziele quantitativer, aber auch qualitativer Art hinter den Beteiligungen stecken und ob diese Ziele erreicht werden.

(Beifall bei der SPD)

Der Senat hat dies auch erkannt und zugesichert, dass er das machen möchte und dass auf den verschiedenen Steuerungsebenen die Verantwortlichen eben mit qualifizierten und adressatenorientierten Informationen zeitnah versorgt werden. Ich glaube, dieses Adressatenorientierte ist ganz wichtig. Der Abgeordnete, der in seiner Fachdeputation aus fachlicher Sicht über Beteiligungen diskutiert, macht das sicherlich anders als ein Finanzpolitiker, der in seiner Verantwortung den Gesamthaushalt im Blick haben und fragen muss, wie sich eigentlich dieses komplette Geflecht auf unsere Ziele auswirkt.

Wie stellt man sich nun vor, wie die Neustrukturierung aussehen kann? Ich glaube, hier beschreitet der Senat den richtigen Weg. Es soll nämlich darum

(D)

(A) gehen, dass es im Wesentlichen zwei Einheiten des Beteiligungsmanagements geben wird. Eine so genannte Querschnittseinheit Beteiligungsmanagement soll im Auftrag des Senats eine kontrollierende und die Geschäftsprozesse des Beteiligungsmanagements vereinheitlichende Funktion wahrnehmen. Diese Querschnittseinheit Beteiligungsmanagement ist dann auch diejenige Größe, die uns zum Beispiel als Haushaltsausschuss als Ansprechpartner dient und uns die Informationen derart aufbereitet, dass wir in die Lage versetzt werden, den Senat in seiner Gesamtheit zu kontrollieren. Sie unterstützt die Fachressorts bei ressortübergreifenden Zielkontrollen und Analysen, bei Grundsatz- und Sonderfragen der Beteiligungspolitik und bei der Implementierung einheitlicher Standards.

Ich glaube, auch das ist wichtig: Ich erwarte von den Vorlagen, die wir dann bekommen, dass sie auch einen gewissen Wiedererkennungswert haben. Es kann nicht angehen, dass jedes Unternehmen oder jeder Senator oder jede Senatorin für den eigenen Bereich eine eigene Aufbereitung der Daten wählt.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen in die Lage versetzt werden, in standardisierter Form uns eine Meinung und ein Urteil darüber bilden zu können.

(B) Unterhalb dieser Querschnittseinheit Beteiligungsmanagement wird es dann ein dezentrales Beteiligungsmanagement durch die Fachressorts geben. Das ist, glaube ich, auch von elementarer Wichtigkeit, weil es natürlich nicht nur darum gehen kann zu prüfen, wie viel Geld wir hineinstecken und wie viel übrig bleibt, also um die Oberziele, sondern es geht auch im Inhalte.

Viele dieser Gesellschaften, die wir haben, haben natürlich etwas mit Inhalten zu tun. Wir haben diese HANEG für unsere Ausgleichsflächen, das hat etwas mit Politik zu tun, da geht es nicht darum, wer welche Grundstücke zum größtmöglichen fiskalischen Nutzen verwaltet, sondern es stehen auch ganz andere Dinge dahinter. Das ist ebenso bei der Gesellschaft, die wir im Arbeitsbereich haben. Das hat etwas mit Arbeitsmarktpolitik zu tun und damit, was wir eigentlich erwarten, was diese Gesellschaften tun, um bestimmte Probleme auf dem Arbeitsmarkt im Lande Bremen, in unseren beiden Städten zu beseitigen. Das ist mehr als die reine Betrachtung, wie viel Geld wir hineingeben und wie viel wir irgendwo herausbekommen, im Zweifel nichts, woanders haben wir vielleicht das Glück, dass man etwas herausbekommen kann.

Das soll durch die Ressorts geleistet werden, und zwar ein dezentrales Beteiligungsmanagement durch die Fachressorts. Ich denke, es ist eine Selbstverständlichkeit, dass das natürlich auch nur in Begleitung und mit Zustimmung der Fachdeputationen erfolgen kann. Ich wünsche mir, dass sich alle Frak-

tionen mit dem Thema auseinander setzen und wir möglichst bald auch dazu kommen, dass in den Fachdeputationen eben auch gemeinsame Ziele und Zielformulierungen erarbeitet werden.

(C)

Die Gesamtstrategie des Senats, die zurzeit verfolgt wird, ist ja, dass wir in allen Bereichen dazu übergehen, zu verbindlichen Kontrakten zu kommen, sei es mit den Zuwendungsempfängern, sei es untereinander. Es gibt einen eigentlich wirklich bahnbrechenden Kontrakt zwischen dem Sozialressort und dem Senat, er ist schon vor längerer Zeit geschlossen worden, der genau festlegt, einen verbindlichen Charakter hat, wie sich zum Beispiel die Haushaltseckwerte der nächsten Jahre verändern, wie sich aber auch bestimmte andere Zielkennziffern zu verändern haben oder welche Annahmen einem bestimmten Weg zugrunde liegen. Diese Kontrakte gilt es auch zu schließen, wenn wir über Beteiligungsmanagement reden. Ich erwarte, dass es dann Vertragsbeziehungen zwischen der Obereinheit, der Querschnittseinheit und den Fachressorts gibt.

Die Fachressorts müssen natürlich eigene Vertragsgestaltungen mit den Gesellschaften machen. Uns ist bei der Ausgestaltung der Verträge mit den Gesellschaften sehr wichtig, und das haben wir auch in unserem Antrag berücksichtigt, dass es natürlich darum gehen muss, dass wir auch größtmögliche Informationen aus den Gesellschaften erhalten –

(Beifall bei der SPD)

(D)

nicht wir, aber das Fachressort – und dass das Fachressort, das dort die Aufsichtsfunktion ausübt, nicht durch irgendeine Vertragsgestaltung beschränkt wird und sagen muss, das ist ja auf einmal ein Privater, der kann uns da keine Auskünfte geben, oder wir können da nicht so eingreifen, wie wir uns das vorstellen.

Genau das darf eben nicht passieren, sondern es ist auch eine Frage der Vertragsgestaltung. Wenn wir jemandem eine Aufgabe übertragen, liegt es an uns, und zwar in dem Moment, in dem wir die Aufgabe übertragen, das muss man dann ehrlicherweise sagen, auch zu definieren, welche Informationen eigentlich dann abgeliefert werden müssen oder auch nicht.

Deshalb haben wir auch für zukünftige Aufgaben- auslagerungen aufgenommen, sowohl bei der Verwaltung als auch bei Unternehmen privater Rechtsformen und auch für unsere Eigen- und Wirtschaftsbetriebe, dass wir auch hier eine standardisierte Form der Berichterstattung haben. Bei der Vielzahl der Eigenbetriebe, die wir gegründet haben, habe ich das Gefühl, dass es manchmal von Lust und Laune der einzelnen Ressorts abhängig war, wie gut oder schlecht die Begründungen waren.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

(A) Ich bin sofort fertig! Das reicht dann von dem einfachen Dreizeiler, wir gründen einen Eigenbetrieb, weil wir das wollen und weil es gut und richtig ist, bis hin zu einer ganz dicken Vorlage, in die detailliert auch wirtschaftliche Kennziffern aufgenommen werden. Ich glaube, uns ist sehr damit geholfen, wenn wir hier bestimmte Dinge standardisieren und definieren, welche Inhalte Gegenstand auch von Bürgerschaftsvorlagen zu sein haben, die uns dann hier erreichen, wenn es um die Entscheidung geht, Aufgaben auszulagern oder neue Gesellschaften zu gründen.

Die Zeit ist um! Ich behalte mir vor, noch ein zweites Mal zu sprechen, aber ich warte erst noch einmal ab, was die Kollegen sagen. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Schrörs.

(B) Abg. **Dr. Schrörs** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Wiedemeyer hat den Antrag, wie ich finde, sehr umfassend und sehr präzise vorgetragen und interpretiert, wie wir uns eine zukünftige Kontrolle der öffentlichen Unternehmen vorstellen. Wir reden ja nicht zum ersten Mal über dieses Thema. Es freut mich im Übrigen auch, wenn ich das so formulieren darf, dass durch ihre Unterschrift die Grünen wieder an den Verhandlungstisch zurückgekehrt sind. Sie werden sich erinnern, dass wir einmal versucht haben, dieses Thema gemeinsam zu beraten. Das endete aber damit, dass die Grünen dann den Staatsgerichtshof angerufen haben. Ich möchte gleich noch ein paar Sätze dazu sagen.

Ich möchte nur zwei, drei Punkte aus dem Antrag herausnehmen, um zu verstärken, was Frau Wiedemeyer gesagt hat: Die Kontrolle obliegt dem Senat. Ich halte es für einen wesentlichen Punkt, dass der Zugriff des Parlaments auf die Gesellschaften eben nur mittelbar über den zuständigen Senator zu erfolgen hat und erfolgen kann, eine Auskunfts- und Berichtspflicht der Gesellschaft ausschließlich gegenüber dem Senat besteht und wir uns sozusagen am Ende dieser Kette befinden, gleichwohl natürlich alle Informationen, und dies geht ja auch deutlich aus dem Staatsgerichtshofsurteil hervor, bekommen, aber diese Informationen über den Senat beziehungsweise über den zuständigen Fachsenator bekommen.

Ich begrüße sehr, wie das Finanzressort an diesem Teilnehmungscontrolling, das ja auch für diesen Bereich verantwortlich ist, in den letzten Wochen und Monaten weitergearbeitet hat. Die Vorschläge, wir haben hier über dieses Thema schon einmal gesprochen, beruhen auf einer Dreistufigkeit. Es gibt die öffentlichen Unternehmen, die jeweiligen senatorischen Behörden und dann den Senat insgesamt und

(C) die Bürgerschaft. Jetzt soll zugeordnet werden, welche Informationen welche Stufen erreichen sollen und welche Informationen an die entsprechenden, sehr unterschiedlichen Zielgruppen gegeben werden sollen.

Das ist ja auch einer der Punkte, die in der Vergangenheit gerade für die Parlamentarier unbefriedigend waren. Wir haben eine Vielzahl von Informationen auf verschiedenen Stufen in der Fachdeputation, im Haushaltsausschuss bekommen, so dass man sich gefragt hat, wer eigentlich diese ganzen Informationen noch verarbeiten und damit etwas anfangen soll. Es wird jetzt in einem vorgelegten vorläufigen Bericht über das Teilnehmungsmanagement deutlicher, wir haben im Haushaltsausschuss auch darüber schon gesprochen, wie man sich das zukünftig vorstellt.

Dass es eine standardisierte Form sein soll, ist ein wichtiger Punkt, Einheitlichkeit, Frau Wiedemeyer hat auf diesen Teil schon hingewiesen.

Ich will die Gelegenheit nutzen, weil der Antrag so weit auch begründet ist, die verbleibende Zeit oder jedenfalls einen Teil davon auf das Urteil des Staatsgerichtshofs zu verwenden. Man muss natürlich erklären, und so sehen das die Grünen mittlerweile auch, dass sie an der Stelle mit Pauken und Trompeten untergegangen sind.

(Abg. Frau **L i n n e r t** [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist mir nicht aufgefallen!) (D)

Sie haben sich vorgestellt, dass sie die Beleihung von mehreren Gesellschaften rückgängig machen könnten. Der Staatsgerichtshof hat ziemlich klar, deutlich und einstimmig erklärt, dass die Beleihungen aller Gesellschaften, die bisher gemacht worden sind, zulässig sind, nicht nur das, sondern darüber hinaus sind auch zukünftige Beleihungen, die in dieser Form erfolgen, in Ordnung. Das zeigt natürlich, dass der Weg richtig war, den der Senat und die ihn tragenden Koalitionsfraktionen in der Vergangenheit eingeschlagen haben. Es zeigt auch, dass die von den Grünen permanent beklagten Informationsdefizite, die angeblich Parlamentarier haben, so überhaupt nicht der Wirklichkeit entsprechen.

Der Staatsgerichtshof hat allerdings auch deutlich erklärt, dass die Verantwortung für die übertragenen Aufgaben beim Senat verbleibt, nämlich dass die Aufgaben von den Beliehenen korrekt erfüllt werden. Der Staatsgerichtshof hat auch deutlich erklärt, dass, wenn Private kraft ihrer Beleihung hoheitlich tätig werden, sie damit auch Teil der öffentlichen Verwaltung werden. Das bedeutet mit anderen Worten auch, dass sie sich so behandeln zu lassen haben, als wären sie Teil der öffentlichen Verwaltung, und das wiederum bedeutet, dass die Parlamentarier gleiche Rechte haben wie gegenüber anderen Gesellschaften.

(A) Die Verantwortung der Mitglieder des Senats und des Senats insgesamt erfordert eine umfassende Rechts- und Fachaufsicht, das ist unbestritten. Der Staatsgerichtshof hat auch deutlich erklärt, dass dafür das Personal vorhanden sein muss, das diese Kontrollaufgaben letztendlich erfüllen muss. Ich denke, auch dort wird der Senat diese Forderungen erfüllen, sofern noch nicht oder noch nicht ausreichend geschehen, denn es kann ja nur in unserem gemeinsamen Interesse liegen, diese Kontrolle auch sachgerecht vornehmen zu können.

Der Staatsgerichtshof hat auch erklärt, dass die Rechtsbeziehungen so zu gestalten sind, dass der Senat nicht durch private Rechte der Gesellschaften und der Gesellschafter in seinen Möglichkeiten beschränkt wird, auf die beliebigen Unternehmen einzuwirken. Auch dies war bei den bisher Beliebigen nicht der Fall, und es wird auch zukünftig nicht so sein. Insofern ist es eine vorsorgliche Formulierung, aber der Senat hat ja auch so nicht gehandelt.

Es ist vom Staatsgerichtshof klar gesagt worden – das ist aber unbestritten, und niemand hier in diesem Haus hat gesagt, dass es nicht so sein sollte –, dass auch schutzwürdige Informationen den Parliamentsausschüssen zugänglich zu machen sind, allerdings in gleichem Maße Vertraulichkeit und Geheimhaltung solcher Informationen, und das ist wichtig, auch auf Seiten des Parlamentes sicherzustellen sind. Darüber gibt es ja mittlerweile Verabredungen beziehungsweise Überlegungen, auch innerhalb des Vorstands der Bürgerschaft, wenn ich das richtig weiß, wie man ein solches System organisieren kann, damit hier auch eine Vertraulichkeit und Geheimhaltung auf Seiten des Parlaments sicherzustellen ist. Ich denke, dass somit dieses Urteil eigentlich den Kurs, den der Senat, das Finanzressort und das Wirtschafts- und das Arbeitsressort eingeschlagen haben, bestätigt hat und dass der Weg dieser Beleihung so auch weiter beschritten werden kann.

(B) Abschließend will ich doch noch einmal nur mit zwei, drei Sätzen auf Informationen, die das Parlament zurzeit hat, eingehen. Normalerweise müsste man bei einer solchen Rede jetzt diese Stapel Papier mitbringen und die einzelnen Teile noch einmal zeigen, weil man vergisst, was wir alles täglich, monatlich oder quartalsmäßig in die Hände bekommen. Wir haben Controllingberichte für den Haushalt, für den Produktgruppenhaushalt, für Beteiligungen, wir haben den Zuwendungsbericht, Berichte über Liegenschaften und über Personal. Wahrscheinlich habe ich noch etwas vergessen.

Wenn Sie das alles haben, wird das wahrscheinlich diese Höhe haben, und ich denke wirklich, dass wir uns als Parlamentarier Gedanken machen müssten, wie wir diese Informationsflut auf ein vernünftiges Maß reduzieren können, und zwar jeweils so, dass diejenigen, die ernsthaft interessiert sind, ich unterstelle zwar erst einmal, dass alle Parlamentarier ernsthaft interessiert sind, für ihre Interessenla-

gen, die sie als Fachpolitiker oder als Haushaltspolitiker haben, mit zufriedengestellt werden. Das soll ja auch zukünftig in diesen Berichten erfolgen. Wir haben also nicht zuviel, sondern ich finde eher, unsere Informationen müssten auf ein vernünftiges Maß reduziert werden, so dass man entsprechend damit umgehen kann.

Ich würde mir wünschen, dass dies wieder der Beginn einer gemeinsamen Zusammenarbeit bei der parlamentarischen Beteiligung bei der Kontrolle öffentlicher Unternehmen wäre, weil das eine Aufgabe aller Parlamentarier über alle Fraktionen hinweg ist. Nachdem die Grünen dieses Thema etwas lockerer sehen können, weil sie ja nun wissen, dass die Beleihungen in Ordnung sind

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Das wollen wir einmal sehen!)

und man so etwas machen kann, können wir zum normalen Verfahren an dieser Stelle zurückkehren und uns gemeinsam mit den Fraktionen zusammensetzen und überlegen, wie man dieses Verfahren weiterträgt, so dass wir als Parlamentarier gemeinsam – –.

(Abg. Frau L i n n e r t [Bündnis 90/Die Grünen]: Eine Arbeitsgruppe mit Ihnen mache ich ohne Protokoll nie wieder!)

(D) Sie können ja nicht sagen, dass ich irgendetwas gesagt hätte, dass, wenn es ein Protokoll gegeben hätte, es nicht im Protokoll gestanden hätte. Sie können sich doch nicht beschweren!

Ich denke, Sie sollten sich das überlegen! CDU und SPD haben an dieser Stelle weitergearbeitet, so ist dieser Antrag auch entstanden. Sie sind herzlich – ich glaube, das kann ich auch für die Sozialdemokraten erklären – eingeladen, an einer solchen Sache mitzuwirken, denn es ist ja, wenn man so will, nur ein Zwischenbericht. Wir werden Mitte des Jahres ein weiteres Mal über dieses Thema reden, nämlich dann, wenn das Finanzressort so weit ist, dass es einen fertigen Bericht an dieser Stelle vorlegen kann. Vielleicht haben wir bis dahin ja weiter die Gelegenheit, gemeinsam an diesem Thema, das für das Parlament eine wichtige Aufgabe darstellt, nämlich das Budgetrecht, das vornehmste Recht des Parlaments, aufrechtzuerhalten, weiterzumachen. – Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat den Antrag zur Ver-

*) Vom Redner nicht überprüft.

- (A) besserung der parlamentarischen Kontrolle von Beteiligungsgesellschaften gern unterschrieben, weil wir ihn richtig finden, nicht nur deshalb, weil wir die Sache jetzt lockerer sehen können wegen des Staatsgerichtshofsurteils, sondern deshalb, weil wir glauben, dass wir einen wesentlichen Anteil daran haben, dass wir so weit gekommen sind, wie wir jetzt sind. Das ist das, was dieser Antrag heute ausdrückt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich darf noch einmal daran erinnern, dass vor einviertel Jahren der Senat in einem von ihm selbst in Auftrag gegebenen Gutachten sich hat bescheiden lassen müssen, dass er nur einen unzureichenden Überblick über das Gesellschaftswesen oder -unwesen in dieser Stadt hat. Das ist eineinviertel Jahre her! Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, vielleicht erinnern sich manche, habt damals ein großes Plakat zu Weihnachten erstellt, das in vielen Behörden und Amtsstuben gehangen hat, mit dem die Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung sich dann wenigstens einen Überblick verschafft haben, was es hier in Bremen überhaupt an Gesellschaften gibt.

- (B) Damals, ziemlich genau vor einem Jahr, haben wir einen Antrag in die Bürgerschaft eingebracht und gesagt, wir möchten, dass die Bürgerschaft sich dieses Themas annimmt und Verfahren entwickelt, wie wir künftig dieses Beteiligungswesen kontrollieren können. Darin standen viele Sachen, auch Sachen, die heute in diesem Antrag wieder stehen, auch noch einige Dinge mehr. Damals ist es vor allen Dingen am Widerstand, Herr Kollege Dr. Schrörs, Ihrer Fraktion und Ihres Fraktionsvorsitzenden gescheitert, der gesagt hat, dass wir das alles nicht bräuchten. Das sei doch völlig überflüssig.

(Abg. Dr. Schrörs [CDU]: Weil daran gearbeitet wurde! Sie sehen doch das Ergebnis!)

Herr Kollege Dr. Schrörs, nachdem Sie das hier abgelehnt haben, sind zwei interessante Dinge passiert. Erstens hat die SPD-Fraktion postwendend ein Gutachten in Auftrag gegeben, das übrigens letztlich über ein halbes Jahr später genau zu dem Ergebnis kam und die Punkte aufgelistet hat, die ein halbes Jahr vorher schon in unserem Antrag standen. Das kann man ja gut vergleichen, das liegt ja alles schriftlich vor.

Zweitens hat mit kurzer Verzögerung dann der Haushalts- und Finanzausschuss auch gemeinsam einen Antrag beschlossen, in dem er den Finanzsenator gebeten hat, umgehend die Grundlagen eines Beteiligungscontrollings zu erarbeiten. Gut, das hat sich ein bisschen hinausgezögert. Ich will jetzt gar nicht auf die Schwierigkeiten eingehen. Die lagen nicht beim Parlament, sondern vielleicht in der Sache begründet, vielleicht auch in Streitigkeiten, die

- (C) es zwischen Senatsressorts gegeben hat. Es hat auf jeden Fall ein knappes Jahr gedauert, bis ein Rahmenkonzept vorgelegen hat.

Dieses Rahmenkonzept ist ja nun auch wieder Anlass, einen solchen Antrag zu stellen, der dem Senat noch einmal sagt, in welche Richtung wir Parlamentarier gehen wollen. Wir erwarten jetzt, dass der Senat – ich will nicht Schulaufgaben sagen, das klingt so pädagogisch – die Arbeit erledigt, die seine Sache ist. Dann werden wir das abschließend hier wieder bewerten, vielleicht auch noch präzisieren und in die parlamentarische Arbeit einbringen. Insofern, glaube ich, ist der Weg noch einmal wieder gegeben.

Das Staatsgerichtshofsurteil vom Januar zum Beileihungsgesetz – meine Damen und Herren, das ist auch so eine Debatte, ist das Glas halb voll oder halb leer – hat erklärt, die Beileihungen seien nicht verfassungswidrig. Insofern, Herr Kollege Dr. Schrörs, haben Sie Recht, das haben wir verloren. Gleichzeitig hat der Staatsgerichtshof gesagt: Beileihungen sind aber nur verfassungsgemäß, wenn sie so gehandhabt werden, wie er geurteilt hat. Dazu hat er eine ganze Menge Richtlinien ausgegeben, Leitsätze gesprochen, und diese Leitsätze sind letztlich auch Grundlage des weiteren Controllingverfahrens.

- (D) Ein Kernsatz dabei ist, Frau Wiedemeyer hat ihn im Prinzip schon am Anfang ihrer Rede zitiert, dass die Gesellschaften, die gegründet werden, sofern sie staatliche Tätigkeiten wahrnehmen, auch Teil des Staatsaufbaus sind und genauso zu behandeln sind wie jede senatorische Behörde, jedes Amt oder jeder Eigenbetrieb, egal, ob sie privatrechtlich organisiert sind oder nicht. Das ist aus unserer Sicht ein großer Durchbruch, weil hier ein für alle Mal klar gestellt worden ist, dass es hier keinen staats- und rechtsfreien Raum des Handelns für die privatrechtlichen Gesellschaften gibt. Sie unterstehen in jeder Beziehung der Aufsicht des Senats und damit auch der Kontrolle des Parlaments.

Meine Damen und Herren, ich finde es in diesem Zusammenhang sehr wichtig, dass wir einen solchen Antrag hier beschließen, weil ich nicht ganz davon überzeugt bin, dass dieses Urteil und seine Konsequenzen beim Senat oder bei allen Senatoren angekommen sind. Ich kann mich daran erinnern, dass gestern in der Stadtbürgerschaft, die meisten von Ihnen haben es gehört, in einer sehr lebhaften Debatte und einem interessanten Beitrag Herr Senator Hattig hier erklärt hat, was heute auch im „Weser-Kurier“ steht:

(Abg. Frau Wangenheim [SPD]: Was im „Weser-Kurier“ steht, das hat er nicht erklärt!)

„Exekutieren heißt handeln!“ Er hat damit die Exekutive gemeint. Interessanter war aber der Nachsatz, den er angeführt hat, der sinngemäß war, dass

(A) dabei das ständige Verhandeln mit Vertretern parteiischer Interessen nicht besonders förderlich ist. Es ist richtig, dass der Senat als Senat zu handeln hat. Diesen Senat gibt es aber nicht, wenn er nicht von den Vertretern parteiischer Interessen gewählt wird, und das sind wir hier im Haus!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Wir haben es heute Morgen gesehen, es gibt keine Senatorin ohne Parlamentsmehrheit. Es gibt auch einen Senator nur so lange, wie das Parlament ihn im Amt haben will. Wir können ihn auch abwählen, das ist bekannt. Hier ist das durchgängige staatliche Kontrollprinzip gewährleistet, das Parlament wählt den Senat, kann ihn auch abwählen, und es kontrolliert natürlich seine gesamten Tätigkeiten. Das ist letztlich auch das Ergebnis des Staatsgerichtshofsurteils bezüglich der Gesellschaften, und es ist gut, dass unser Verfassungsgericht das so klar und eindeutig gesagt hat. Es ist notwendig, das so zu sagen, und es ist auch notwendig, immer wieder darauf hinzuweisen und auch Herrn Senator Hattig zu sagen, dass der Senat zwar seine eigenen Tätigkeitsbereiche hat, aber dass alle seine Rechte doch nur vom parlamentarischen Willen abgeleitet, begleitet und kontrolliert werden.

(B) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, zur Technik des Antrags, glaube ich, ist genug gesagt worden, Frau Wiedemeyer hat das ausführlich erläutert. Deshalb will ich zum Schluss nur noch auf einen einzigen Punkt eingehen: Parlamentarische Kontrolle auch der Beteiligungsgesellschaften, ob Berlin oder nicht, macht eigentlich nur dann einen Sinn, wenn wir damit auch einen politischen Zweck verfolgen. Der politische Zweck, den wir in der Regel verfolgen, ist, dass wir Aufgaben an Gesellschaften geben, die diese Aufgaben wahrnehmen sollen.

Diese Aufgaben ändern sich auch mit gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen, auch mit Mehrheiten hier im Hause werden natürlich Aufträge verändert, und sie erledigen sich manchmal auch. Deshalb ist es natürlich auch vernünftig zu überprüfen, ob der Gesellschaftszweck überhaupt noch einen Sinn macht, ob er erfüllt werden kann. Das alles gehört zusammen. Steuerung nennt man das Ganze. Die erste Steuerungsinstanz ist der Senat gegenüber den Gesellschaften, die zweite Steuerungsinstanz sind wir gegenüber dem Senat, indem wir sagen, wir wollen diese Gesellschaft, wir wollen sie nicht, wir wollen sie mit folgenden Aufgaben betrauen, und die soll sie auch wahrnehmen.

Wenn wir das im Blick behalten und alle unsere Fachdeputierten auch im Blick haben, dass wir nicht nur zuständig sind, den Gesellschaften ihre Aufga-

ben einmal zuzuweisen, sondern zu schauen, ob sie diese Aufgaben auch wirklich wahrnehmen und sich nicht verselbständigen, dann sind wir der parlamentarischen Kontrolle des jetzigen erneuerten, manche sagen auch reformierten Staatssystems, das ja in viele Gesellschaften, Sondervermögen, Eigenbetriebe und so weiter im Augenblick zerlegt worden ist, wieder ein Stück näher gekommen und können das, wofür es nämlich eigentlich hier bei uns geht, die Kontrolle des Regierungshandelns durch den Souverän, durch das Volk, dessen Vertreter wir sind, wieder ernsthaft wahrnehmen.

Ein kleiner Schritt auf diesem Weg ist der heutige Antrag. Wir als Opposition werden darauf achten, dass der Senat zügig seine Schulaufgaben macht – jetzt sage ich das doch noch einmal mit den Schulaufgaben – und dass er sich dem nicht durch Hintertürchen entzieht. Das Staatsgerichtshofsurteil allerdings, sagen wir, lässt ihm auch keine Hintertürchen offen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort Herr Bürgermeister Perschau.

Bürgermeister Perschau: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das war eine sehr ruhige und eine sehr sachliche Debatte, wer hätte das je gedacht?

(Abg. Frau W i e d e m e y e r [SPD]: Wir ja!)

Ich denke, dass der Antrag, den alle drei Fraktionen unterzeichnet haben, den Stand der Entwicklung widerspiegelt. Nun möchte ich genauso wenig pädagogisch sein, wie Sie behauptet haben, auch nicht sein zu wollen. Das Ganze ist ein Prozess, in dem wir uns befinden, nämlich der Prozess des neuen Steuerungsmodells. Im Rahmen dieses neuen Steuerungsmodells und der Entwicklung von der Kameralistik zu Produktgruppenhaushalten gehört es einfach dazu, dass wir nach betriebswirtschaftlichen Kriterien auch unsere öffentlichen Dienstleistungen organisieren.

Nun muss man einfach einmal feststellen, wenn ich heute eine Gesellschaft bilde, dann sind die Kontrollmöglichkeiten zunächst des Senats wesentlich verbessert, weil im Regelfall diese Gesellschaft einen Aufsichtsrat hat. Der Aufsichtsratsvorsitzende ist im Regelfall der Senator oder der Staatsrat, und die Mitglieder des Aufsichtsrats sind im Regelfall sachkundige Menschen. Die müssen dann auch bilanzieren, und sie müssen das auch testen lassen, denn sie werden von Wirtschaftsprüfern geprüft. Das ist eine ganz andere Dimension von Kontrolle, als wir sie vielfach in den Ämtern oder den operativen Abteilungen unterschiedlicher Ressorts hatten.

(C)

(D)

(A) Insofern hat sich natürlich über die Gesellschaften auch der Zwang ergeben, standardisierte Bewertungskriterien zu finden. So wie wir beim Produktgruppenhaushalt daran arbeiten, Kennziffersysteme einzurichten, so müssen wir bei der Querschnittseinheit, die sich mit dem Beteiligungsmanagement beim Senator für Finanzen befasst, jetzt die übergreifenden Vergleichsmesszahlen und Kennziffern erarbeiten. Deshalb werden wir eine Datenbank entwickeln und ein Organisationshandbuch bis zum 30. Juni 2002 vorlegen. Für den dezentralen Bereich ist doch klar, dass der Fachsenator die Zuständigkeit über die ihm zugeordneten Gesellschaften hat und natürlich auch die Fachdeputationen.

Ich denke, dass wir in dem Beteiligungsmanagement exakt soweit sind, wie wir uns auch in der Entwicklung unserer Haushalte befinden. Das heißt, wir gehen hier ziemlich im Geleitzug. Mag sein, dass das Beteiligungsmanagement ein Stück hinterhinkt. Wir haben dies ja mit Price-Waterhouse sehr intensiv geprüft, und ich will jetzt zu den Organisationsstrukturen gar nicht mehr viel sagen, weil das ja alles richtig dargestellt worden ist. Wir sind heute sicherlich, und das bestätigen uns auch die Gutachter, dabei, ein Beteiligungsmanagement aufzubauen, wie es das in dieser Form nirgendwo gibt.

(B) Nun lassen Sie mich etwas zur Quantität der Berichte sagen, weil das ja immer so einen gewissen Diffamierungseffekt hat! Ich gebe gern zu, dass gelegentlich die technischen Möglichkeiten, die wir heute über viel Software haben, natürlich auch Controller im Finanzressort inspirieren, einmal alles vorzuführen, was wir über diese Datentechnik abrufen und Ihnen alles präsentieren können. Wenn ich mit unseren Mitarbeitern darüber rede, dann sind die Mitarbeiter auch stolz auf die Ergebnisse.

Wenn ich jetzt doch eine etwas pädagogische Anmerkung machen darf, die Sie bitte nicht missverstehen sollten: Auch Abgeordnete gewöhnen sich an solche Controllingberichte. Es ist durchaus feststellbar, dass auch die Abgeordneten in den Deputationen von diesen Controllingberichten wesentlich intensiver Gebrauch machen, als das vielleicht vor zwei Jahren der Fall war. Das ist übrigens bei uns auch so. Dieses gemeinsame Lernen, das gemeinsame Hineinarbeiten in eine neue Struktur ist und bleibt eben ein Prozess.

Nun kann man sich immer wieder sozusagen gegenseitig überholen wollen, indem der eine schon das Prozessende anmahnt und proklamiert und fragt, warum das alles noch nicht so ist. Es wächst alles nur so schnell, wie es in den Köpfen aller Betroffenen mitwächst. Sonst funktioniert das System nicht. Ich glaube, dass wir natürlich ein Interesse daran haben. Warum sollte der Senat, sollten die Fachsenatoren oder sollte der Finanzsenator kein Interesse daran haben, dass eine sichere Kontrolle, und zwar auf allen Ebenen, geschieht? Warum sollte ich, gerade ich, ein Interesse daran haben, die Kontrolle

des Parlaments auszuschalten? Das macht doch überhaupt keinen Sinn.

(C)

Wir sind im Moment auf einem Weg zu mehr Transparenz, um den viele andere uns beneiden. Natürlich führt diese erhöhte Transparenz für Sie auch zu einer enormen Verfügbarkeit von Daten. Diese Systeme müssen immer wieder überprüft werden, wir müssen sie evaluieren. Das werden wir auch noch machen müssen, und zwar mit einer Querschnittseinheit, für die es ja inzwischen auch schon wieder eine Buchstabenabkürzung gibt.

(Abg. Frau **W i e d e m e y e r** [SPD]:
QEPM!)

Ja, diese Querschnittseinheit wird dies erarbeiten!

Wir werden ähnlich wie bei den Produktgruppenhaushalten auch an den Kennziffern, die die Querschnittseinheit erarbeitet hat, im Einzelnen im Laufe der nächsten zwei, drei Jahre weiter feilen müssen und sie immer weiter komplettieren und perfektionieren. Deshalb denke ich, dass wir mit dem Antrag, der meinem Hause ja auch nicht ganz unbekannt war, eine sehr sachliche Basis haben für den Gesamtprozess der Veränderung der bremischen Verwaltung, die gesamte Neuordnung der Aufgabewahrnehmung, den Verwaltungsmodernisierungsprozess, das E-Government, das uns heute andere Möglichkeiten gibt, sowohl in der Kontrolle als aber auch natürlich in dem Nachweis von Leistungen.

(D)

Insofern bedanke ich mich für die Debatte, ich bedanke mich auch für den Antrag, weil er auch uns hilft. Ich will auch sagen, Herr Mützelburg, ich habe mich sehr über das Urteil des Staatsgerichtshofs gefreut.

(Abg. Frau **L i n n e r t** [Bündnis 90/Die
Grünen]: Wir uns auch!)

Da ich feststelle, dass die Freude allüberall ist, scheint es ja in Ordnung gewesen zu sein, was der Staatsgerichtshof festgestellt hat, und ich denke, dass dieser Antrag auch wiederum feststellt, dass wir einer Meinung sind, dass die Kontrolle so weiterentwickelt werden soll, dass das Parlament und der Senat ihren Kontrollfunktionen gerecht werden müssen, und ich glaube, wir sind auf dem Wege, gemeinsam ein gutes System zu entwickeln.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-

(A) Nummer 15/1091 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen über ein gemeinsames Landessozialgericht und zur Änderung des Gesetzes über die Sozialgerichtsbarkeit

Mitteilung des Senats vom 13. November 2001
(Drucksache 15/896)

2. Lesung

Wir verbinden hiermit:

Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen über ein gemeinsames Landessozialgericht und zur Änderung des Gesetzes über die Sozialgerichtsbarkeit

Bericht und Antrag des Rechtsausschusses
vom 8. Februar 2002
(Drucksache 15/1059)

(B) Dazu als Vertreter des Senats Bürgermeister Dr. Scherf, ihm beigeordnet Staatsrat Mäurer.

Meine Damen und Herren, die Bürgerschaft (Landtag) hat den Gesetzentwurf des Senats in ihrer Sitzung am 28. November 2001 in erster Lesung beschlossen und zur Beratung und Berichterstattung an den Rechtsausschuss überwiesen. Der Rechtsausschuss legt nunmehr mit der Drucksachen-Nummer 15/1059 seinen Bericht und Antrag dazu vor.

Wir kommen zur zweiten Lesung.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als Erstem gebe ich das Wort dem Berichterstat-
ter Herrn Isola.

Abg. **Isola**, Berichterstatte *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir setzen heute mit der zweiten Lesung die Beratungen über den Staatsvertrag zwischen Niedersachsen und Bremen über ein gemeinsames Landessozialgericht fort und beraten gleichzeitig die Änderung des Gesetzes über die Sozialgerichtsbarkeit in diesem Zusammenhang. Der Rechtsausschuss hat, denke ich, eine sehr aufwendige Beratung betrieben, er hat praktisch alle Verbände, die mit dieser Sachmaterie zu tun haben, angehört, um ihnen Gelegenheit zu geben, ihre Position vorzutragen.

*) Vom Redner nicht überprüft.

Es haben im Wesentlichen drei oder vier Gesichtspunkte dazu beigetragen, dass die Mehrheit im Ausschuss sich für diesen Staatsvertrag ausgesprochen hat. Zunächst einmal, kann man sagen, was übrigens auch in der Präambel des Staatsvertrages zum Ausdruck kommt, setzt Bremen damit eine Tradition der Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Ländern fort. Sie wird ja bereits seit Jahrzehnten betrieben, insbesondere auf dem Gebiet des Strafvollzugs, aber auch auf dem Gebiet der Fortbildung und Ausbildung der Strafvollzugsbediensteten und darüber hinaus auch jetzt im Bereich moderner Technologien. Ich darf einmal so sagen, auch in Richtung des Kollegen Dr. Kuhn, der auch europapolitischer Sprecher seiner Fraktion ist: Europa wächst zusammen, damit auch Bremen und Niedersachsen! Global denken, lokal handeln, das haben wir hier realisiert.

(Beifall bei der SPD)

Wir dachten, Niedersachsen und Bremen gehören zu Europa, und dann werden wir das auch ein bisschen näher zusammenbringen. Es ist auch klug, nicht nur in diesem Bereich, sondern in anderen Bereichen, die vorhandenen Ressourcen des Oberzentrums Bremen und des regionalen Umfeldes zu nutzen. Ich denke einmal, das wird nicht der letzte Schritt gewesen sein, wo es solche Beispiele geben wird, dass Bremen und Niedersachsen hier eng kooperieren. In diesem Fall, und das war maßgebend für die Zustimmung von SPD und CDU, haben folgende Gesichtspunkte eine Rolle gespielt.

Es wird also zunächst einmal die Bildung eines gemeinsamen Landessozialgerichts angestrebt, allerdings mit dem Wermutstropfen, dass es künftig keinen Präsidenten eines Landessozialgerichtes in Bremen mehr gibt, weil es ein solches ja nicht mehr geben wird, sondern die Zweigstelle in Bremen sein wird, und der Präsident beziehungsweise die Präsidentin in Celle. Diese Zweigstelle wird für den nordwestlichen Bereich Niedersachsens zuständig sein – es handelt sich hier um die drei Sozialgerichtsbezirke Aurich, Oldenburg, Stade – und für Bremen. Damit wird ein Stück Bürgernähe erreicht, insbesondere für die rechtssuchenden Bürger dieser niedersächsischen Bezirke, die bislang nach Celle fahren mussten.

Der zweite Gesichtspunkt! Der bremische Standort wird aber keineswegs durch diese Maßnahme personell geschwächt, sondern im Gegenteil, ja, man kann sagen, personell verdoppelt. Es sind bisher zwei Senate in Bremen mit sechs Richtern, hier werden jetzt vier Senate geschaffen, und das Personal wird um 15 neue Arbeitsplätze aufgestockt.

Der dritte Punkt, der, das sage ich gleich, weil ich nachher noch einmal darauf eingehen werde, ein rechtspolitischer Grund ist und der uns insbesondere bewegt hat, auch als Sozialdemokraten diesem

(C)

(D)

(A) Vertrag zuzustimmen, ist, dass mit einer erweiterten Richterbank und der Erweiterung der Senate in der Tat künftig eine bessere Spezialisierung, wie sie bei größeren Gerichten an sich auch üblich ist, aber bei der Kleinheit Bremens einfach objektiv nicht durchführbar war, möglich ist. Ich möchte schon vorbeugen, damit ist keineswegs hier eine Kritik an der bisherigen Rechtsprechung des Bremer Landessozialgerichts verbunden, aber auch eine gute Rechtsprechung ist immer steigerungsfähig, und das ist auch von Fachleuten bestätigt worden.

(Abg. Dr. Kuhn [Bündnis 90/Die Grünen]: Von welchen Fachleuten?)

Ich darf in diesem Zusammenhang die Präsidentin, die übrigens vorher Präsidentin des Bremer Landessozialgerichts war und jetzt Präsidentin des gemeinsamen Landessozialgerichts werden wird, Frau Paulat, zitieren, die hatten wir in den Ausschuss als Sachverständige neben den anderen Verbänden eingeladen. Mit Erlaubnis des Präsidenten möchte ich aus dem Protokoll des Rechtsausschusses, der öffentlich getagt hat, kurz zitieren:

„Frau Paulat trägt vor, der Gedanke einer Fusion des Landessozialgerichts Bremens mit Niedersachsen sei bereits vier Jahre alt. Die niedersächsische Gerichtsbarkeit sei zum größten Teil im östlichen Teil von Niedersachsen angesiedelt und konzentrierte sich um die Landeshauptstadt Hannover. Diese Benachteiligung der Bevölkerung im Nordwesten solle mit einem zweiten Standort des Landessozialgerichts zumindest teilweise beseitigt werden.“

(B) Aus ihrer dreijährigen Tätigkeit als Vorsitzende Richterin am Landessozialgericht Bremen seien ihr die Probleme bekannt, die durch die Aufteilung der Gesamtheit des Sozialversicherungsrechts auf zwei Spruchkörper entstanden. Zwar seien diese Probleme zu lösen, aber es sei deutlich geworden, dass es sehr mühsam sei, sich in der Hälfte der Fachgebiete auf dem aktuellen Stand zu halten, um eine qualitativ gute Rechtsprechung anbieten zu können.

Hinzu komme, dass es unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten gesehen ein Missverhältnis zwischen der Größe des Sozialgerichts Bremen als Unterinstanz und der Größe des Sozialgerichts gäbe. Während in Niedersachsen das Verhältnis ungefähr ein Drittel zu zwei Drittel ausmache, betrage dies in Bremen, was die Anzahl der Richter betreffe, ungefähr eins zu eins. Dieses Verhältnis zu verändern schein ihr aus Bremer Sicht nicht unvorteilhaft.“

Ich denke einmal, dass diese sachverständige Äußerung der künftigen Präsidentin des gemeinsamen Landessozialgerichts doch überzeugend ist, zumindest nachvollziehbar, so dass die beiden Koalitionsfraktionen sich dem angeschlossen haben.

Es gab erhebliche Kritik seitens der Verbände. Es darf nicht verschwiegen werden, das ist auch in der

Drucksache im Einzelnen aufgelistet worden. Der Richterrat und der Personalrat des Landessozialgerichts befürchten eine zusätzliche Belastung des Personals, Reibungsverluste und zusätzlichen Arbeitsaufwand. Insbesondere wird befürchtet, dass Rechtsgebiete, die für Bremer bisher auch schneller erreichbar waren, aus Bremen abwandern, so dass Bremer nun fahren müssen.

(C)

Zum Letzteren muss ich sagen, auch darüber haben wir mit Frau Paulat ganz offen gesprochen, allerdings auch mit der gebotenen Zurückhaltung, wie es einem politischen Gremium geziemt, das sind Geschäftsverteilungsfragen, die im Gerichtsverfassungsgesetz festgelegt sind und einer richterlichen Entscheidung zugeordnet sind, nämlich dem richterlichen Präsidium des künftigen Landessozialgerichts. Da können auch keine politischen Vorgaben im Staatsvertrag getroffen werden. Aber Frau Paulat, und das war doch ganz interessant, sagte uns, dass natürlich der Geist dieses Vertrags, nämlich mehr Bürgernähe und nicht zusätzliche Erschwernisse, gerade auch für Schwerbehinderte, zu erzeugen, auch bei einer Geschäftsverteilungsdiskussion im Präsidium zu berücksichtigen sei.

Der Vertreter vom Bündnis 90/Die Grünen, Herr Kuhn wird sich ja dazu noch einmal melden, hat sich gegen die Zusammenlegung der Landessozialgerichte ausgesprochen. Er hat das insbesondere auch mit dem Kostenargument begründet. In der Tat werden mehr Kosten entstehen, einmalige Kosten durch den Umzug, dann aber auch laufende, aber die Summen halten sich in Grenzen. Sie belaufen sich auf etwa 20 000 bis 25 000 Euro, glaube ich, beim Umzug, in etwa doppelter Höhe bei den laufenden Kosten, so dass dies vertretbar ist.

(D)

Insgesamt bittet der Ausschuss mehrheitlich das Parlament um Zustimmung zu dem Staatsvertrag und zu den notwendigen Änderungen des Gesetzes zur Sozialgerichtsbarkeit. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Kuhn.

Abg. Dr. Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Tat, Herr Isola hat es angekündigt, die Grünen können sich dem Lob über den Staatsvertrag zur Schaffung eines gemeinsamen Landessozialgerichts, so wie er jetzt vorliegt, nicht so recht anschließen, und wir werden ihm deswegen auch nicht zustimmen. Die Gründe dafür stehen im Bericht, ich kann sie noch einmal knapp zusammenfassen.

Wir meinen, dass wir einen solchen Vertrag eigentlich nur abschließen, eine solche Regelung nur vereinbaren sollten, wenn sie dem Land, wenn sie den Menschen in Bremerhaven und Bremen auch

(A) tatsächlich Vorteile und Nutzen bringt. Den Nutzen haben wir bisher nicht erkennen können. Ich möchte einmal den Sprecher der CDU im Landtag von Niedersachsen in Hannover zitieren, der bei der Beratung im Februar über den Staatsvertrag in Hannover erklärt hat, ich darf mit Genehmigung des Präsidenten zitieren: „Die Schaffung länderübergreifender Einrichtungen ist grundsätzlich sinnvoll, wenn dadurch Synergieeffekte und Einsparpotentiale erzielt werden können. Diese Voraussetzungen sind im Falle des Staatsvertrags aber nicht erkennbar. Deswegen lehnen wir ihn ab.“ Die CDU scheint in Hannover helle Köpfe zu haben.

(Abg. T e i s e r [CDU]: Auch in Hannover!)

Ich weiß ja nicht, was Herr Röwekamp sagen wird, aber ich fürchte, er wird uns das Gegenteil von dem erzählen, was sein Kollege Heinemann in Hannover gesagt hat. Der Kollege Heinemann in Hannover, Ihr Kollege, hat ja Recht. Das Landessozialgericht wird auf Dauer, und zwar sowohl für Niedersachsen als auch für Bremen, höhere Kosten bedeuten, so zwischen 20 000 und 50 000 Euro im Jahr. Einmal abgesehen von dem Umzug, einmal abgesehen davon, dass Sie heute noch gar nicht wissen, wohin es denn umziehen soll. Da sind wir ja alle ganz gespannt. Wir machen hier einen Staatsvertrag, und kein Mensch weiß, wo dieses Gericht eigentlich arbeiten soll. Da sind wir gespannt.

(B) Am Anfang hieß es, das Ganze werde gemacht, damit Kosten gesenkt würden, dann hieß es, es sollte die Kosten schonen, und jetzt wird ganz offen darüber geredet, Kosten sind nicht so entscheidend bei dem Projekt. Wir sehen, viele Bremerinnen und Bremer, die in Zukunft das Landessozialgericht anrufen werden beziehungsweise geladen werden oder als Partei dorthin müssen, können ihr Recht nicht mehr in Bremen finden, sondern müssen nach Celle, weil nämlich einige Fachgebiete nur dort verhandelt werden. Natürlich ist es so, dass möglicherweise eine bestimmte Zahl von Niedersachsen, wenn sie aus Cuxhaven, Oldenburg, Delmenhorst kommen, nach Bremen können, aber, ehrlich gesagt, das ist nicht so unbedingt unsere Baustelle. Wenn wir einen gemeinsamen Nutzen davon haben, ist es ja in Ordnung, aber dass wir dafür mehr Geld zahlen und dass Bremer dafür den weiteren Weg nach Celle gehen sollen, das ist ja auf den ersten Blick erst einmal nicht einleuchtend.

Dann die Frage der Qualität der Urteile hier in Bremen und die größere Spezialisierung! Ich will noch einmal festhalten, es hat bisher keine Kritik an dieser Qualität des Gerichts in Bremen gegeben, trotzdem wird jetzt hypothetisch gesagt, das kann ja immer besser werden. Das kann schon sein. Aber, Herr Kollege Isola, dass Sie nun ausgerechnet die jetzige und vor allem die zukünftige Präsidentin des Landessozialgerichts hier als Sachverständige ein-

führen, das lässt mich nun in der Tat doch schmunzeln. Ich meine schon, dass sie in dieser Frage eben doch parteiisch ist. Insofern kann ich das gut verstehen, was sie vertritt, aber als Sachverständige ist sie da, glaube ich, nicht unbedingt aufgetreten. Das sollten wir einmal außen vor lassen. Wenn Sie mir eine fundierte, ältere Kritik an den Urteilen des Landessozialgerichts nennen könnten, die wirklich zwingend macht, dass es aufgeteilt wird, bitte, aber das haben Sie nicht gemacht!

Die übergroße Zahl der Verbände: Sie haben nur die Richterverbände genannt, das ist eine Seite, da könnte man so sagen, wie der Staatsrat auch gesagt hat, das sind alles Leute, die immer am Alten festhalten und sich nicht bewegen. Das glaube ich nicht. Aber zusätzlich darf ich einmal vorlesen, wer sich dagegen ausgesprochen hat: die Kassenärztliche Vereinigung, der Sozialverband VdK, die AOK, die Kassenzahnärztliche Vereinigung, der Sozialverband Deutschland, ehemals Reichsbund, der DGB. Sie alle haben Bedenken, Kritik im Einzelnen und am ganzen Unternehmen angemeldet, als Einzige dafür war die Rechtsanwaltskammer in Bremen. Schon ein ziemlich eindeutiges Urteil, wenn man sich die Leute anhört, die damit im Wesentlichen auch zu tun gehabt haben und auch zu tun haben werden!

Warum also das ganze Unternehmen? Die vorliegende Begründung sagt, man sollte doch bei den Mehrkosten nicht so päpstlich sein, dieses Vorhaben sei, ich darf aus der Begründung zitieren, „ein Teil der Zusammenarbeit mit Niedersachsen im Bereich der Justiz, dessen Kostenseite nicht isoliert betrachtet werden darf“. Das, finde ich, ist nun wirklich ein interessanter Gesichtspunkt. Ich gebe ja gern zu, wenn man so zwischen Krieg und Frieden schwebt, wie das einmal in Europa der Fall gewesen ist, dann ist die Frage der Kooperation in jedem Falle richtig, und da kann man auch einmal langfristig denken, okay, da muss man einmal zuzahlen. Ich habe aber nicht den Eindruck, dass das zwischen Bremen und Niedersachsen so der Fall ist. Wir möchten eigentlich an Kooperation die Bedingung knüpfen, dass auch Nutzen dabei ist. Wir sehen diesen Nutzen nicht.

In der Debatte in Hannover ist interessanterweise von der dortigen Regierung eingewendet worden, es handele sich sozusagen um eine Mischkalkulation. Das kann ja sein, aber wir kennen diese Kalkulation nicht. Die Abgeordnete der SPD hat im Niedersächsischen Landtag gesagt, es habe sich um ein Kompensationsgeschäft gehandelt, und sie hat dabei den Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven genannt. Ist ja interessant! Auch das ist uns nicht bekannt, dass die Frage des Landessozialgerichts irgendwie in einem Zusammenhang mit dem Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven steht.

Ich bringe das hier nicht in die Diskussion, ich zitiere das, was die SPD-Abgeordnete in Niedersachsen vorgetragen hat, um diesen Staatsvertrag zu be-

(C)

(D)

(A) gründen. Mich würde ja interessieren, was darüber verhandelt worden ist, vielleicht kann Herr Scherf sich daran erinnern, ob das so gewesen ist. Sachdienlich wäre eine solche Verknüpfung nicht.

Also, es gibt für uns keinerlei Gründe für diesen Staatsvertrag, für diese Art von Kooperation. Wir sehen gegenwärtig nur Gegengründe, deswegen lehnen wir ihn auch ab.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Röwekamp.

Abg. **Röwekamp** (CDU *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben uns ja hinsichtlich der Für- und Wider-Argumentationen hinreichend auch im Rechtsausschuss austauschen können, deswegen, denke ich, ist es völlig ausreichend, sich jetzt noch einmal auf die einigen wenigen Punkte zu konzentrieren, in denen die Regierungsfractionen offensichtlich einen Dissens mit der Opposition haben. Ich will das noch einmal zusammenfassen.

Isoliert betrachtet macht eine Schaffung eines gemeinsamen Landessozialgerichts wenig Sinn. Ich betrachte dies aber als einen weiteren Schritt in der zunehmenden Kooperation mit dem Land Niedersachsen auf dem Gebiet der Justiz. Wir praktizieren sie bereits erfolgreich im Strafvollzug, und wir wollen sie auch gemeinsam im Strafvollzug fortsetzen. Deswegen gibt es ja die Gespräche zwischen den beiden Ländern über eine gemeinsame Möglichkeit des Strafvollzugs. Wir wollen die Zusammenarbeit aber auch über das Bisherige hinaus im wohlverstandenen Interesse der Bürgerinnen und Bürger Bremens und Bremerhavens weiter intensivieren.

Ich denke mir, dass nach der Schaffung eines gemeinsamen Landessozialgerichts auch weitere Schritte unternommen werden können, um hier an den Standorten Bremen und Bremerhaven Gerichtskompetenz zu bündeln.

Es macht für mich zum Beispiel keinen Sinn, dass jemand, der in Bremen oder Bremerhaven wohnt, aber in Langen, Schiffdorf oder Syke arbeitet, in einer arbeitsgerichtlichen Auseinandersetzung nach Stade oder nach Verden fahren muss. Das, finde ich, ist ein weiterer Punkt, bei dem wir auch etwas für unsere Bevölkerung tun können, indem wir erreichen, dass wir auch im Bereich der Arbeitsgerichtsbarkeit vielleicht zu einer Verständigung mit Niedersachsen kommen. Das betrifft auch im Übrigen die Bereiche des Sozialgerichts, also nicht nur des Landessozialgerichts, sondern auch des Sozialgerichts. Da kann ich mir auch vorstellen, dass wir aufgrund der relativ kleinen Einheiten, die wir hier haben, zu einer verstärkten Kooperation kommen.

*) Vom Redner nicht überprüft.

Isoliert betrachtet, Herr Dr. Kuhn, mag Ihr Argument also vielleicht durchschlagen. Ich sage, wir reden hier aber nicht nur über das Landessozialgericht, sondern darüber, wie wir mit Niedersachsen zukünftig auf dem Gebiet der Justiz zusammenarbeiten. Selbst wenn man die Argumente auf das gemeinsame Landessozialgericht konzentriert, meine ich, dass die auch in der Drucksache wiedergegebenen Argumente überzeugen. Wir stärken den Standort Bremen, indem wir hier zusätzliche Arbeitsstellen im Bereich der Justiz aus Niedersachsen schaffen.

Das ist sicherlich auch der wohlverstandene Grund, weshalb mein Kollege in Niedersachsen dagegen gewesen ist, Herr Dr. Kuhn. Das ist sicherlich kein Widerspruch, sondern die gleiche Argumentation. Er befürchtet einen Kompetenzverlust für das Landessozialgericht Niedersachsen, was wohl auch zum Teil stimmt, man muss sich ja nur die zukünftige Gerichtsverteilung anschauen, ich verbinde hiermit eine Kompetenzverstärkung in Bremen. Wir stärken den Standort, es werden 15 neue Arbeitsplätze entstehen.

Der nächste Punkt ist, meine ich, ebenso überzeugend. Wir haben in Bremen mit sechs Richtern eine relativ kleine Einheit. Wir haben auch bei anderen Funktionen, ich nenne nur das Stichwort gemeinsamer Präsident für das Finanzgericht und Oberverwaltungsgericht, darauf gesetzt, Synergien zu erzeugen und größere Einheiten zu schaffen. Ich bin auch nach wie vor der Überzeugung, dass das richtig ist. Denken Sie nur einmal an die Vertretungssituationen! Wenn im Geschäftsstellenbereich eine Mitarbeiterin beim Sozialgericht krank wird, bricht da, ich will jetzt nicht sagen, das Geschäft zusammen, führt aber zu erheblichen Erschwernissen. Wir haben eine wesentlich verbesserte Vertretungssituation auf Richter- und auf Personalebene, so dass es auch unter diesem Gesichtspunkt aus unserer Sicht Sinn macht.

Wir haben natürlich die Einwände insbesondere der Sozialverbände ernst genommen. Die machten nachdenklich, das hat auch noch zu einer sehr intensiven Diskussion im Rechtsausschuss geführt. Ich glaube aber gemeinsam mit der zukünftigen Präsidentin und gemeinsam mit dem Kollegen Dr. Kuhn, dass wir im Wege des Vollzuges, der Zuweisung und der Zuständigkeiten im Präsidialrat sicherlich eine vernünftige Lösung für diese Probleme finden müssen. Die geäußerten Bedenken, dass jemand wegen der Verhandlung über seinen Grad der Schwerbehinderung nun zukünftig nicht nach Bremen, sondern nach Niedersachsen fahren muss, halte ich, vorbehaltlich natürlich der zu treffenden Regelungen und unter Maßgabe dessen, was wir da besprochen haben, für ausgeschlossen.

Lassen Sie es uns machen! Sie werden sehen, die geäußerten Bedenken werden sich nicht niederschlagen, im Gegenteil, wir werden wesentlich straf- fere Entscheidungsformen und wesentlich kompe-

(C)

(D)

- (A) tentere Senate beim Landessozialgericht haben. Die Bündelung von Kompetenz bedeutet aus unserer Sicht auch immer Fortschritt. Deswegen sind wir dafür, auch die Mehrkosten, die hier entstehen, in Kauf zu nehmen, weil wir der Ansicht sind, dass sich die Sache insgesamt für Bremen und Bremerhaven lohnt. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält Bürgermeister Dr. Scherf.

Bürgermeister Dr. Scherf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ähnlich wie Herr Isola das eben gesagt hat, ist dieser Staatsvertrag ein wesentlicher Schritt in der Zusammenarbeit Bremens mit Niedersachsen. Er ist nicht der letzte. Wir haben eine ganze Reihe ähnlicher Projekte nicht nur im Justizressort, sondern auch in den anderen Ressorts ins Auge gefasst.

Wenn man die Selbständigkeit Bremens verteidigen will, darf man nicht bei der Kooperation eng sein, sondern muss das zusammen sehen. Wir sind und bleiben selbständig, gerade weil wir fähig sind, mit dem Umland zu kooperieren. Dies ist so ein Beispiel dafür. Darum bin ich froh, dass das jetzt bei uns durch den Landtag beraten und beschlossen wird, weil es ein guter Schritt in die richtige Richtung ist. Er wurde lange vorbereitet, diskutiert und nun endlich beschlossen.

- (B) Als Herr Kuhn eben aus dem Niedersächsischen Landtag zitiert hat, habe ich schnell einmal nachgelesen. Es ist witzig, dass der Grüne in Niedersachsen sagt, Herr Schröder, ein gemeinsames Landessozialgericht für die Länder Bremen und Niedersachsen ist grundsätzlich sinnvoll. „Vor allen Dingen muss Bremen ein Interesse daran haben,“ so die Grünen in Niedersachsen, „weil der Stadtstaat für ein spezialisiertes Obergericht einfach zu klein ist. Die Absicht einer engeren Kooperation zwischen den beiden Ländern auch auf diesem Gebiet wird deshalb von uns ausdrücklich begrüßt.“

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Lieber Herr Dr. Kuhn, es ist so, wie es ist. Sie sind da in der Opposition, und Sie sind hier in der Opposition. Oppositionsrechte sind natürlich klar, man muss so etwas nicht unbedingt unterstützen, aber dass das gerade aus Bremer Sicht willkürlich und nachteilig ist, das kann man nicht sagen.

Was die Kompensationsgeschäfte angeht, so ist weit hergeholt, was die Kollegin Brockmann in Niedersachsen über den Hafen gesagt hat. Wir haben nicht ein einziges Mal darüber geredet, dass das einen Zusammenhang hat. Wenn überhaupt, dann hat

- (C) das einen größeren Zusammenhang im Rahmen der Zusammenarbeit der zwei Länder.

Viel näher liegend wäre, ich habe heute Morgen gerade bei den Verkehrsunternehmen Niedersachsen und Bremen geredet, dass wir möglichst viele Gründe haben, Menschen, die in dieser Region wohnen, auch tatsächlich zusammenzubringen. Sie wissen auch, dass das real ist und nicht nur einfach ein Phantasieprojekt von Abgeordneten und Regierungsmitgliedern ist, sondern dass es real ein Wachstum gibt, das unsere Verkehrsunternehmen zusammenwachsen lässt und die Menschen hin und her transportiert. Wir wachsen in die Region, habe ich heute Morgen den Verkehrsunternehmern gesagt, mit den Straßenbahnen und allem Drum und Dran, dann gehört so etwas dazu.

(Beifall bei der SPD)

Man muss nicht nur gern zum Einkaufen, für das Kulturangebot oder für die Ausbildung hierher kommen wollen, sondern auch zu solchen Dienstleistungen. Das ist doch ganz nahe liegend. Ich finde sehr reizvoll, dass nun in Zukunft die Sozialgerichtsfälle von Aurich, Oldenburg und Stade hier in Bremen verhandelt werden. Das ist ein Stück Zusammenwachsen an der Küste. Das wollen wir. Das wollen wir nicht nur bei der Sozialgerichtsbarkeit, das wollen wir eigentlich überall. Hoffentlich gelingt uns das auch in anderen Fällen und auf anderen Gebieten.

(D) Ein gutes Quartier, lieber Herr Kuhn, finden wir. Wir haben noch ein paar Monate Zeit, wir müssen nicht zum 1. April 2002 einziehen. Wir haben eine Übergangsphase vereinbart. Wir müssen natürlich einen guten Platz finden. Wir verhandeln da spitz, wie Sie alle wissen. Wir müssen einen guten Vertrag bekommen, sonst bekommen wir Ärger im Untersuchungsausschuss, auch wieder von Herrn Kuhn, den wollen wir vermeiden. Wir wollen das schön durchsichtig und klar machen, damit jeder in die Papiere schauen kann.

Ich bin aber zuversichtlich, dass wir mitten in der Stadt, so dass es eine Aufwertung der Stadt ist, auch einen guten Platz für das gemeinsame Landessozialgericht finden. Mit dem Sozialgericht und allen anderen Fachgerichten zusammen haben wir einen zusätzlichen Effekt, weil wir dann die Fachgerichtsbarkeit unter einem Dach haben. Das wird mit Sicherheit Kostenersparnisse bringen und Vorteile für alle, die an dieser Fachgerichtsbarkeit Anteil haben. Ich danke Ihnen sehr, wenn Sie das gleich verabschieden!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

(A) Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Niedersachsen und der Freien Hansestadt Bremen über ein gemeinsames Landessozialgericht und zur Änderung des Gesetzes über die Sozialgerichtsbarkeit unter Berücksichtigung, dass in Artikel 1 Satz 1 nach dem Wort „am“ das Datum 10. Dezember 2001 eingefügt wird, in zweiter Lesung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung mit der Änderung.

Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von dem Bericht des Rechtsausschusses Kenntnis.

(B) **Grundlagen für ein lebenslanges Lernen in Bremen und Bremerhaven ermöglichen**

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 8. November 2001
(Drucksache 15/875)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 19. Februar 2002

(Drucksache 15/1073)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Lemke, ihm beigeordnet Staatsrat Köttgen.

Herr Senator, ich frage Sie, ob Sie die Antwort mündlich wiederholen möchten.

(Senator L e m k e : Angesichts des Umfangs nein!)

Ich danke Ihnen!

Ich frage, ob in eine Aussprache eingetreten werden soll. – Das ist der Fall.

Die Aussprache ist eröffnet.

Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Dreyer.

Abg. Frau **Dreyer** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Qualifikation der Menschen in Bremen und Bremerhaven ist der wesentliche Faktor für eine weiterhin positive

(C) Entwicklung der Wirtschaftskraft unseres Landes. Darum will die CDU-Fraktion eine nachhaltige Verbesserung des Bildungssystems auf der einen und eine flexible Förderung des lebenslangen Lernens auf der anderen Seite, aber bitte als zwei Seiten derselben Medaille. Das sieht übrigens unser Koalitionspartner ganz genauso, jedenfalls haben Sie das auf Ihrer Klausurtagung am 28. Februar 2002 zum Thema Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik so beschlossen. Warum Sie dann allerdings unserer Großen Anfrage nicht beigetreten sind, werden Sie uns heute ganz bestimmt noch erklären.

Meine Damen und Herren, nur eine lernende Gesellschaft ist eine zukunftsfähige Gesellschaft. Bildung ist der Schlüssel für individuelle Lebenschancen und der Motor für eine positive gesellschaftliche Entwicklung.

Bildung, meine Damen und Herren, begründet Wohlstand, kulturelle Teilhabe, politische Mündigkeit und vor allen Dingen berufliche Perspektiven. Bildung und lebenslanges Lernen für alle zu ermöglichen ist die zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe.

(Beifall bei der CDU)

(D) Bei diesem Thema sind sich auch alle gesellschaftlichen Kräfte einig. Unternehmen, Gewerkschaften, die demokratischen Parteien haben zu diesem Thema, Gott sei Dank, überhaupt keinen Dissens. Nur, wie eine lernende Gesellschaft organisiert und umgesetzt werden kann und soll, da gibt es unterschiedliche Ansätze. Das Ziel ist, glaube ich, aber für alle Beteiligten klar und deutlich. Wie gesagt, es gibt keinen Dissens.

Für die CDU geht es darum, Wissen, Können und Problemlösungsfähigkeiten möglichst aller Menschen zu fördern und ihre Talente individuell zur Entfaltung bringen zu können. Es geht um eine verantwortungsbewusste Zukunftsgestaltung, die Wohlstand und humane Lebensqualität fördert und sichert. Der Senat geht auch in seiner Antwort darauf ein, wenn auch eher etwas formal. Visionen, die mit einer lernenden Gesellschaft zu entwickeln sind, sind in der vorliegenden Antwort leider nicht zu finden, beziehungsweise bleiben sie blass und verschwommen.

Doch der Koalitionsvertrag hat das lebenslange Lernen festgeschrieben, und vieles ist, Gott sei Dank, positiv angeschoben worden, bereits umgesetzt oder wird positiv weiterentwickelt. Besonders hervorzuheben ist hier die Qualifizierungsoffensive für den Strukturwandel in unseren beiden Städten, die wir in den Jahren 2000 und 2001 mit 24 Millionen Euro gefördert haben. Hier werden wir als CDU-Fraktion weiterhin einen deutlichen Schwerpunkt setzen, weil der Strukturwandel unserer Region und die Qualifizierung der Menschen in Bremen und Bremerhaven zwei Seiten derselben Medaille sind. Zwar wird

(A) immer einmal wieder vom Arbeitsressort der Versuch unternommen, aus diesem Bereich Gelder für andere Maßnahmen umzuwidmen, doch bislang hat die Weigerung der CDU-Fraktion dies erfolgreich verhindert. Das wird auch zukünftig so bleiben, meine Damen und Herren.

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]:
Wenn wir euch nicht hätten!)

Wenn ihr uns nicht hättet, dann wäret ihr wieder in eurem alten Mustopf! Das wäre schrecklich, Frau Hammerström, das stimmt!

Die Menschen in Bremen und Bremerhaven für den Wandel in der Arbeitswelt fit zu machen und vor allen Dingen fit zu halten, meine Damen und Herren, ist eine Säule der CDU-Politik in Bezug auf das lebenslange Lernen. Die Betriebe in Bremen und Bremerhaven ziehen hier mit. Sie nutzen die Programme für ihre Beschäftigten und steuern über Eigenmittel ganz erhebliche Finanzmittel bei. Freistellungskosten und Eigenmittel der Betriebe sowie auch, und das muss dringend erwähnt werden, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer lassen den Strukturwandel in unseren zwei Städten zu einer Erfolgsgeschichte werden.

(B) Gemeinsam mit den Bildungsträgern werden die Programme passgenau geschneidert und umgesetzt. Das ist der wichtigste Beitrag zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit. Die Qualifizierungsmaßnahmen helfen den Menschen in Bremen und Bremerhaven aus der Arbeitslosigkeit zurück in eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt. Hier heben wir uns als Land Bremen ja auch deutlich von der Negativentwicklung auf Bundesebene ab. Unsere Zahlen sind rückläufig, während sich die Zahlen der Arbeitslosen auf Bundesebene leider Gottes negativ entwickeln.

Wie wichtig, meine Damen und Herren, die frühzeitige Einübung von Schlüsselkompetenzen ist, haben uns die Ergebnisse der OECD-Untersuchungen und der Pisa-Studie mehr als deutlich vor Augen geführt. Darum ist für die CDU-Fraktion klar, dass wir eine gute Bildung und Ausbildung garantieren müssen. Wir müssen in der Schule das tragfähige Fundament schaffen, damit lebenslanges Lernen auch individuell geleistet und eigenverantwortlich umgesetzt werden kann.

Meine Damen und Herren, wir wollen als CDU-Fraktion selbstverständlich keine pädagogische Betreuung von der Wiege bis zur Bahre. Die lernende Gesellschaft fordert von Menschen, sich auch aus eigener Kraft weiterzubilden, sie unterstützt Lernen und schafft neue positive Anreize für ein lernfreudiges Klima für alle Altersgruppen. Das ist, glaube ich, noch einmal wichtig zu betonen.

(Beifall bei der CDU)

(C) Davon allerdings, meine Damen und Herren, ist die Antwort des Senats leider noch ein Stück entfernt. Wie gesagt, Visionen sind leider nicht zu finden. Die Frage nach Vernetzung und dem Einsatz der neuen Medien bleibt blass bis unbefriedigend, und sogar der Begriff der neuen Medien kann nicht sauber definiert werden.

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Das ist ja schwach!)

Die Antwort ist wirklich schwach, da stimme ich Ihnen zu! Es gibt hier noch eine Fülle von Aufgaben, die durch die beteiligten Ressorts dringend geleistet werden müssen.

Meine Damen und Herren, dabei kommt es für die CDU-Fraktion maßgeblich darauf an, dass ein verlässliches System der Weiterbildung die duale Erstausbildung ergänzen kann. Der gesicherte Zugang zu hochwertiger Weiterbildung ist Voraussetzung auch für eine Straffung der Erstausbildung. Er ist auch ein Garant dafür, dass nach der dualen Ausbildung eine weitere positive Entwicklung in der Berufsbiographie auch zu schaffen ist.

Außerdem müssen die Hochschulen stärker als bislang in Modelle der dualen Ausbildung einbezogen werden. Fachhochschulen und Berufsakademien sind dabei besonders erfolgreiche Vorreiter. Die Forderung der CDU-Fraktion, den Zusammenschluss mehrerer Betriebe zu Ausbildungsverbänden zu forcieren, haben wir in Bremen und Bremerhaven erfolgreich umgesetzt.

(Vizepräsident D r . K u h n übernimmt den Vorsitz.)

(D) Hier müssen die Dinge auch noch weiter vorangetrieben werden, damit junge Menschen eine gute Ausbildung erhalten und der Fachkräftebedarf der Betriebe befriedigt werden kann. Wir, die CDU, setzen in erster Linie auf die Ausbildung der jungen Menschen in unseren beiden Städten und sind dann erst im zweiten Schritt bereit, die Debatte über Zuwanderung von Fachkräften aufzunehmen.

Eine Grundforderung der CDU ist und bleibt, meine Damen und Herren, dass sich die Weiterbildungsträger mit Schule, Hochschule und Universität verknüpfen. Die Chancen, die neue Informations- und Kommunikationstechnologien gerade im Bereich der Weiterbildung bieten, müssen konsequent genutzt werden. Zu verknüpfen, für Transparenz zu sorgen und Qualitätssicherungssysteme einzuführen sowie diese extern überprüfen zu lassen, das sind die Forderungen der CDU.

(Beifall bei der CDU)

Die rasche Vermehrung des Wissens und permanente technologische Neuerungen sind hierfür die wich-

(A) tigsten Gründe, die, glaube ich, auf der Hand liegen.

Einiges haben wir auf den Weg gebracht, meine Damen und Herren, doch eine Verknüpfung der Systeme, um auch modular aufgebaute Angebote qualitativ hochwertig durchzuführen und zu zertifizieren, steht noch aus. Der Senat führt dazu in seiner Antwort aus, ich zitiere: „Es besteht eine hohe Bereitschaft unter den Anbietern, dies zu tun.“

Meine Damen und Herren, schön, dass es diese Bereitschaft gibt. Die CDU will allerdings, dass gehandelt wird, und zwar jetzt. Wir brauchen und wollen die lernende Gesellschaft in Bremen und Bremerhaven, dafür fordert die CDU-Fraktion ein abgestimmtes Konzept aus einem Guss, das sich zum Nutzen unserer Region entfalten kann und, so ist unsere Überzeugung, auch entfalten wird. Nach den vielen positiven Bausteinen, die wir bisher schon zusammengetragen und aufgebaut haben, ist jetzt der nächste Schritt dringend erforderlich. Für die CDU-Fraktion fordere ich ihn jetzt ein. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Nalazek.

(B) Abg. **Nalazek** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lebenslanges Lernen ist der Schlüssel, um die Herausforderungen des immer schnelleren Wandels in allen Bereichen unseres Lebens und Arbeitens zu bewältigen. Das betrifft alle Bildungsbereiche, von der Kindergarteneinrichtung bis zur Weiterbildung. Das bezieht sich gleichermaßen auf die Entwicklung der Persönlichkeit, auf Teilhabe an und Gestaltung der Gesellschaft wie auf Beschäftigungsfähigkeit. Dies alles kann Politik nicht allein leisten.

Meine Damen und Herren, es kommt auch auf diejenigen an, die an den Bildungseinrichtungen lehren. Sie müssen mitgehen, Ideen entwickeln und Initiativen ergreifen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Ohne sie kann keine Bildungsreform zum Erfolg führen. Noch mehr Eltern und Unternehmen müssen sich fragen: Was kann ich tun, wie kann ich meinen Beitrag leisten? Da ist der gespendete Computer wichtig, doch der gespendete Computer ist nicht alles. Noch wichtiger ist die Bereitschaft zur echten Partnerschaft, zur Hilfe, ohne dass ich morgen bereits den Profit auf dem Tisch habe. Das heißt, wir müssen gemeinsam Rahmenbedingungen für ein lebenslanges Lernen schaffen, das dem gesellschaftlichen Wandel Rechnung trägt.

Dazu gehört aus der Sicht der SPD-Fraktion, mit unserem Verständnis von Bildung dazu beizutragen,

dass beispielsweise der Zugang zu den neuen Medien nicht vom Geldbeutel abhängig ist und es so zu neuen Spaltungen und sozialen Ungerechtigkeiten kommt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn ich jetzt in die Senatsantwort schaue, kann ich anerkennend feststellen, dass der Senat nicht nur die junge Generation im Auge hat. In Solidarität mit der älteren Generation werden ebenfalls Maßnahmen angeboten. Meine Damen und Herren, wir wollen, dass auch Fünfundfünfzigjährige Chancen haben, wieder in eine attraktive Berufstätigkeit einzusteigen.

(Beifall bei der SPD)

Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales unterstützt das Programm „Personalgewinnung im Dienstleistungsbereich Telekommunikation“ aus dem Jahr 1999. Das Bündnis für Arbeit und Ausbildung in Bremen und Bremerhaven hat in den letzten drei Jahren wichtige Beiträge geleistet, um lebenslanges Lernen in der Freien Hansestadt Bremen ergebnisorientiert für alle Generationen zu gestalten.

Meine Damen und Herren, das Programm „Lebenslanges Lernen“ der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, BLK, wendet sich an junge Menschen. Bundesweit werden 23 Projekte gefördert. Das Bundesland Bremen ist mit zwei Projekten an der Realisierung dieses Programms beteiligt.

Das Vorhaben richtet sich besonders an die Zielgruppen, die als bildungsbenachteiligt oder auch praktisch begabt gelten, sei es, weil ihre Schulnoten unterhalb des Durchschnitts liegen, sei es, weil sie nicht den Verhaltensnormen entsprechen oder mangelndes Engagement und Interesse zeigen. Da dies zu geminderten Chancen auf dem Arbeitsmarkt und zur Herausbildung weiterer Ungleichheiten führt, soll das Projekt einen Beitrag zur Verbesserung der Lernmotivation leisten. Meine Damen und Herren, Bildung, Wissen und Können unserer Menschen sind unser Kapital.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Kapital müssen wir vermehren, und zwar flächenhaft auf alle Bildungs- und Weiterbildungsträger in Bremen und Bremerhaven. Wenn Wissen so wichtig für den Fortschritt und die Wettbewerbsfähigkeit unseres Bundeslandes ist, dann müssen wir möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern die Teilhabe daran ermöglichen. Das ist unser Standpunkt von sozialer Gerechtigkeit. Unser Ziel ist es, dass möglichst alle jungen Menschen eine abgeschlossene Berufsausbildung erreichen.

(C)

(D)

(A) Meine Damen und Herren, unser bremisches Bildungssystem behauptet sich im Bund-Länder-Vergleich gar nicht so schlecht. Zugegeben, 9,3 Prozent Jugendliche ohne Hauptschulabschluss sind 9,3 Prozent zu viel, aber für ein Scheitern bei Jugendlichen gibt es viele Ursachen. Das liegt beileibe nicht zuerst nur bei der Schule, den Lehrern, kurz beim Schulsystem; Wissen und Können ohne individuelle Anstrengung gibt es eben nicht. Fordern und Fördern müssen allerdings zusammenkommen. Wir wollen daher den Prozentsatz derjenigen Jugendlichen, die ohne Schulabschluss bleiben, über gezielte Förderung nachhaltig senken.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind dabei, dies mit zahlreichen Maßnahmen in die Tat umzusetzen. Ich habe schon auf das BLK-Programm „Lebenslanges Lernen“ verwiesen, das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Schon jetzt zeichnet sich ab, meine Damen und Herren, dass die Absolventen mit mittlerem Abschluss, Realschüler, in den neuen Berufen der Informations- und Kommunikationstechnik sehr gefragt sind. So wie ich das sehe, ist in Bremen und Bremerhaven vieles nicht halb so schlecht, wie es die immer unzufriedenen Schwarzmalers beschreiben.

(Beifall bei der SPD)

(B) Meine Damen und Herren, als ich vor einigen Jahren als Ausbildungsleiter eines großen Energiekonzerns auf einem Berufsbildungskongress sprach, war der Umfang der Berufsschulzeit ein großes Diskussionsthema. Soweit ich heute feststelle und als Mitglied des Beirates für Berufsbildung der Handwerkskammer Bremen weiß, steht dieses Thema zwischen der Wirtschaft und den Berufsschulen nicht mehr im Vordergrund. Wir in Bremen und Bremerhaven haben uns stets darum bemüht, unnötige Fehlzeiten der Auszubildenden im Betrieb zu vermeiden. Ich denke, die Optimierung und Organisation des Berufsschulunterrichts in Bremen und Bremerhaven ist von Wirtschaft, Mittelstand und Handwerk anerkannt.

Das duale System der Ausbildung ist und bleibt die von der Wirtschaft akzeptierte, weltweit anerkannte und deshalb oft kopierte Basis der beruflichen Bildung. Zwei Drittel unserer Jugendlichen durchlaufen diese Bildungseinrichtung. Das duale System, das auf der engen Partnerschaft von Schule und Betrieb beruht, hat sich gut bewährt. Dies gilt es partnerschaftlich zu sichern, indem einerseits die Wirtschaft ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung stellt und andererseits die Berufsschulen flexibel und zügig auf die Veränderungen der Arbeitswelt reagieren.

Der Senat hat mit dem Landesprogramm für Ausbildungspartnerschaften und Lernverbände darauf

reagiert. Sehen lassen kann sich ebenfalls das vom Senat aufgelegte Programm „Lernen mit neuen Medien und Informationstechnologien“, kurz fachkundig LernMIT genannt.

(C)

Meine Damen und Herren, wir alle wissen, dass die neuen Medien eine wichtige Rolle bei der Entwicklung zur lernenden Gesellschaft spielen. Lernen ist für viele zu einem alltäglichen Teil ihrer Arbeit geworden. Lernen wird, weil sich die Alltagswelt durch neue Technologien und das Miteinander verschiedener Kulturen ändert, auch zu einem alltäglichen Teil der Freizeit. Lernen hält Ältere in der Mitte der Gesellschaft. Es ist ein entscheidendes Bindeglied zwischen den Generationen. Lebensumspannendes Lernen ist das Mittel zur Integration unserer Gesellschaft. Längst leisten Nischenanbieter Pionierarbeit in Sachen Telelearning, doch sind es meist nicht die etablierten Bildungsinstitute mit der didaktischen und fachlichen Kompetenz, sondern vielmehr Spezialanbieter, die zwar die technische Kompetenz zur Verwirklichung von Online-Schulungen mitbringen, nicht aber die Beratungs- und Betreuungspotentiale.

In der Antwort des Senats habe ich gelesen, dass der Ausstattungsprozess mit notwendiger Infrastruktur und geeigneten Computersystemen im Jahr 2001 bereits weit vorangeschritten ist. Das hört sich gut an, reicht aber nicht aus. Meine Damen und Herren, wir erwarten vom Senat, dass er hier weiter zulegt.

(D)

Ziel wäre ein Marktplatz für Wissen ganz ohne Zugangsbeschränkungen, für jeden verfügbar und bezahlbar, ein Marktplatz, auf dem sich die Angebote von öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen ergänzen und miteinander konkurrieren, um eine effektive und personalisierte Weiterbildung zu erreichen. Weg von vorgegebenen Berufsbildern hin zu individuellen Qualifikationsprofilen! Hier, meine Damen und Herren, sind die Arbeitsämter mehr denn je gefordert.

Für den Chef von Siemens heißt lebenslanges Lernen, der Mitarbeiter muss nicht nur sein in der Ausbildung erworbenes Wissen permanent aktualisieren, er muss auch neue Qualifikationen hinzu erwerben, um seine Einsatzmöglichkeiten zu verbreitern. Fort- und Weiterbildung werden im Grunde genommen in der Wissensgesellschaft zur Pflicht. Lebensbegleitendes Lernen, so der wissenschaftlich-technische Beirat in seinem Ergebnisbericht Fort- und Weiterbildung, ist Vorsorge zum Erhalt eines qualifizierten, befriedigenden und sicheren Arbeitsplatzes. Vor diesem Hintergrund begrüßt die SPD-Fraktion die Maßnahmen und Aktivitäten des Senats,

(Beifall bei der SPD)

Grundlagen für lebenslanges Lernen in Bremen und Bremerhaven im Bündnis mit zahlreichen Einrich-

(A) tungen, Institutionen, Verbänden, der Wirtschaft und den Gewerkschaften zu schaffen.

Meine Damen und Herren, es ist gut, dass wir so lange auf die Antwort des Senats gewartet haben. Die Antwort kann sich sehen lassen. – Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Hier sind ja jetzt schon zwei sehr programmatische Redebeiträge gehalten worden, ich versuche, mich da etwas anders aufzustellen.

Herr Nalazek hat eben angesprochen, dass die Erstellung der Antwort des Senats etwas länger gedauert hat. Das hat mich auch beschäftigt. Ich habe gehört, es hat für Irritationen gesorgt, dass nicht das Arbeitsressort die Federführung bei der Antwort hatte, sondern das Bildungsressort. Ich finde es als Grüne eigentlich ganz gut, dass das Bildungsressort hier die Federführung hat. Damit schaut man doch deutlich über den Tellerrand hinaus. Das Thema Weiterbildung gehört nach Meinung der Grünen unbedingt zum Bildungsressort und zur Bildungspolitik.

(B) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Frau Dreyer ging wie gewohnt wieder sehr scharf mit der rotgrünen Bundesregierung um. Ich möchte noch einmal sagen, sie ist gar nicht so schlecht, wie sie oft gemacht wird.

(Beifall bei der SPD)

Die Bundesregierung hat eine Trendwende in der Bildungspolitik eingeläutet und hat drastische Kürzungen auch zurückgenommen. Seit dem Jahr 1998 gibt es eine Erhöhung im Weiterbildungstopf. Vorher waren es rund 50 Millionen Euro, im Jahr 2000 waren es 75 Millionen Euro.

Ich verweise auch noch einmal auf das Programm, das vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2004 läuft, nämlich das Programm „Neue Medien in der Bildungspolitik“. Das Programm ist ausgeschrieben worden, um Lernsoftware für Bildungseinrichtungen, Volkshochschulen und eine ganz breite Anzahl von Bildungseinrichtungen zu entwickeln. Das ist doch positiv, und da können sich auch die CDU, die FDP und die PDS doch eigentlich freuen, denn das kommt schließlich allen zugute, wie von der CDU gefordert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

(C) Zum lebenslangen Lernen kann man niemanden verurteilen, auch nicht mit einer Koalitionsvereinbarung. Das ist schon die Überleitung dazu, was wir unter Bildungspolitik der Grünen verstehen. Die Bildungspolitik der Grünen steht für ein entdeckendes und selbständiges Lernen, das Kenntnisse vermittelt und Lernkompetenz aufbaut.

Ausgangspunkt ist der Spaß am Lernen, den alle Bildungseinrichtungen von den Kindergärten über Schule, Berufsschule, Hochschule und Weiterbildungseinrichtungen fördern müssen, denn jedes Kind ist von Natur aus neugierig. Donata Elschenbroich, eine bekannte Jugendforscherin, hat in ihrem Buch „Das Weltwissen der Siebenjährigen“, das nach einem Jahr immer noch in der Bestsellerliste der Sachbücher auf Platz 17 steht, gesagt: Kinder sind hochtourige Lerner, Kinder sind Forscher und Entdecker ihrer Umwelt, sie sind Beziehungslerner. Ich denke, dieser Ansatz muss viel stärker in die Bildungsdebatte einbezogen werden.

Es gilt heute, ich sage einmal, auch nach Pisa, das Thema Erziehung und das Thema Bildungspolitik stärker in einen Zusammenhang zu stellen. Das lebenslange Lernen fängt schon im Mutterleib an, und wesentliche Grundlage ist die Förderung aller Kinder im Kindergarten, denn dort haben die Kinder einen Rechtsanspruch und ein Grundrecht auf Bildung. Das muss schon im Kindergarten eingelöst werden.

(D) (Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn die große Koalition das auch endlich in haushaltspolitische Entscheidungen einmünden lässt, zum Beispiel für einen beitragsfreien Kindergarten, und die Kindergärten als Bildungseinrichtung in unserer Gesellschaft anerkennt, dann würden wir uns als grüne Bürgerschaftsfraktion sehr darüber freuen und sie dabei unterstützen, wie auch immer. Bildung, mein Kollege Dieter Mützelburg hat es mir eben noch einmal gesagt, ist ein Rohstoff in unserer Gesellschaft, und für uns gilt, es muss einen offenen Zugang zum lebensbegleitenden Lernen geben. Weder soziale Lage noch die Erwerbssituation, Alter, Geschlecht oder Herkunft dürfen das Grundrecht jedes Menschen auf Bildung beeinträchtigen.

Das gilt auch für die Zuwanderer, Frau Dreyer. Ich kann mir dieses Land in 20 Jahren nicht ohne Zuwanderung vorstellen. Da haben wir einfach einen politischen Dissens. Die Bundesrepublik und auch Bremen brauchen künftig Zuwanderung, auch der Arbeitsmarkt braucht Zuwanderung. Das hat schließlich auch die Expertenkommission festgestellt.

(Abg. Frau Dreyer [CDU]: Na, wenn wir die Arbeitslosen erst einmal bewältigt haben, reden wir darüber, Frau Stahmann!)

Je höher die schulische beziehungsweise berufliche Qualifikation, das ist immer noch so, desto hö-

(A) her ist die Weiterbildungsbeschäftigung. Geringer Qualifizierte, das ist in Bremen auch noch so, trotz unseres guten Programms „Qualifizierung für den Strukturwandel“, sind immer noch deutlich unterrepräsentiert. Hier muss es eine deutliche Trendwende geben. Die Antwort des Senats verweist auf neue Chancen der Teilhabe, Herr Nalazek hat darauf hingewiesen, durch die neuen Medien. Die kann man allerdings nur nutzen, wenn man es gelernt hat. Herr Lemke hat mit dem LernMIT-Programm einen guten Anfang gemacht, und auch die Kooperation zwischen dem Bildungsressort und der Universität klappt sehr gut. Das habe ich schon oft in vielen Gesprächen gehört.

Ich würde mir allerdings wünschen, dass es zukünftig eine stärkere Kooperation zwischen dem Bereich der Jugendhilfe mit dem Bereich der außerschulischen Jugendbildung und dem Bildungsressort gibt. Die Webpunkte sind ein guter Ansatz. Ich wünsche mir eine deutliche, noch stärkere Öffnung der Webpunkte. In einzelnen Stadtteilen hört man immer wieder Beschwerden, dass die doch nur bis 14 Uhr oder bis 16 Uhr geöffnet haben und die Schulen praktisch gar nicht die versprochenen Öffnungszeiten einhalten.

Wir brauchen auch in der außerschulischen Jugendbildung eine Medienoffensive, eine gezielte Qualifikation und Qualifizierung der Pädagogen dort. Wir brauchen eine Weiterentwicklung von Jugendinformationen. Davon kann auch die Schule profitieren. Jugendhilfe und Schule können gegenseitig voneinander lernen.

(B)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Gerade bei Jugendlichen, denke ich, ist es wichtig, die Selbstlernfähigkeit zu fördern, denn nur, wenn man selbst merkt, man hat etwas davon, dann ist das auch ein innerer Ansporn. Wie gesagt, man kann nicht erzwingen, dass Menschen sich freiwillig für berufliche Qualifizierung anmelden.

Noch einmal drei kleine Punkte! Wir Grünen wünschen uns eine stärkere Teilzeitqualifizierung; um also arbeitsplatznahe Qualifizierung bei gleichzeitiger Teilzeitbeschäftigung zu ermöglichen, soll nach unserer Meinung der Bezug von Teilunterhaltsgeld während der Weiterbildung in Teilzeit erleichtert werden. Das kommt besonders Frauen und auch Familien zugute.

Zweitens ist uns daran gelegen, dass Bildungsabschlüsse künftig nicht nur national anerkannt werden, sondern es eine europaweite Verständigung über die Bildungsabschlüsse gibt, europaweit eine Zertifizierung stattfinden muss. Die Grünen arbeiten derzeit daran, die Rahmenvoraussetzungen dafür zu schaffen. Ich finde, das ist ein guter Ansatz. Bremen sollte sich auch in diese Debatte einschalten, denn nur mit europäischen Bildungsabschlüs-

sen kann Bremen künftig als Standort und auch die Jugendlichen und die jungen Menschen, die hier lernen und arbeiten, können nur dann am europäischen Arbeitsmarkt konkurrieren.

(C)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Qualifizierungsprogramme des Arbeitsressorts muss ich Ihnen nicht vorstellen, die haben wir hier häufig debattiert, die sind gut. Wir diskutieren auch häufiger in der Arbeitsdeputation darüber. Ich glaube, Bremen kann davon profitieren. Mit einem guten Bildungsangebot für Kinder, für Berufstätige, auch für Arbeitslose und für Zugewanderte kann Bremen sich in der Bundesrepublik und in Europa als Wissenschafts- und Bildungsstandort profilieren. Wir wollen das weiter unterstützen und freuen uns über eine Debatte, ich habe es vorhin schon einmal gesagt, über den Bereich der Kindergärten und das Thema Erziehung und Bildung. Da wünschen wir uns eine ganz große, offene Bildungsdebatte, an der sich hier alle Fraktionen im Haus beteiligen. – Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Das Wort erhält Herr Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Tat habe ich nicht sehr viele Widersprüche in den Debattenbeiträgen feststellen können. Das ist ja auch einmal ganz gut, wenn es um Bildung geht und es ansonsten in diesen Fragen ja manchmal sehr hoch hergeht.

(D)

(Präsident W e b e r übernimmt wieder den Vorsitz.)

Ich habe allerdings dennoch zu fünf Punkten aus meiner Sicht etwas hinzuzufügen. Ich finde, und da stimme ich Frau Stahmann zu, das lebenslange Lernen muss bereits im Elementarbereich beginnen. Wir können gar nicht früh genug anfangen, den Kindern und Jugendlichen das selbstverantwortliche Lernen beizubringen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn die Kinder und Jugendlichen das möglichst früh mitbekommen, zehren sie dann, wenn es gut läuft, das ganze Leben davon. Wie wichtig das gerade jetzt ist, wissen wir alle, da wir täglich mit diesen schweren Arbeitsmarktproblemen konfrontiert sind und erleben, wie schnell neue Berufe entstehen und auf einmal wieder überhaupt nicht weiter existieren. Das erfordert von unseren Schülern, den späteren Erwerbstätigen, natürlich eine hohe Flexibilität und eine hohe Mobilität, sowohl im Geistigen

(A) als auch im Tatsächlichen, dass man sich nicht abschrecken lässt, wenn der Arbeitsplatz, der einem angeboten wird, etwas weiter entfernt ist, sondern dass man sagt, jawohl, ich habe gelernt, noch die Dinge hinzuzulernen, die ich lernen muss, um diesen Arbeitsplatz zu bekommen, und ich lasse mich auch nicht abschrecken, wenn dieser Arbeitsplatz nicht in der für mich bequemen Erreichbarkeit vorhanden ist, wie ich das vielleicht gewohnt bin! Diese Flexibilität und Mobilität der Menschen ist für mich auch zusätzlich zu erlernen und unter dem großen Begriff des lebenslangen Lernens zu üben.

Es ist auch, das ist ein ganz wesentliches Problem, die Vernetzung aller Beteiligten angesprochen worden. Es ist von der Wirtschaft gesprochen worden. Natürlich sind alle Bildungsträger gemeint. Natürlich sind auch die Behörden, die einzelnen Ressorts gemeint: Soziales, was den Elementarbereich angeht, die Jugendhilfe, der Bildungsbereich, aber auch die Kooperation zwischen der Schule und der Hochschule sind sehr wesentlich. Frau Stahmann, Sie haben das eben ausdrücklich gelobt. Ich will das auch ausdrücklich positiv darstellen.

(B) Als ich vor zweieinhalb Jahren im allerersten Gespräch mit den Rektoren der Universität und Hochschulen zusammengekommen bin, haben sie die mangelhafte Ausbildungsfähigkeit unserer Studenten beklagt. Ich habe beklagt, dass es eine sehr mangelhafte Kooperation zwischen unseren Schulen und der Universität und den Hochschulen gibt. Wenn Sie heute beobachten, über was wir informiert werden, zum Beispiel über die Tageszeitungen oder die anderen Medien, über Kooperationsmodelle zwischen den Hochschulen und den Schulen, und wenn Sie dann gleichzeitig zur Kenntnis nehmen, dass die Anwahl zum Beispiel im Bereich der Naturwissenschaften, der Leistungskurse in der gymnasialen Oberstufe im letzten Schuljahr deutlich höher liegt als in den Vorjahren, dann glaube ich, dass die Hochschulen und die Universität, wenn sie die Schulen im Bereich Chemie, Physik, Mathematik, in all dem, was jetzt um das Universum an attraktiven Angeboten für die Schüler entstanden ist, betrachten, dass wir in der Tat auf einem guten Weg sind.

Dennoch, insofern haben Sie durchaus Recht, kann man stets besser werden, und wir dürfen uns darauf nicht ausruhen, gar keine Frage. Ich denke aber, dass wir in diesem Bereich, und das hat ja eigentlich auch die Debatte ergeben, nicht so schlecht sind. Wir sind da ganz gut positioniert.

In der Tat wünschte ich mir aber eine noch größere Verzahnung, eine größere Vernetzung, und ich wünsche mir daraus ableitend natürlich auch eine bessere Information und Beratung der Betroffenen, damit sie die vielfältigen Angebote auch wirklich wahrnehmen, denn die Angebote sind ohne Frage vorhanden. Ich sehe allerdings nicht, dass sie auch

wirklich so angenommen und umgesetzt werden, wie ich mir das wünsche. (C)

Ein letzter Punkt! Die neuen Medien sind angesprochen worden. Für mich ist einer der ganz wichtigen Punkte, es hier nicht zu einer digitalen Spaltung im Lande Bremen kommen zu lassen. Hier brauchen Sie keine Sorge zu haben, meine Damen und Herren! Durch das vom Parlament zur Verfügung gestellte und von uns im LernMIT-Projekt umgesetzte Programm erreichen wir genau das, was Sie gefordert haben.

Wir haben jetzt mittlerweile über 30 Webpunkte. Wenn es entsprechende Hinweise gibt, dass die nur bis 14 Uhr geöffnet sind, informieren Sie mich bitte, dann gehe ich in die Schulen! Das lasse ich nicht zu, denn das ist ja genau der Ansatz, dass wir gesagt haben, wenn wir modernst ausgestattete Räume haben, wirklich freundlich einladende Webpunkte, unter anderem auch mit der Unterstützung eines großen Telekommunikationssponsors, wenn wir diese Möglichkeit haben, dann dürfen diese Räume natürlich nicht um 13 Uhr oder 14 Uhr geschlossen werden, sondern die sollen natürlich für den Stadtteil bis in die Abendstunden geöffnet werden. Wie ich weiß, wird das auch sehr gut wahrgenommen. Ich bekomme das jedenfalls auch immer wieder so mitgeteilt.

(D) Das erreicht, meine Damen und Herren, genau all die vielen Bürgerinnen und Bürger, angefangen vom Grundschulbereich, die in die Sek-I-Schule gehen, um nachmittags dort von den Scouts, von den Schülern der neunten und zehnten Klassen dann eine Einführung in die Arbeit mit dem Computer zu bekommen, das geht ja soweit, dass die Scouts die Senioren unterrichten. Eine großartige Geschichte, die ich nicht nur unter dem Begriff lebenslanges Lernen sehe, sondern auch hinsichtlich sozialer Kontakte, die dann endlich wieder zwischen Jung und Alt hergestellt werden. Da brauchen die Rentner keine Angst zu haben, wenn die Deutschrussen ihnen irgendwo auf der Straße begegnen. Die kennen sie dann und sagen, hallo, Igor, hallo, Vladimir! Genau das finde ich Klasse, und deshalb stehe ich auch hundertprozentig hinter diesem Projekt, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD, bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aussprache geschlossen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats, Drucksachen-Nummer 15/1073, auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Kenntnis.

(A) Konsequenzen aus der internationalen Pisa-Vergleichsuntersuchung für Bremen ziehen

Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 24. Januar 2002
(Drucksache 15/1045)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 12. März 2002

(Drucksache 15/1094)

Wir verbinden hiermit:

Konsequenz aus Pisa – Schule ohne Sitzenbleiben

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 12. Februar 2002
(Drucksache 15/1062)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Lemke.

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Herr Senator, ich gehe davon aus, dass Sie darauf verzichten.

Meine Damen und Herren, wir treten dann in eine Aussprache ein.

(B) Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Hövelmann.

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Pisa zeigt, dass unsere Schulen im internationalen Vergleich nicht mithalten können. Wir sind, wie Sie alle wissen und wie wir es hier auch schon diskutiert haben, nicht nur erschreckend ungerecht, sondern wir sind auch nur mittelmäßig. Damit können wir uns natürlich nicht zufrieden geben. Wir Sozialdemokraten stellen uns den Ergebnissen dieser Studie. Wir verlangen Konsequenzen.

Diese Konsequenzen, das mit einem freundlichen Lächeln zum Koalitionspartner, werden natürlich auch als Ergebnis des runden Tisches Bildung gezogen, der gebildet wird. Wir begrüßen sehr, dass der Senator hierzu Bildungsexperten, Wissenschaftler und gesellschaftlich relevante Kräfte eingeladen hat. Trotzdem dürfen wir keine Zeit vertun und sagen, ein halbes Jahr, ein dreiviertel Jahr ist hier Stillstand der pädagogischen Debatte.

Herr Rohmeyer, ich weiß, Sie werden sagen, wir müssen die Pisa-E-Studie abwarten et cetera.

(Abg. R o h m e y e r [CDU]: Das sagt der Senat, Frau Hövelmann!)

Nichtsdestoweniger sagt der Senat allerdings auch, dass er Maßnahmen ergriffen hat. Das haben wir

übrigens auch schon in guter Eintracht in der Bildungsdeputation beschlossen.

(C)

(Abg. R o h m e y e r [CDU]: Die waren ja auch unstrittig!)

Die Punkte, die für mich heute im Zentrum der Debatte stehen, sind im Prinzip drei: der erste, die Verbindung der vorschulischen Bildung und Erziehung, der zweite, besondere Fördermaßnahmen in der Grundschule, und der dritte Punkt ist, das wird hier im Hause und auch außerhalb des Hauses niemanden verwundern, die Einrichtung von Ganztagsgrundschulen jetzt auch in Bremen.

Meine Damen und Herren, ich habe es gesagt, die Pisa-Studie wird die Gesellschaft verändern, und die Pisa-Studie betrifft nicht nur die Schulen. Unsere gerade gewählte Jugendsenatorin Karin Röpke hat in einem „Weser-Report“-Interview ja bereits deutlich gemacht, dass sie hier einen Schwerpunkt setzen wird. Die SPD-Fraktion hat gerade auch für diesen Punkt, für die, Frau Stahmann, notwendige engere Verbindung dieser beiden Bereiche, eine Große Anfrage an den Senat gerichtet, damit die Probleme und Erfordernisse der vorschulischen Bildung und Erziehung angesprochen werden, damit wir ein durchgängiges Curriculum entwickeln können und damit der Elementarbereich besser mit den pädagogischen Konzepten der KTH und der Grundschulen verknüpft wird.

(D)

Was im ersten Schuljahr nicht wirklich geleistet wird, ist später nicht mehr aufzuholen, meine Damen und Herren. Um soziale Unterschiede auszugleichen, müssen wir zukünftig viel früher, nämlich schon vor dem Eintritt in die Grundschule, ansetzen.

Zur Sprachförderung, Herr Rohmeyer, haben wir in der Bildungsdeputation ja schon Entscheidungen getroffen.

(Abg. R o h m e y e r [CDU]: Auf unseren Vorschlag!)

Ich finde es sehr erfreulich, Herr Senator, dass der Senat jetzt schon im Herbst 2002 ein Verfahren einsetzen wird, um festzustellen, was die Kinder an deutschen Sprachkenntnissen mitbringen, was sie also können. Das ist richtig und wichtig, denn Pisa hat uns gezeigt, dass ohne ausreichende Sprachkenntnisse der Lernprozess sehr verzögert ist.

Die Punkte, die mich besonders bedrücken, sind die Ungerechtigkeit unseres Schulsystems und die Integrationspolitik, die ihr Ziel bisher verfehlt hat. Ich möchte es an dieser Stelle noch einmal sagen, damit wir auch alle wissen, wie hoch wir in der Verantwortung stehen, nirgends sonst ist das Leistungsniveau derart stark von der sozialen Herkunft bestimmt. Ich habe es in der letzten Debatte gesagt,

- (A) und ich werde es möglicherweise auch noch einmal in der nächsten Debatte sagen: In keinem anderen Land ist der Lebensweg so abhängig vom Elternhaus. Ein Kind, das in einer Arbeiterfamilie ist, hat bei gleicher Leistung die viermal geringere Chance, das Abitur zu machen, als ein Kind aus einem bürgerlichen Umfeld. Das können wir nicht hinnehmen!

(Beifall bei der SPD)

Die frühe Verteilung und Aufteilung im Schulsystem, und hier, Herr Mützelburg, binde ich Ihren Antrag ein, verstärkt die Chancenungleichheit noch weiter. Das bei deutschen Lehrern und bei deutschen Schulen augenscheinlich so beliebte Sitzenbleiben ist nicht nur sehr teuer – ich habe nachgelesen, das Sitzenbleiben kostet pro Jahr 850 Millionen Euro in Deutschland, ich bin sicher, das Geld kann man sehr viel besser für individuelle Förderung anlegen –,

(Beifall bei der SPD)

sondern das Sitzenbleiben bringt auch nichts für den individuellen Lernfortschritt des Jugendlichen oder des Kindes, das zurückgestuft wird. Wir schlagen vor, dieses Thema am runden Tisch weiter zu bearbeiten.

Meine Damen und Herren, ein Viertel der heranwachsenden jungen Menschen in Deutschland wird vermutlich den Anschluss, den für sie befriedigenden, sie individuell ausfüllenden Anschluss an die Gesellschaft, an die Herausforderung in Familie und Beruf nicht schaffen. Auch dies ist eine Botschaft von Pisa, und auch dies, Herr Rohmeyer, ist ein Grund, warum wir jetzt nicht sagen können, warten wir einmal ab, was hier herauskommt! Das bedeutet, wir müssen jetzt schon in den Schulen die Debatten führen,

- (B)

(Abg. R o h m e y e r [CDU]: Wir debattieren doch!)

wir müssen die Lehrkräfte sensibilisieren, und wir müssen dafür sorgen, dass diese Jugendlichen nicht im Abseits landen, denn das ist nicht nur für die einzelnen Jugendlichen dramatisch, sondern es bedroht auch unsere gesamte Gesellschaft.

Unbestritten brauchen wir hier in Bremen den Einstieg in Ganztagsgrundschulen. Wir führen dazu schon zahlreiche Gespräche. Ich verrate auch kein Geheimnis, wenn ich Ihnen sage, dass die Bereitschaft, sich auf dieses Projekt einzulassen, im KTH-Bereich und im Schulbereich sehr groß ist. Wir machen das zusammen mit dem Bereich Jugend. Kollege Pietrzok und ich sagen hier auch schon von dieser Stelle an die Kolleginnen und Kollegen aus den KTH sehr deutlich, wir fühlen uns verpflichtet, dass beide Seiten von dieser Kooperation profitieren. Wir wollen zwei Gewinner, und wir wollen keine feindliche Übernahme der einen oder der anderen Seite.

(Beifall bei der SPD)

Sie können sich darauf verlassen! Ich bedanke mich ausdrücklich dafür, dass erfreulich viele Horte und Grundschulen die Zeichen der Zeit erkannt haben und auch heute schon eng kooperieren.

(C)

Ein wesentlicher Punkt, den ich kurz ansprechen will, der wird uns ja noch lange verfolgen, ist die Qualität des Unterrichts. Herr Senator, ich weiß, es gibt eine Qualitätssicherungsstabsstelle bei Ihnen im Haus. Ich möchte hier ausdrücklich sagen, dass der Ansatz der Vergleichsarbeiten, den Sie gewählt haben, von uns unterstützt wird. Es ist nämlich etwas anderes, Herr Rohmeyer, ob man sagt, das Ganze passiert am Ende der zehnten Klasse mit einer Abschlussprüfung, quasi wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist, oder ob man sagt, wir betrachten die Leistungen bereits in der dritten Klasse. Da kann man noch nachsteuern, da kann man noch sagen, wie man zu besseren Ergebnissen kommen will.

Wir vergleichen in der sechsten Klasse und in der neunten Klasse, denn unser Ziel muss es ja nicht sein, am Ende durch zentrale Abschlussarbeiten festzustellen und wieder auszusortieren: du nicht, du nicht, sitzen geblieben, noch einmal, schaffst es eh nicht! Unser Ziel muss es sein, frühzeitig eingzugreifen und frühzeitig dafür zu sorgen, dass die Jugendlichen zu einem Abschluss kommen, und zwar so viele wie möglich und zu dem höchstmöglichen Abschluss.

(Beifall bei der SPD)

Fördern und Fordern ist die Devise. Wir müssen das sehr ernst nehmen. Das bedeutet aber auch, dass dieser tonangebende Takt für alle Beteiligten gilt. Schule und Lehrer dürfen nicht verantwortlich gemacht werden für alles, was in der Schule oder bei den Jugendlichen schlecht läuft. Schule ist nicht der Reparaturbetrieb der Gesellschaft.

(D)

Ich habe gesagt, die ganze Gesellschaft muss ihren Anteil leisten, ebenso auch die Eltern. Gerade das Lesen ist im höchsten Maße vom Elternhaus geprägt. Wie soll ein Kind Zugang zu Büchern finden, wenn die Eltern hierbei kein Vorbild sind? Grundsätzlich brauchen wir also eine andere Kultur des Lernens und auch eine andere Wertschätzung von Bildung in der Gesellschaft. Ich sage deutlich, hier sind die Eltern gefordert. Man kann nicht über Pisa jammern und die Kinder dann jeden Nachmittag pausenlos in die Spaßgesellschaft verplanen. Erziehung und Bildung fangen im Elternhaus an. Das bedeutet auch, dass den Jugendlichen klar sein muss, dass sie sich individuell anstrengen müssen.

Ich darf Ihnen von der Podiumsdiskussion berichten, die wir vor ein paar Tagen am Rübekamp hatten. Ich fand es ganz charmant, wie ein Jugendlicher, der sehr engagiert und profiliert auftrat, sagte: Na ja, das ist doch ganz klar, das wissen wir doch alle, dass wir alle ein bisschen faul sind und mehr tun könnten! Das bedeutet, erst kommt die Pflicht, und dann kommt die Kür. Hierbei darf in den Schu-

(A) len natürlich auch nicht das Kurzprogramm angeboten werden und Unterricht ausfallen.

Ich komme zum Schluss, meine Damen und Herren! Der Wettbewerb unseres Landes oder die Zukunft unseres Landes entscheidet sich im Wettbewerb um die Köpfe. Herr Eckhoff, Sie haben es gestern so treffend gesagt, als wir die Debatte um Kultur geführt haben, und ich zitiere Sie sinngemäß: Bei allen Bedarfen müssen wir noch zusätzliche Mittel übrig behalten, um Antworten auf die Pisa-Fragen bereitstellen zu können. Das war wohl gesprochen! Wir stimmen da mit Ihnen überein.

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Das ist aber eine sehr freie Übersetzung!)

Ich habe es mitgeschrieben, und ich gehe davon aus, dass Sie das so gemeint haben, auch in Ihrer Verantwortung für den Bereich Bildung und die Kinder und Jugendlichen in dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Von daher wollte ich Sie jetzt sehr ernsthaft nicht nur mit ins Boot nehmen, sondern mich ausdrücklich bedanken. Ich habe mich darüber gefreut, dass Sie in dieser Debatte, in der Sie einen CDU-Senator verteidigt haben,

(B) (Glocke)

auch an diesen Bereich gedacht haben.

Nun also, meine Damen und Herren, Butter bei die Fische! Ein Anfang ist zu machen, und wir treffen uns hier weiter zu diesem Thema. – Danke schön!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Rohmeyer.

Abg. **Rohmeyer** (CDU *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frei nach Herrn Dr. Güldner stehe ich jetzt hier und gebe meine merkwürdigen Ansichten zur Bildungspolitik wieder, die aber insgesamt von der CDU und von einem Großteil der Bevölkerung in Bremen und Bremerhaven getragen werden. Herr Dr. Güldner, das ist der Unterschied zwischen Ihrer und unserer Politik. Unsere hat eine Mehrheit, Ihre nicht!

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben hier heute die Große Anfrage „Konsequenzen aus der Pisa-Studie ziehen“. Ich stelle fest, wir haben in der Bremi-

*) Vom Redner nicht überprüft.

schen Bürgerschaft keinen neuen Sachstand gegenüber der Aktuellen Stunde im Dezember außer einem bemerkenswerten Tatbestand. Es ist eine Ergänzung in der Antwort des Senats vorgenommen worden – Sie haben das eben ganz charmant versucht zu übertünchen, Frau Hövelmann –,

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Sie interpretieren flach!)

indem gesagt wird, es gibt jetzt einen runden Tisch Bildung, und der Senat und Bremen warten das Ergebnis der Pisa-E-Studie ab. Das war das, was Sie vor noch gar nicht allzu langer Zeit hier kräftig kritisiert haben. Falsch und verantwortungslos haben Sie es in der „Welt“ genannt. Senator Lemke hat die CDU am 24. Januar 2002 auch als Verweigerer in der Presse attackiert. Wir haben uns alle sehr gewundert, was der Senator und Sie denn hatten. Heute stelle ich fest, Sie sind auf CDU-Kurs eingeschwenkt. Ich danke Ihnen schon einmal dafür, Frau Hövelmann!

(Beifall bei der CDU – Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Das ist doch Kaffeesatzleserei!)

Wir stellen als Resultat fest, wir warten die Pisa-Ergänzungsstudie ab und ziehen dann die Konsequenzen für Bremen. Nichtsdestoweniger werden wir am runden Tisch Bildung diskutieren, und ich darf das, ich denke, auch in Ihrem Namen, kurz zu den Grünen sagen, wir werden den Antrag der Grünen hier heute ablehnen, das Thema allerdings, weil es Bestandteil der Pisa-Debatte ist, im Rahmen der Debatte am runden Tisch Bildung wieder aufgreifen.

Ich möchte noch kurz etwas zur Vorlage der Pisa-Ergänzungsstudie sagen, weil auch das zur Wahrheit in der Debatte um Pisa und die Ergebnisse gehört! Ursprünglich sollte die Pisa-Ergänzungsstudie, die auch vom Max-Planck-Institut im Auftrag der Kultusministerkonferenz ausgewertet wird, im Juni 2002 vorgestellt werden. Auf Betreiben sozialdemokratischer Landesregierungen findet jetzt eine Aufspaltung der Vorstellung der Pisa-Ergänzungsstudie statt, und zwar dergestalt, dass im Sommer einige Ergebnisse vorgestellt werden, aber erst am 30. November 2002, nach der Bundestagswahl, die Ergebnisse vorgestellt werden, die aussagekräftig sind. Hier haben sich insbesondere Niedersachsen – da hat einmal jemand regiert, der zurzeit noch Kanzler ist – und Nordrhein-Westfalen, sozialdemokratisch regiertes Bundesland – ,

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Werden Sie doch einmal ein bisschen inhaltlich!)

Ich bin inhaltlich, Frau Hövelmann! Ich sage Ihnen nur, was auch zur Pisa-Debatte gehört, was Sie hier eben verschwiegen haben. Ich frage mich schon,

(C)

(D)

(A) warum diese Ergänzungsstudie jetzt aufgeteilt worden ist, denn die Karten hätten auch im Sommer auf den Tisch gelegt werden können. Das können Sie aber ja vielleicht in einem zweiten Redebeitrag noch erklären, Frau Hövelmann!

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Bestimmt nicht!)

Es ist völlig unstrittig, was wir in Bremen zur Einführung der Ganztagsangebote getan und, übrigens schon vor Vorlage der Pisa-Studie, auf den Weg gebracht haben. Auch unsere Sprachförderung entspricht dem, was die Kultusministerkonferenz in einem ersten Sofortprogramm im Dezember 2001 beschlossen hat, Herr Senator Lemke. Die CDU hatte Ihnen dort auch volle Unterstützung signalisiert. Stichwort: Vieles davon ist reines Verwaltungshandeln des Senators für Bildung hier in Bremen. Darüber hinaus werden wir weitere Schritte debattieren müssen.

Frau Hövelmann, Sie haben jetzt Ganztagsgrundschulen angesprochen. Ganztagsgrundschule haben Sie es genannt. Prinzipiell werden wir uns über weitere Ganztagsangebote an Schulen, aber auch Ganztagschulen insgesamt, also eine integrale Verzahnung von Schule und Betreuung, und Auflösung der bisherigen Halbtagsschule unterhalten müssen. Dies ist genau zu prüfen, weil wir hierfür nicht einfach so einmal eben ein oder zwei neue Modelle in die Welt setzen können. Hier brauchen wir ein völlig neues Konzept.

(B)

Ich warne davor, Erwartungen dergestalt zu wecken, dass Eltern auf die Idee kommen könnten, um 7.30 Uhr geben sie ihr Kind morgens in der Schule ab, und um 17 Uhr holen sie es dann wieder ab. Die Elternhäuser müssen hier einbezogen werden. Ich habe voller Erstaunen und auch Freude vernommen, dass Sie die Bedeutung der Elternhäuser erkannt haben.

(Abg. Frau H ö v e l m a n n [SPD]: Ich habe schließlich zwei Kinder!)

Das war nicht immer so in der SPD-Politik.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Wir brauchen eine Verzahnung des vorschulischen Bereichs mit der Schule, meine Damen und Herren. Dies ist völlig unstrittig. Wir brauchen in diesem Bereich eine enge Kooperation der Häuser Jugend, Soziales und Bildung, und dazu habe ich auch in der Aktuellen Stunde im Dezember schon etwas gesagt. Wir haben hier auch in der letzten Zeit negative Beispiele gehabt. Ich darf an die Einführung der verlässlichen Grundschule erinnern, als sich die Häuser wie feindliche Häuser gegenüberstanden. Ich habe die große Hoffnung, dass hier der Kinder-

garten auch eine neue Rolle bekommt oder seine Rolle verstärkt wird, die darauf hinführt, dass eben Defizite, die sonst in der Schule aufbereitet werden müssen, schon im Kindergarten erkannt und gelöst werden.

(C)

(Abg. Frau M ö b i u s [SPD]: Schön, dass Sie auch schon dahinter gekommen sind!)

Frau Möbius, dahinter bin ich nicht jetzt erst gekommen, dass dieser Bereich in Zukunft eine wichtige Rolle bekommt!

Dazu gehört die Sprachstandsuntersuchung, die wir in der Bildungsdeputation auf den Weg gebracht haben, dazu gehört aber auch, sich Gedanken zu machen, dass die Rolle der Erzieherinnen und Erzieher nicht so bleiben kann wie bisher. Es muss sich auch die Ausbildung dieser Erzieherinnen und Erzieher zum Beispiel ändern.

Die Rolle der Grundschule, und das hat auch die Kollegin Dreyer in der Debatte über das lebenslange Lernen schon angesprochen, wird sich grundlegend ändern. Die Grundschule muss die Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen vermitteln, meine Damen und Herren. Ich sage Ihnen auch ganz klar, wer die deutsche Sprache nicht beherrscht, der darf auch nicht die Klasse vier verlassen und in die weiterführenden Schulen kommen. Da unterscheiden wir uns im Übrigen auch, Frau Hövelmann. Sie haben die sechsjährige Grundschule in Bremen propagiert. Die sechsjährige Grundschule hatten wir schon einmal in Bremen, und ein SPD-Bildungssektor hat sie im Übrigen auch abgeschafft, meine Damen und Herren von der SPD.

(D)

Wir wollen hier nicht die ollen Kamellen wieder aufwärmen, die Sie vor Jahren schon selbst abgelegt haben. Wir stehen für eine vierjährige Primarstufe, an die sich dann ein begabungsgerechtes gegliedertes Schulwesen anschließt, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Dazu gehört aber auch, dass in der Grundschule zum Beispiel die Förderung von Ausdauer, Arbeits- und Lerntechniken gegeben ist, dass in der Grundschule auch Neugier und Lernfreude, übrigens auch schon im Kindergarten, geweckt und gestärkt werden, dass aber auch auf Anstrengung und Leistung entsprechend hingeführt wird. Dazu gehört auch, dass in der Grundschule ganz klar Zensuren vergeben werden. Einfache Leistungsbeurteilungen, etwas butterweich verpackt, helfen niemandem, meine Damen und Herren, und auch viele Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer vertreten diese Auffassung, die sich allerdings deutlich von denen der Altachtundsechziger unterscheidet.

(Abg. Frau H a m m e r s t r ö m [SPD]: Da hat nicht einmal Ihre CDU geklatscht!)

(A) Pisa hat uns eine Debatte beschert, in der viele sagen, schauen wir einmal nach Finnland und nach Skandinavien. Meine Damen und Herren, wir können nur davor warnen, ganz einfach in den Norden Skandinaviens, einem nicht ganz so dicht besiedelten Gebiet, zu schauen und zu sagen, das Schulsystem von dort übernehmen wir. Das hat gesellschaftspolitische Gründe, dass dort zum Beispiel integrierte Systeme sind und dass die Kinder den ganzen Tag in der Schule sind. Ich weiß, dass Sie den Vorstoß immer wieder unternehmen werden, meine Damen und Herren. Wir sagen Ihnen ganz klar, unterlassen Sie es! Wir werden es allerdings auch noch beim runden Tisch Bildung entsprechend debattieren.

Ein wesentlicher Bestandteil, den ich jetzt noch kurz zum Schluss anbringen möchte, ist die Lehrerausbildung. Hier müssen wir zu neuen Ausbildungsformen kommen. Wir müssen uns Gedanken machen, ob das Referendariat in der bisherigen Form noch zeitgemäß ist. Wir halten hier, und das wollen wir dann beim runden Tisch einbringen, verschiedene neue Modelle zumindest für prüfenswert, Herr Senator. Das heißt, wir müssen uns zum Beispiel Gedanken machen, ob es nicht eine mehrjährige betreute Einführungsphase an den Schulen geben soll. Die Situation ist doch heute so, ein junger Lehrer kommt in ein Kollegium und ist dort ziemlich schnell assimiliert, weil dort auch viele frustrierte Kollegen sind.

(B) Meine Damen und Herren, es kann nicht sein, wenn wir junge Lehrerinnen und Lehrer einstellen, dass diese dann nicht die entsprechende Fort- und Weiterbildung erfahren. Die Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften ist auch ein Bestandteil der Debatte, die wir zuvor zum lebenslangen Lernen hatten. Nur, es ist ein wichtiger Bereich, weil wir Lehrerinnen und Lehrer nicht 20, 30 Jahre lang ohne eine entsprechende verpflichtende Fort- und Weiterbildung hier im Schulsystem halten können.

In diesem Zusammenhang darf ich auch noch einmal sagen, Herr Senator, die Präsenztagerregelung ist in diesem Fall sicherlich ein richtiger Schritt. Wir müssen hier noch verbindliche Elemente haben. Wir sind heute leider nicht mehr in der Fragestunde zum Vorgang Bad Bederkesa gekommen, wo ja eine integrierte Stadtteilschule hier in Bremen Unterricht ausfallen lässt, damit die Lehrerinnen und Lehrer eine Fortbildungsveranstaltung machen können. Hier sage ich Ihnen ganz klar, das darf nicht zu Lasten der Schülerinnen und Schüler gehen.

In dem Zusammenhang darf ich Ihnen auch sagen, dass ich es unerträglich finde, wenn hier heute Lehrer durch die Stadt spazieren, egal, was ihr Anliegen ist, meine Damen und Herren. Der Unterricht ist heute an vielen Bremer Schulen ausgefallen, und wenn Lehrerinnen und Lehrer demonstrieren wollen, hätten sie das hier auch heute Nachmittag machen können. – Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Mützelburg. (C)

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Ergebnisse der Pisa-Studie und die Diskussion über die Pisa-Studie, wie sie in der Bundesrepublik in den letzten Monaten verlaufen ist, zeigen für Bündnis 90/Die Grünen, dass es hier eine große Chance gibt, in der Bildungspolitik endlich nach vielen Jahren des Stillstands und des Herumwerkeln tatsächlich neue und große Schritte zu tun, die dringend notwendig sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Gerade weil die Ergebnisse von Pisa so sind, dass sie uns, nachdem wir jetzt ein Vierteljahr diskutiert haben, schon eine Menge Fingerzeige geben, wo wir anfangen müssen, gerade deshalb, Herr Rohmeyer, ist Ihr Beitrag völlig unverständlich.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Der sagt nämlich vertagen, vertagen, vertagen. Wir können uns hier keine Koalition der Bildungsblockade leisten. Bremen kann sich das nicht leisten und eigentlich auch die Bundesrepublik nicht, und vor allen Dingen können sich das unsere Kinder nicht leisten. Um die geht es nämlich hierbei! Jede Änderung, die wir heute beginnen, wirkt sich vielleicht erst in zehn, vielleicht erst in 15 Jahren aus. Das ist eine lange Zeit. Hier geht es um schnelle Taten, aber nicht um kurzfristige Erfolge, mit denen man sich schmücken kann, Herr Rohmeyer. (D)

Dazu noch als Letztes: Es nervt mich hier ziemlich, wenn Sie in einer Debatte, die uns gerade neue Wege eröffnen soll, sich erstens weigern, auch nur über die Grenzen zu schauen, die Kultur des Wegschauens ist zwar eine bekannte in Deutschland, aber die hat hier in der Bildungspolitik überhaupt nichts zu suchen, und es schreckt mich zweitens noch mehr, wenn Sie die ältesten Hüte wieder aus der Tasche ziehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Das Reiten von Steckenpferden, Herr Rohmeyer, ist noch keine Bewegung!

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, vielleicht liegt es ja an Herrn Rohmeyer, vielleicht liegt es aber doch auch

*) Vom Redner nicht überprüft.

(A) an der Politik des Senats insgesamt, dass Frau Hövelmann sich auf wenige Punkte beschränken musste. Ich sage, wir haben eine ganze Menge Punkte, in denen wir heute, auch wenn wir die Details über Bremen noch nicht kennen, anfangen können. Glücklicherweise herrscht hier ja wenigstens Einverständnis darüber, dass der Kindergarten künftig ein Teil des Bildungssystems sein soll. Packen wir es doch jetzt an! Das kann auch nur von unten angepackt werden, nämlich mit den Erzieherinnen und den Grundschullehrerinnen, wo der Übergang gemeinsam geleistet werden muss.

Ich fordere Sie auf, Herr Senator Lemke, fördern Sie aktiv durch Ausschreibungen, durch Preise die Kindergärten und die Schulen, die sich zusammenschließen, Partnerschaften bilden wollen, so dass gemeinsam früheres Lernen, und zwar nicht nur Sprachlernen, Sprachfähigkeit, sondern es geht genauso um Bewegung und Bewegungskönnen bei den Kindern, ermöglicht wird!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das zu ermöglichen wäre ein Ansatz, um hier jetzt schnell einen Schritt voranzukommen, ehe Kommissionen schon Lehrpläne und so etwas erarbeitet haben, das dauert.

(B) In dem Zusammenhang, Herr Rohmeyer: Es ist sicherlich richtig, dass das Sozialressort und das Bildungsressort sich in vielen Punkten bekriegen und dass da auf der einen Seite ein Standesdünkel und auf der anderen Seite Zu-kurz-gekommen-Sein manchmal eine Rolle spielen. Dennoch, die vielen Kindergärtnerinnen, Erzieherinnen, die weit schlechter bezahlt sind als die Lehrerinnen und Lehrer in der Schule, würde ich hier nicht pauschal einfach in einen Topf werfen und sagen, die können einander nicht ab. Wir müssen es fördern, dass sie einander abkönnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. R o h m e y e r [CDU]:
Das habe ich nicht gesagt!)

Ein wichtiger Punkt, mit dem wir jetzt anfangen könnten, ist, dass die Pisa-Studie ja gezeigt hat, dass in den deutschen Schulen die Kinder früh ausgelesen und sortiert werden und dass es bei uns in der Schule nicht das gibt, was man so in der Bildungssprache Heterogenität nennt, also Vielfalt in den Schulen von den Lehrerinnen und Lehrern akzeptiert wird, sondern die Lehrerinnen und Lehrer immer glauben, sie haben die falschen Schüler. Das ergibt sich ja aus Pisa. Was kann man aber dazu tun? Die Lehrerinnen und Lehrer sind überfordert, das muss man ja zugeben, wenn man in der Grundschule in einer Klasse steht, in denen Kinder aus neun oder elf Nationen sind, und die Hälfte davon kann noch nicht einmal die deutsche Sprache richtig.

(Abg. Tittmann [DVU]: Hört, hört!)

Da ist es ein richtiger Weg, früh die Sprachfähigkeit und Sprechfähigkeit zu erkennen und zu fördern, aber insgesamt müssen die Kinder auch in den anderen Bereichen gefördert werden. Das muss nicht unbedingt, Herr Senator Lemke, insgesamt im Bildungssystem mehr Geld kosten. Wenn man das an einer anderen Stelle vielleicht einspart, ist es hier besser eingesetzt, aber das muss man vorrangig in Angriff nehmen, weil das die jungen Kinder sind, die noch eine Chance haben. Bei den Fünfzehn- oder Sechzehnjährigen anzufangen ist sehr viel schwieriger. Also, packen Sie das an!

Ein dritter Punkt, und den haben wir mit unserem Antrag angesprochen: Das gibt es nur in Deutschland, dass so viele Schülerinnen und Schüler entweder sitzen bleiben, zurückgestellt werden oder auf die eine oder andere Weise in der Schule immer älter werden, ohne in der Schule wirklich voranzukommen. Auch so etwas wie Sonderschulen für Lernbehinderte kennen fast alle Länder Europas nicht, in die Kinder abgeschoben werden.

Meine Damen und Herren, wir haben nicht vorgeschlagen, administrativ zu sagen, wir schaffen morgen das Sitzenbleiben ab. Wir haben Ihnen einen Antrag vorgelegt, dass Sie ausschreiben, dass sich Schulen bewerben können, die glauben, sie seien in der Lage, auf einem qualitativ guten Standard das Sitzenbleiben relativ schnell in ihren Schulen abzuschaffen. Warum soll man das nicht machen? Das liegt doch nahe!

(D) Wenn Lehrerinnen und Lehrer und Eltern sich darüber einig sind, dass das geht in ihrer Schule, und akzeptieren, dass sie bestimmte Qualitätsstandards, die überprüft werden, auch erreichen mit den Kindern, dann sollen sie das jetzt und so schnell wie möglich machen können. Da hilft uns kein runder Tisch. Das müssen die Schulen selbst organisieren, und der Senator für Bildung und Wissenschaft muss dafür sorgen, dass es jetzt endlich in diesem Land auch so etwas gibt wie Qualitätssicherung, Qualitätskontrolle und Qualitätsverbesserung. Das kann man alles schon heute in die Wege leiten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

In dem Zusammenhang möchte ich noch einen kleinen Hinweis geben, Herr Senator! Dieses Schulgesetz, das wir in Bremen haben und das seit 1995 in Kraft ist, sieht so genannte Schulinspektionen vor. Das sind eigentlich Personen, die die Schulen beraten sollen bei der Qualitätssicherung und Qualitätsverbesserung. Diese Schulinspektionen, wenn ich das richtig sehe, sind in den letzten Jahren weitgehend eingeschlafen, personell ausgedünnt worden und verschwunden und waren ehrlich gesagt in den Schulen auch nie akzeptiert worden in den meisten Bereichen in dieser Stadt. Dieses Versäumnis der Vergangenheit, ich will sie jetzt nicht wieder zum Le-

(A) ben erwecken, können wir uns nicht ein zweites Mal leisten. Hier muss jetzt aktiv angesetzt werden, und das ist allerdings eine Aktivität, die die Behörde leisten muss – das können die Schulen nicht allein leisten –, mit den Schulen zusammen Qualität zu verbessern und Qualität zu sichern.

Die Lehrerausbildung ist ebenfalls ein Punkt, der angegangen werden kann, meine Damen und Herren! Anfang des Jahres 2000 haben wir hier über die Lehrerbildung diskutiert. Da waren nicht Sie das, aber Herr Staatsrat Köttgen, der gesagt hat, wir packen das jetzt an. Schon damals hatte die Kultusministerkonferenz ein paar Reformvorschläge gemacht, die vielleicht nicht reichen. Wir sind zwei Jahre weiter. Soweit ich informiert bin, beraten intern mindestens drei verschiedene Gremien über die Lehrerausbildung. Zusammen kommen sie nicht, eher arbeiten sie gegeneinander, und irgendwelche Vorschläge, die die Studenten – im nächsten Herbst fängt eine neue Generation an – tatsächlich dahin bringen könnten, künftig auch bessere, moderner ausgebildete Lehrer als heute zu sein, habe ich noch nicht auf dem Tisch gesehen. Ich finde, das ist auch etwas, was verschlafen wird, was uns Pisa aber zwingt zu tun.

(B) Dazu gehört nicht allein die Lehrerbildung, sondern genauso die Lehrerfortbildung, das finde ich fast noch wichtiger, Herr Rohmeyer. Da komme ich auf Bederkesa. Ich will jetzt nicht über die Details dieser Schule oder darüber reden, was am Leibnizplatz war oder nicht. Ich finde es aber falsch, wenn wir den Eindruck erwecken, Unterricht ist alles, und Fortbildung der Lehrer ist nichts. Wir werden künftig, auch das lehrt Pisa, dahin kommen müssen, dass Schulen oder Teile von Schulen sich gemeinsam fortbilden, um ihre Ziele zu erreichen,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

und diese Fortbildung nichts Individuelles ist, wo sich jeder sein Häppchen aus dem Fortbildungsprogramm herausucht. Gerade, wenn Sie Fortbildung verbindlich machen wollen, bin ich für eine schulnahe und schulinterne Fortbildung als wichtigen Teil davon.

(Abg. R o h m e y e r [CDU]: Aber nicht unbedingt während der Unterrichtszeit!)

Lieber Herr Kollege Rohmeyer, die Arbeitszeit von Menschen ist glücklicherweise, soweit sie Angestellte sind, tarifrechtlich begrenzt, und ich lege auch Wert darauf, dass wir dazu kommen. Wir können ja darüber reden. Ich bin sehr dafür, eine vernünftige Arbeitszeitdebatte der Lehrer zu führen und wie in anderen Ländern Unterricht, Fortbildung, Konferenzzeit, aber auch Zeit für Umgang mit Eltern und mit den Kindern außerhalb der Schule festzulegen.

(C) Dann werden wir zu etwas kommen, was Sie nicht hören wollen, dass nämlich in Deutschland die reine Unterrichtszeit für die Lehrer zu hoch und die Zeit für die anderen genauso wichtigen Tätigkeiten, nämlich wie man Kinder zum Beispiel auch fördern kann, Elternzusammenarbeit organisieren kann, viel zu niedrig ist.

(Abg. R o h m e y e r [CDU]: Dann vergleichen wir auch die Gehälter!)

Dazu müssten wir eine Revolution haben. Dafür müssten wir von den 45 Stunden Unterricht und auch vom Beamtenstatus der Lehrer weg.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Hätten wir angestellte Lehrer, dann würden ihre Gewerkschaften mit dem Arbeitgeber frei aushandeln, wie das aussieht. Das wäre, glaube ich, für alle Seiten besser.

(D) Meine Damen und Herren, es ist immer schwer, um diese Zeit eine grundsätzliche Bildungsdebatte zu führen. Deshalb sage ich jetzt zum Schluss nur: Die große Koalition hat im Jahr 1995 den Schulfrieden verkündet. Das hat zu vielen kleinen Kämpfen auf Schulebenen, Strukturänderungen, Gezerre und so weiter ohne großes Konzept geführt. Wir brauchen jetzt keinen Schulfrieden mehr, im Gegenteil, wir brauchen einen Kampf darum, dass die Schulen und damit die gesamte Bildungspolitik in der Gesellschaft die Bedeutung und das Ansehen bekommen, das sie eigentlich in dieser Gesellschaft brauchen, Frau Hövelmann hat darauf kurz hingewiesen, und damit all diese schönen programmatischen Worte, die wir eben in der Debatte um lebenslanges Lernen verlesen bekommen haben, tatsächlich Wirklichkeit werden!

Der runde Tisch Bildung, der hier zitiert worden ist, an dem alle möglichen Gruppen zusammensitzen, ist ein kleiner Teil davon. Es reicht aber nicht, irgendetwas an runden Tischen zu beraten. Es ist wichtig, dass wir alle in die Gesellschaft gehen und versuchen, jetzt zusammen Schritte nach vorn zu machen und nicht da stehen zu bleiben, wo wir schon viele Jahre gestanden haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als nächster Redner hat das Wort Herr Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst begrüße ich es außerordentlich, dass wir uns heute bereits intensiver mit der Pisa-Studie beschäftigen. Ich begrüße es deswegen, weil ich es nicht unbedingt notwendig finde, bis zum 1. Juli 2002 zu warten, um dann die

(A) Hände über dem Kopf zusammenzuschlagen und zu sagen, ach, das ist aber erschütternd, da müssen wir handeln. Ich denke, es ist hohe Zeit zu handeln.

Es ist eine gute Chance, insofern stimme ich auch mit Herrn Mützelburg überein, sehr kritisch zu analysieren, den runden Tisch, er ist genannt worden, als Chance für geeignete Maßnahmen zu nutzen. Einige wenige sind hier heute schon angesprochen worden, die wir ganz konkret einfach schon umgesetzt haben, bei denen wir der festen Überzeugung sind, dass es richtig ist, übrigens ohne sie im Augenblick finanziert zu haben. Wir haben gesagt, wir haben die Notwendigkeit zu handeln, wir handeln! Gegebenenfalls wird dieses Handeln, wo wir neue Aufgaben haben, auch irgendwann dazu führen, dass wir noch einmal in dieses Haus kommen und fragen müssen, wie wir zusätzliche Aufgaben im Interesse unserer Kinder finanzieren sollen. Ich hoffe, dass Sie uns dann nicht allein lassen!

(Beifall bei der SPD)

Zu den einzelnen Punkten, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die verbindliche Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer ist angesprochen worden. Das ist eigentlich, meine Damen und Herren, eine Selbstverständlichkeit. Das ist leider in den Schulen in Deutschland keine Selbstverständlichkeit. Ich bitte Sie recht herzlich, mich oder die Bildungspolitiker in Bremen dabei zu unterstützen, wenn wir das letztendlich durchsetzen. Die Präsenztage, die in Niedersachsen übrigens seit einigen Jahren akzeptiert sind, die wir jetzt zum neuen Schuljahr auch einführen – Sie haben ja entsprechende Reaktionen aus den Schulen, von der Gewerkschaft oder auch in Leserbriefen schon mitbekommen –, zeigen ja, dass das noch strittig wird. Sie sind aber genau dafür gedacht, das umzusetzen.

(B) Was mich auch etwas geärgert hat, obwohl ich, nachdem ich dann gesehen habe, um welche Schule es sich handelt, wenn eine Schule, die einen hohen Anspruch und ein sehr gutes Kollegium hat, das sich sehr engagiert um die Kinder und Jugendlichen kümmert, dann erheblich mehr Verständnis dafür habe, wenn die auch über Nacht einmal in eine Fortbildung gehen, dass das dazu führt, dass das Kollegium sich stärkt, man sich dort auch inhaltlich gegenseitig so befruchtet, dass es eindeutig auch im Interesse des Bildungssenators ist.

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Was ist denn da nachts gelaufen? – Heiterkeit)

Ich glaube, dass Sie, Herr Eckhoff, wissen, dass man abends auch noch gesellig bei einem Glas Wein oder köstlichem Haake-Beck-Bier kommunizieren kann, was man normalerweise in der Schule nicht macht.

(Abg. E c k h o f f [CDU]: Also Sie meinen die gesellige Befruchtung!)

Die gesellige Befruchtung meine ich! An was dachten Sie denn? Der Altersschnitt unserer Kollegien liegt bei 55 Jahren!

(C)

(Heiterkeit – Abg. Karl Uwe O p p e r - m a n n [CDU]: Was soll das denn heißen? – Abg. M ü t z e l b u r g [Bündnis 90/Die Grünen]: Immer noch jünger als im Durchschnitt der Senat!)

Ich will das Thema nicht weiter ausführen. Provokieren Sie mich nicht, meine Damen und Herren!

Die verbindliche Fortbildung, ich sage es noch einmal, ist dringend erforderlich. Es kann nicht angehen, dass das, was man in der Universität vor 20 oder 30 Jahren gelernt hat, nicht aufgefrischt wird. Dazu gehört selbstverständlich auch der Gang in die Betriebe, um zu sehen, wie sich die wirtschaftliche Entwicklung in den Betrieben konkret verändert hat, was unsere Jugendlichen und Kinder lernen müssen und von ihnen erwartet wird. Das sind ganz elementare Dinge, die natürlich auch von den Lehrern mitgenommen werden müssen. Dazu brauchen wir übrigens, meine Damen und Herren, die Lehrerinnen und Lehrer.

Ich war heute sehr traurig, als ich hinausgeschaut habe, dass da eine Demonstration stattgefunden hat und deshalb 2,5 Prozent des Unterrichts heute, ich habe es nachrechnen lassen durch meine Behörde, ausgefallen sind. 2,5 Prozent des Unterrichts, der heute erteilt werden sollte, sind ausgefallen. Ich bedauere das außerordentlich. Persönlich, menschlich habe ich Verständnis dafür, die sind benachteiligt. Ich kenne aber viele gesellschaftliche Gruppen, die in ähnlicher Form benachteiligt sind, denen es erheblich schlechter geht, die keinen gesicherten Arbeitsplatz haben mit einem sehr guten Einkommen, und die haben nicht die Möglichkeit, den Unterricht, den Arbeitsplatz einmal eben zu verlassen. Denen gilt meine Solidarität stärker als denen, die heute demonstriert haben. Ich muss das so deutlich sagen.

(D)

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Präsident Weber: Herr Senator, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Mützelburg?

Senator Lemke: Selbstverständlich!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, ich möchte Sie nur darauf hinweisen, dass dieser Vergleich meiner Meinung nach unzulässig ist. Die Demonstration der Lehrerinnen und Lehrer, die zu anderen Bedingungen bezahlt werden als die Lehrer, die Sie jetzt einstellen, ist das Ergebnis einer Politik des Senats. Das haben Sie zu verantworten, nicht persönlich, sondern der Senat, und das hat nicht gesellschaftliche Ursachen wie in den anderen Fällen, die Sie angesprochen haben. Hier kann

- (A) sich der Täter nicht darüber beklagen, dass er zum Opfer wird, weil hier Unterricht ausfällt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. D r . K u h n [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist richtig!)

Senator Lemke: Herr Mützelburg, das war eine Bemerkung.

(Abg. M ü t z e l b u r g [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, darf ich doch machen!)

Das ist auch in Ordnung. Ich habe nur überlegt, was ich Ihnen jetzt antworten soll. Ich antworte Ihnen, dass es eine Vielzahl von Beschäftigten an unseren Schulen gibt, die sich nicht in den Besoldungs- oder Vergütungsgruppen befinden, obwohl sie – –.

Herr Mützelburg, ich habe Ihnen eben sehr genau zugehört, ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir jetzt auch zuhören würden, denn ich sage das jetzt speziell Ihnen.

Ich finde es nicht in Ordnung, dass durch diesen Streik heute Unterricht ausfällt. Es fällt genug Unterricht an unseren Schulen aus!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

- (B) Ich möchte aber, dass Unterricht stattfindet, und nicht beliebig irgendein Unterricht, sondern besserer Unterricht stattfindet, das ist das Entscheidende. Ich kann durchaus damit leben, dass einmal eine Stunde Unterricht ausfällt, wenn es aber immer wieder Berichte über Unterrichtsausfälle an unseren Schulen gibt, die sich durch verschiedene Faktoren bedingen, die ich auch zu akzeptieren habe, dann ist es eben in so einer Phase sehr bitter.

Niemand ist gezwungen worden, an unseren Schulen einen Angestelltenvertrag zu unterzeichnen. Es gibt ganz viele Bedienstete im öffentlichen Dienst, die auf einer Etage arbeiten, von denen der eine Beamter und der andere Angestellter ist. Die müssen auch damit klarkommen, obwohl sie die gleichen Aufgaben haben. Jeder hat das gewusst. Deswegen jetzt zu streiken kann ich nicht akzeptieren. Ich kann das persönlich vielleicht verstehen, aber dass deshalb Unterricht ausfällt, meine Damen und Herren, ärgert mich schwer.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben ein großes Problem mit der Diagnosefähigkeit unserer Lehrerinnen und Lehrer. Hier besteht ein besonderer Handlungsbedarf sowohl im Bereich der Fortbildung als auch der Lehrerausbildung, weil die Lehrerinnen und Lehrer, das hat die Pisa-Studie ganz nachdrücklich bewiesen, nicht genau diagnostizieren, was

- (C) ihre Schülerinnen und Schüler eigentlich können. Wenn sie das aber nicht analysieren können, dann ist es doch klar, dass es dann zu dem selektiven Verhalten kommt, das wir zu beklagen haben.

Es ist unerträglich, ich wiederhole ausdrücklich, was die Kollegin Frau Hövelmann vorhin gesagt hat, zu sehen, dass in unserer Gesellschaft Kinder aus bildungsfernen Schichten die vielfach schlechtere Chance haben, hier an unseren Schulen einen Schulabschluss zu absolvieren. Das ist nicht zu ertragen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der SPD)

Ich bekomme es nicht hin, die Elternhäuser maßgeblich zu verändern, aber ich muss es hinbekommen, die Lehrer darauf aufmerksam zu machen, dass sie einen sehr plietschen Jungen aus Kasachstan haben. Selbst wenn der in der vierten Klasse nicht gut Deutsch spricht, Herr Rohmeyer, so muss ich ihm die Chancen geben, in der Mittel- und Oberstufe das im Deutschen nachzuarbeiten und seine kognitiven Fähigkeiten voll auszunutzen, damit er sich später in unsere Gesellschaft voll integrieren kann.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Präsident Weber: Herr Senator, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Rohmeyer?

(D)

Senator Lemke: Ja!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Senator, habe ich Sie jetzt richtig verstanden, dass Sie der Auffassung sind, dass Schülerinnen und Schüler, die die deutsche Sprache nicht ausreichend beherrschen, trotzdem weiterhin am Unterricht teilnehmen sollen, oder ob es nicht vielleicht besser wäre, wie ich es ja auch als Vorschlag unterbreitet habe, dass durch eine entsprechende Förderung schon vor Eintritt in die Schule, aber insbesondere während der Grundschulzeit entsprechende Sprachkenntnisse erworben werden?

(Unruhe bei der SPD)

Senator Lemke: Ich habe ganz ausdrücklich gesagt, dass ich es richtig finde, dass ein Schüler, der nicht perfekt Deutsch spricht, wenn er in der vierten Klasse ist – –. Sie haben vorhin hier dem Haus von einem Schüler in der vierten Klasse berichtet, den Sie nicht in die Klasse fünf versetzen würden.

(Abg. R o h m e y e r [CDU]: Der dem Unterricht nicht folgen kann! – Zuruf der Abg. Frau M ö b i u s [SPD])

Ich rede von dem Kind, das von Kasachstan oder Ostanatolien in unser Land kommt und in der vier-

(A) ten Klasse der deutschen Sprache nicht so mächtig ist, wie wir uns das eigentlich vorstellen, aber in anderen kognitiven Bereichen sehr plietsch und clever ist, den ich in der fünften, sechsten, siebten Klasse sprachlich so fördern möchte, all seine kognitiven Fähigkeiten, seine Talente so fördern möchte, dass er ein glänzendes Abitur in unserer Stadt macht, um sich voll zu integrieren.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Herr Senator, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Kollegen Rohmeyer?

Senator Lemke: Ja!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Nur eine kurze Anmerkung! Sind wir uns denn darüber einig, dass es auf jeden Fall unser Ziel sein muss, die deutsche Sprache als Schlüsselkompetenz, als Schlüsselqualifikation insgesamt für alle Lernbereiche zu sehen?

(Unruhe bei der SPD)

Sie werden mir zugestehen, dass die kognitiven Fähigkeiten in anderen Fächern auch nur dann entsprechend zur Geltung kommen, wenn derjenige oder diejenige auch versteht, was in den Fächern gerade Inhalt ist.

(B)

Senator Lemke: Sie kennen meine Position dazu, dass ich mit den Eltern spreche, dass sie ihren Kindern Deutsch beibringen sollen und das entsprechend fördern. Das wissen Sie, das bräuchte ich Ihnen eigentlich hier nicht zu sagen. Wenn Sie aber Wert darauf legen, okay. Es ist so.

(Abg. **Rohmeyer** [CDU]: Das war missverständlich!)

Ein zweiter wichtiger Punkt, da möchte ich ausdrücklich auch wieder Frau Hövelmann bekräftigen: Wir müssen klarere Ziele, wir müssen klarere Standards setzen, was die Kinder innerhalb der Grundschulen in allen Stadtteilen, in Osterholz-Tenever, in Schwachhausen und in Burgdamm, natürlich auch in Huchting, können müssen.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Präsident Weber: Ihre Redezeit, Herr Senator!

Senator Lemke: Redezeit? Habe ich hier eine Redezeit?

(Heiterkeit)

Präsident Weber: Ja!

Senator Lemke: Ich bin aber erst beim zweiten Punkt. Ich muss es dann jetzt im Eilverfahren machen. Eine Minute habe ich noch, oder?

(C)

Wir müssen dringend Ziele setzen, denn die Schulen brauchen das. Wir müssen in die Schulen gehen, wir müssen die Schulen überzeugen, dass sie diese Qualitätsdebatte annehmen. Es nützt überhaupt nichts, wenn wir mit dem Zeigefinger oder mit der Schulinspektion drohen, wie es Herr Mützelburg vielleicht eben angedacht hat.

Wir müssen in den Schulen eine Bereitschaft zur Qualitätsdebatte bekommen. Sie müssen selbst davon überzeugt sein, dass es wichtig ist, die Kinder nach der vierten, zehnten oder dreizehnten Klasse auf ein gewisses Niveau zu bringen. Das ist dringend erforderlich. Wir als Sozialdemokraten sagen anders als die CDU, ich bitte um Verständnis, und ich als sozialdemokratischer Bildungssenator sage ausdrücklich, ich möchte die Vergleichsarbeiten so stattfinden lassen, dass wir in der dritten Klasse sehen können, was wir noch bis zum Ende der vierten Klasse erreichen können.

(Beifall bei der SPD – Abg. **Kleen** [SPD]:
Bravo!)

So sollen die Standards überprüft werden, die wir dann gesetzt haben. Das ist, finde ich, ein ganz wesentlicher Punkt, ich glaube aber, da bekommen wir Sie auch mit ins Boot, Herr Rohmeyer.

(D)

(Unruhe bei der SPD – Glocke)

Das Bildungsklima in diesem Land muss sich auch dringend ändern! Es kann nicht angehen, dass uns Schülerinnen und Schüler berichten, wenn wir sie besuchen, dass sie während der Unterrichtswoche bis ein Uhr kellnern gehen, um ihr Taschengeld aufzufrischen. Das passiert jetzt mittlerweile leider in einem solchen Ausmaß, dass ich mich frage, wie wir denn gute Schule machen und den Kindern etwas beibringen sollen, wenn die bis nachts um eins in den Kneipen abhängen, um sich ihr Taschengeld aufzufrischen. Da brauche ich aber alle, die gesamte Gesellschaft, sonst bekomme ich sie da überhaupt nicht mit.

Zum Sitzenbleiben! Lieber Herr Mützelburg, das ist nicht neu. Bis zur siebten Klasse bleibt in Bremen überhaupt keiner sitzen. In den Gesamtschulen bleibt keiner sitzen. Wenn wir dann einmal das eine oder andere Modell durchführen, um zu beobachten, was denn da eigentlich passiert,

(Glocke)

wenn wir erreichen können, dass dadurch, auch durch Leistungsanreize für die Schulen, mehr Schüler einen Hauptschulabschluss schaffen, wenn Sie das durch Modellvorhaben nachweisen können, dann

- (A) will ich das gern der Deputation vorschlagen, ob wir solche Modelle einmal durchführen können. Ich bitte um Entschuldigung, dass ich etwas überzogen habe. – Danke sehr!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/1062 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

(Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

- (B) Im Übrigen nimmt die Bürgerschaft (Landtag) von der Antwort des Senats, Drucksache 15/1094, auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD Kenntnis.

Änderung der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft – § 29 Anfragen

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 5. März 2002
(Drucksache 15/1085)

Meine Damen und Herren, die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach Paragraph 29 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft dürfen Einzelabgeordnete der Bremischen Bürgerschaft allein keine Kleine oder Große Anfrage in die Bürgerschaft einbringen. Aus der Tatsache heraus, dass in der Vergangenheit in der Bremischen Bürgerschaft schon einmal Einzelabgeordnete vertreten waren, halte ich diesen Paragraphen 29 der Geschäftsordnung schon lange für dringend reformbedürftig mit dem Ziel und der Notwendigkeit, dass durch eine Änderung des Paragraphen 29 auch ein-

zelne Abgeordnete allein Kleine oder Große Anfragen einbringen können.

(C)

Meine Damen und Herren, jetzt komme ich zum Kernpunkt meines Antrags! Herr Dr. Güldner, so ganz blöd sind Sie ja nun wirklich nicht.

(Unruhe)

Darum verstehe ich Ihre nachweislich öffentlich gemachte Aussage nicht ganz. Sie behaupten zum Beispiel, Tittmann würde parlamentarisch nicht mitarbeiten, er stelle keine Kleine oder Große Anfrage.

(Abg. R ö w e k a m p [CDU]: Stimmt ja auch!)

Dazu komme ich noch! Jetzt hören Sie einmal genau zu, wenn Sie es können! Da gibt es für mich nur zwei Möglichkeiten, entweder verschweigen Sie wissentlich die Tatsache, dass ich als noch Einzelabgeordneter allein keine Kleine oder Große Anfrage in die Bürgerschaft einbringen darf, oder aber Sie wussten es tatsächlich nicht. Dann aber sind Sie doch nicht so schlau, wie Sie hier immer tun.

Auf alle Fälle würde ich Ihnen als Mitglieder der Bremischen Bürgerschaft dringend raten, sich schnellstens und intensiv einmal mit der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft und hier auch insbesondere mit dem Paragraphen 29, aber auch mit dem Paragraphen 30 a zu beschäftigen, bevor Sie solche fachlich unqualifizierten Äußerungen öffentlich von sich geben.

(D)

Wenn Sie vom Bündnis 90/Die Grünen mich hier schon öffentlich anprangern, ich würde keine Kleine oder Große Anfrage einbringen, dann erwarte ich zumindest von Ihnen, dass Sie vom Bündnis 90/Die Grünen hier und heute durch Ihre Zustimmung für meinen Antrag mir die Möglichkeit eröffnen, dass ich überhaupt erst einmal Kleine oder Große Anfragen einbringen darf. Also, meine Damen und Herren vom Bündnis 90/Die Grünen, halten Sie nicht unvorbereitete Schaufensterreden, sondern tun Sie hier und heute Butter bei die Fische, und stimmen Sie meinem Antrag zu!

Zumindest erwarte ich von Herrn Dr. Güldner, dass er gleich nach vorn kommt und mir und der Öffentlichkeit deutlich erklärt, welche vier Personen von Ihrer Fraktion dazu bereit wären, Kleine oder Große Anfragen von mir mitzutragen, also mit zu unterzeichnen, die ich dann als Kleine oder Große Anfrage in Fraktionsstärke in die Bremische Bürgerschaft einbringen kann. Ich bin jedenfalls dazu bereit! Sie auch? Glauben Sie es mir, wenn ich die Möglichkeit dazu gehabt hätte, hätte ich hier sehr gern zu einer Vielzahl der von mir eingebrachten für Bremen und Bremerhaven kommunalpolitisch bezogenen Anträge hier schon längst Kleine oder Große Anfragen eingebracht!

(A) Das Gleiche gilt natürlich auch für den Paragraphen 30 a der Geschäftsordnung. Für diejenigen, die es nicht wissen: Dieser Paragraph behandelt und regelt die Beantragung einer Aktuellen Stunde. Meine Damen und Herren vom Bündnis 90/Die Grünen, Sie müssen wirklich sehr viel Zeit haben, dass Sie über ein Jahr lang unnützlich Ihre kostbare Zeit damit verschwenden, natürlich auf Kosten und zu Lasten der Steuerzahler, über meine Person ein zum Teil groteskes Lügenpamphlet herauszubringen und dabei anscheinend nicht einmal die Geschäftsordnung kennen.

Deshalb rate ich Ihnen dringend, anstatt hier sinnlos Steuergelder zu verprassen, sollten Sie lieber Ihre kostbare Zeit dafür nutzen, um hier endlich einmal parlamentarische Oppositionsarbeit zu leisten! In der Hoffnung, meine Damen und Herren, dass die Grünen bei ähnlichen dämlichen diesbezüglichen Aussagen besser vorbereitet sind als ihr Herr Dr. Güldner, fordere ich Sie auf, diesem Antrag der Deutschen Volkunion, dass auch Einzelabgeordnete allein Kleine oder Große Anfragen einbringen dürfen, zuzustimmen! Bei Ihrer überaus großen Toleranz und Ihrem Sinn für Gerechtigkeit dürfte die Zustimmung zu meinem Antrag, auch wenn ich nur Deutscher bin, für Sie ja wohl kein Problem sein, oder?

(Unruhe)

(B) **Präsident Weber:** Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde es ganz kurz machen. In der Tat haben wir eine Studie über die parlamentarische Arbeit der DVU und von Herrn Tittmann vorgelegt. Die Kolleginnen und Kollegen im Haus haben sie auch bekommen. Es ist auch nicht verwunderlich, was wir darin feststellen, nämlich dass Sie hier in diesem Hause uns und die Öffentlichkeit im Wesentlichen mit ausländerfeindlichen, antisemitischen, undemokratischen und nationalistischen Stereotypen beglücken. Darauf will ich gar nicht weiter eingehen.

(Zuruf des Abg. T i t t m a n n [DVU])

Worauf ich ganz kurz eingehen möchte, weil es so schön ist, möchte ich es den Kolleginnen und Kollegen nicht vorenthalten!

(Abg. T i t t m a n n [DVU] meldet sich zu einer Zwischenfrage – Glocke)

Präsident Weber: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Tittmann?

*) Vom Redner nicht überprüft.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Nein! Ich möchte kurz mit Genehmigung des Präsidenten aus der Zurückweisung von Radio Bremen an den Rechtsanwalt Gerhard Frey zitieren, vielleicht hat es der eine oder andere schon gehört, er vertritt Herrn Tittmann bei dem Wunsch, eine Gegendarstellung zu dieser „Buten-un-binnen“-Sendung zu erhalten. Radio Bremen hat bei den entsprechenden Gerichten, ich zitiere daraus, folgende Stellungnahme hinterlegt: „Darüber hinaus wird durch die Aussage auch nicht der Eindruck erweckt, Ihr Mandant könne als einzelner Abgeordneter solche Anfragen stellen und nutze diese Möglichkeit nicht. Dieser Eindruck konnte schon deshalb nicht entstehen, weil jeder Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft gemäß Paragraph 29 Absatz 1 und 2 der Geschäftsordnung das Recht hat, Anfragen an den Senat zu stellen, vorausgesetzt, diese Anfragen werden von mindestens vier weiteren Abgeordneten unterstützt, um die erforderliche Fraktionsstärke von fünf Abgeordneten zu erlangen.“ Insoweit muss sich jeder Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft bemühen, Mitstreiter für seine jeweilige Sache zu finden, Herr Tittmann!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Dass Sie keine Mitstreiter für Ihre Sache finden, das ist selbstverständlich so, weil hier 99 Abgeordnete sitzen, die alles andere tun würden, als sich als Mitstreiter für Ihre Sache herzugeben!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Wir haben in dieser Legislaturperiode Parlamentsreformen gehabt. Die Parlamentsreformen waren teils Konsens, teils auch in Punkten strittig. Wir haben sie abgeschlossen, wir werden keine weiteren Reformen in dieser Legislaturperiode machen, und lassen Sie mich hinzufügen, Ihre wegen, nach den Erfahrungen, die wir mit Ihnen hatten, schon gar nicht! – Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Tittmann.

Abg. **Tittmann** (DVU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Güldner, es ist ja sehr schön, dass Sie die Studie gerade eben erwähnt haben. Das erlaubt mir, dass ich in meiner Gegenrede etwas direkter darauf eingehen darf.

Meine Damen und Herren, es wird vom Bündnis 90/Die Grünen öffentlich behauptet, und ich werde angeprangert, dass ich keine Kleinen oder Großen

(C)

(D)

- (A) Anfragen einbringen würde, dass ich quasi parlamentarisch nicht mitarbeiten würde. Dabei wird aber vom Bündnis 90/Die Grünen wohlweislich verschwiegen, dass ich allein ohne eine Änderung des Paragraphen 29 hier gar keine Kleinen oder Großen Anfragen einbringen darf.

(Unruhe)

Das ist nun einmal Fakt! Damit aber die Grünen nun die Möglichkeiten haben, nach Ihren vollmundigen Aussagen, nachdem Sie mir nichts nennen konnten, diesen Umstand zu ändern, auch Taten folgen zu lassen, habe ich diesen Antrag eingebracht, aber auch damit ich in einer demokratischen Art und Weise als noch Einzelabgeordneter – durch Ihre Politik der Skandale werden wir hier bald stärker vertreten sein – sowie auch zukünftige Einzelabgeordnete –. Wer weiß, vielleicht ist Herr Schramm ja bald der nächste Einzelabgeordnete bei Ihrer Politik. Deswegen sollte Bündnis 90/Die Grünen diesem Antrag lieber zukunftsorientiert zustimmen.

(Unruhe)

- (B) Herr Dr. Güldner, Sie wollten mir eben die Frage nicht beantworten. Sie behaupten ja, ich würde in den Ausschüssen nicht mitarbeiten. Dann beantworten Sie mir hier und heute in aller Öffentlichkeit folgende leichte Frage: In welchen Ausschüssen und Deputationen bin ich überhaupt vertreten? Bei Ihren Aussagen müssten Sie das ja wissen. Ich höre! Dass Sie mir diese leichte Frage nicht beantworten konnten oder wollten, beweist mir und der Öffentlichkeit, dass Sie gar nicht wissen, worüber Sie reden und worüber Sie geschrieben haben! Damit haben Sie sich nun endgültig demaskiert und blamiert. Wenn Sie, Herr Dr. Güldner, allerdings mit Ihrer Aussage, ich würde in den Ausschüssen nicht mitarbeiten, zum Ausdruck bringen wollen, dass ich nicht auf Kosten und zu Lasten der Steuerzahler unnötige Luxusreisen der Ausschüsse mitmachen würde, dann haben Sie damit hundertprozentig Recht.

Sie haben mit keinem einzigen Wort oder Satz, weder in „Buten un binnen“ noch in Ihrer Studie einen einzigen Beweis dafür erbracht, dass ich ausländerfeindlich, rassistisch oder antisemitisch eingestellt bin. Es kann und wird solche Beweise auch niemals geben, weil die gesamte Deutsche Volksunion hundertprozentig auf dem Boden der demokratischen rechtsstaatlichen Grundordnung steht, und sonst gar nichts, basta!

Herr Dr. Güldner, in zwei Punkten haben Sie Recht, erstens stimmt, dass ich mich sehr stark, vehement und rigoros für den Tierschutz einsetze, und zweitens, dass ich meine Reden und Anträge tatsächlich nicht aus München bekomme. Diese Tatsache sollte auch schnellstens einmal Herr Kastendiek endgültig zur Kenntnis nehmen. – Ich bedanke mich!

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU) mit der Drucksachen-Nummer 15/1085 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Abg. T i t t m a n n [DVU])

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD, CDU und Bündnis 90/
Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit sind wir für heute an das Ende unserer Tagesordnung gekommen. Ich bedanke mich bei Ihnen und schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 18.12 Uhr)

(C)

(D)

(A) Anhang zum Plenarprotokoll**Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) vom 20. März 2002****Anfrage 8: Einrichtung beruflicher Gymnasien**

Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie hoch sind die bisherigen Anmeldezahlen an den neu gegründeten beruflichen Gymnasien in Bremen?

Zweitens: Welche Auswirkungen haben diese Zahlen auf die anderen Berufsschulen im Lande Bremen?

Drittens: Wie wirken sich diese Entwicklung und die bisher prognostizierte Zahl an Berufsschülern/Berufsschülerinnen auf die Lehrerversorgung im Berufsschulbereich ab dem kommenden Schuljahr aus?

Brumma, Frau Lemke-Schulte,
Böhnsen und Fraktion der SPD

Antwort des Senats:

Zu Frage eins: Für das Berufliche Gymnasium am Schulzentrum Huchting, Fachrichtung Gestaltung und Multimedia, haben sich 40 Schülerinnen und 19 Schüler angemeldet. 58 haben den Wohnsitz in Bremen, einer in Niedersachsen.

(B) Für das Berufliche Gymnasium am Schulzentrum an der Grenzstraße, Fachrichtung Wirtschaft, haben sich 23 Schülerinnen und 27 Schüler angemeldet. 45 haben den Wohnsitz in Bremen, fünf in Niedersachsen.

Für das Berufliche Gymnasium am Technischen Bildungszentrum Mitte, Fachrichtung Technik, haben sich drei Schülerinnen und 39 Schüler angemeldet. 40 wohnen in Bremen, zwei in Niedersachsen.

Für das Berufliche Gymnasium am Schulzentrum Bürgermeister Smidt, Kaufmännische Lehranstalten, Fachrichtung Wirtschaft, in Bremerhaven haben sich 22 Schülerinnen und zehn Schüler angemeldet. 16 wohnen in Bremerhaven, 13 im Altkreis Wesermünde und drei im sonstigen Niedersachsen.

Zu Frage zwei: Der Senat geht davon aus, dass die Einrichtung der neuen beruflichen Gymnasien zu einer anderen Verteilung der Schüler und Schülerinnen auf die Bildungsgänge der beruflichen Schulen und der gymnasialen Oberstufe führt. Aufgrund der geringen Zahlengrößen und fehlender Zeitreihen im beruflichen Gymnasium kann dies bei der Aktualisierung und Fortschreibung der Schülerzahlprognosen vorerst nur durch eine Setzung berücksichtigt werden. Diese Setzung geht derzeit davon aus, dass 40 Prozent der Schüler und Schülerinnen der beruflichen Gymnasien ansonsten in die Jahrgangsstufe elf der gymnasialen Oberstufe und 60 Pro-

zent der Schüler und Schülerinnen in andere berufliche Bildungsgänge eingetreten wären.

(C)

Die vorliegenden Anmeldungen zum Schuljahr 2002/2003 bestätigen dies im Wesentlichen, so dass durch die Einrichtung der beruflichen Gymnasien auch ein wichtiger Beitrag zur Hebung der Bildungsbeteiligung in Bremen geleistet wird. Durch die vorgenannte Umverteilung zwischen der gymnasialen Oberstufe und dem beruflichen Gymnasium einerseits sowie durch die Hebung der Bildungsbeteiligung andererseits wird die Schülerzahl der beruflichen Schulen – unter anderem auch durch die Einrichtung der beruflichen Gymnasien – zum kommenden Schuljahr steigen.

Zu Frage drei: Eine aussagekräftige Prognose kann erst anhand der im April 2002 vorliegenden Planzahlen für die Schüler-/Klassenverteilung in den Bildungsgängen der beruflichen Schulen im Schuljahr 2002/2003 vorgelegt werden. Erst dann können Aussagen zur Lehrerversorgung im Berufsschulbereich für das kommende Schuljahr gemacht werden.

Anfrage 10: Behördentelefonbuch 2002

Wir fragen den Senat:

Wie kann es angehen, dass in dem Behördentelefonbuch 2002 der Bereich „Kataster und Vermessung“ aufgeführt wird, obwohl er seit dem 1. Januar 2002 unter „GeoInformation Bremen“ firmiert?

Sieht der Senat Möglichkeiten, die interne Behördenkommunikation beim Senator für Bau und Umwelt zu verbessern, da schließlich die das Behördentelefonbuch 2002 herausgebende „Bremer Kommunikationstechnik“ ebenso wie die „GeoInformation Bremen“ diesem Ressort zugeordnet sind?

(D)

Pflugradt, Eckhoff und Fraktion der CDU

Antwort des Senats:

Die Erstellung und Aktualisierung des Behördentelefonbuchs benötigt einen Zeitaufwand von drei bis dreieinhalb Monaten von Redaktionsbeginn bis zur Auslieferung. Die Redaktionsarbeit wird von einem Team der Performa Nord übernommen. Die aktuelle Ausgabe orientiert sich dabei stets zeitlich eng an von den Dienststellen aufgegebenen jeweiligen Veränderungen der im Behördentelefonbuch verzeichneten Bereiche.

Das Behördentelefonbuch 2002 ist ab 23. November 2001 in der bremischen Verwaltung verteilt worden.

Da erst am 28. 11. 2001 der endgültige parlamentarische Beschluss zur Gründung des Eigenbetriebs „GeoInformation Bremen“ in der Bremischen Bürgerschaft gefasst wurde, konnte die neue Namensgebung und Organisationsform naturgemäß nicht in das am 23. 11. 2001 verteilte Behördentelefonbuch aufgenommen werden, es sei denn, man hätte den parlamentarischen Beschlüssen vorgegriffen.

(A) Ungeachtet dieser Problematik waren bei der Aktualisierung bis zur Verteilung folgende zeitlichen Abfolgen zu berücksichtigen: Beginn der Redaktionsarbeit war am 15. Juli 2001, Abschluss der Korrekturarbeiten war der 28. September 2001, dies war zugleich die letzte Möglichkeit, von den Dienststellen aufzugebene Änderungen oder Ergänzungen einzubringen.

Während der laufenden Redaktionsarbeit besteht grundsätzlich ein intensiver Informationsaustausch zwischen der BTB-Redaktion bei Performa Nord und den bremischen Behörden hinsichtlich aktueller Veränderungen nach Redaktionsbeginn bis kurz vor Drucklegung.

Vor diesem Hintergrund gibt es keine Veranlassung, die interne Behördenkommunikation beim Senator für Bau und Umwelt zu verbessern.

Anfrage 11: Umsetzung der Multimedia-Initiative

Wir fragen den Senat:

Erstens: Welchen Stellenwert hat das Projekt „d-lecture“, digitale Vorlesung, der Universität Bremen und Bremen Briteline GmbH im Rahmen des Konzeptes der „Notebook-Universität“?

Zweitens: Welche kommerziellen Perspektiven hat das Projekt „d-lecture“ nach Auffassung des Senats angesichts der internationalen Vorreiterrolle, die dieses Projekt im Multimedia-Sektor momentan noch einnimmt?

Drittens: Was hindert den im Rahmen der Umsetzung des T.I.M.E.-Programms zuständigen Senator für Wirtschaft und Häfen an einer Förderung des Projekts „d-lecture“?

Dr. Käse, Frau Busch,
Böhrnsen und Fraktion der SPD

Antwort des Senats:

Zu Frage eins: Das Projekt „d-lecture“ stellt aufbereitete Vorlesungen und Veranstaltungen mit den Begleitmaterialien in hoher Qualität für die Studierenden im Internet zur Verfügung. Der Stellenwert des „d-lecture“-Projekts ist insofern hoch zu veranschlagen, als mit relativ einfachen Mitteln eine weitreichende Online-Lernsituation geschaffen wird. Die Studierenden können sich auf dem Campus der Universität d-lectures via Funknetz auf das mobile Notebook laden und anschließend orts- und zeitunabhängig nutzen. Darüber hinaus ist es bei entsprechendem Anschluss des häuslichen PC möglich, auch am privaten Arbeitsplatz Lehrveranstaltungen nachzuarbeiten oder nachzuholen. Dies kommt den wachsenden Bedarfen der Studierenden nach mehr Mobilität entgegen und könnte die Studienzeit verkürzen helfen. Darüber hinaus soll das „d-lecture“-Projekt genutzt werden für eine Weiterentwicklung herkömmlicher Lehrveranstaltungen: Ziel ist es, unter anderem über die Analyse der Nutzernachfrage

zu neuen Erkenntnissen darüber zu kommen, wie sich herkömmliche Präsenzlehre durch Online-Angebote umstrukturiert in Präsenz-Anteile, Selbstlern-Anteile und gegebenenfalls Anteile eines betreuten Selbstlernens.

Zu Frage zwei: Im Rahmen von d-lecture wird eine Technik entwickelt, die den vollständigen Prozess zur Digitalisierung von Veranstaltungen umfasst. Diese Technik lässt sich neben der Nutzung zur digitalen Aufzeichnung von Lehrveranstaltungen in Hochschulen auch auf andere Anwendungsfelder und Nutzer übertragen. Für Weiterbildungsangebote der Hochschulen oder Weiterbildungseinrichtungen zum Beispiel eröffnet sich dadurch ein neues Vermarktungsinstrument. Für die Entwickler von d-lecture besteht somit eine hervorragende Chance, das Konzept und die Technik von d-lecture auch auf den kommerziellen Bereich übertragen zu können.

Da das Projekt eine Vorreiterrolle einnimmt, besteht die Chance, das mit Hilfe von d-lecture digital gespeicherte Expertenwissen über das Internet auch weltweit anzubieten und zu vermarkten. Der Einsatzbereich und die kommerziellen Perspektiven von d-lecture sind dabei noch nicht abschließend abschätzbar.

Zu Frage drei: Die Universität hat einen Antrag zum Thema „d-lecture“ in die Arbeitsgemeinschaft mit der Telekom eingebracht, der sich dort noch in Beratung befindet und insofern dem Senator für Wirtschaft und Häfen für das T.I.M.E.-Programm noch nicht vorliegt.

Anfrage 12: Bad Bederkesa statt Unterrichterteilung

Wir fragen den Senat:

Wie bewertet der Senat die Fortbildungsmaßnahme für alle Lehrer der Schule am Leibnizplatz in Bederkesa während der Unterrichtszeit?

Inwiefern bewertet der Senat das Weiterbildungsinteresse der Lehrer im Land Bremen höher als die Erteilung von Unterricht für die Schüler?

Inwieweit ist der Senat der Ansicht, dass solche Fortbildungsveranstaltungen im Land Bremen ebenso effektiv während der Ferien durchgeführt werden können?

Rohmeyer, Eckhoff und Fraktion der CDU

Antwort des Senats:

Für den Senat hat die Sicherstellung des Unterrichts in den Schulen höchste Priorität. Insofern ist das Weiterbildungsinteresse der Lehrkräfte diesem Primat grundsätzlich nachzuordnen. Die bisherige vorläufige Regelung sieht vor, dass Schulen einmal pro Jahr eine schulinterne Fortbildung während der Unterrichtszeit durchführen dürfen, wenn dieser durch die Schulkonferenz unter besonderer Berücksichtigung des Elternvotums zugestimmt worden ist

(C)

(D)

- (A) und diese mindestens zu gleichen Anteilen auch in der unterrichtsfreien Zeit stattfindet. Bei Bedarf muss Unterricht und Betreuung in Form eines Notprogramms sichergestellt werden.
- Der Senat ist der Auffassung, dass der Zeitpunkt von Fortbildungsmaßnahmen keinen gravierenden Einfluss auf deren Effektivität haben muss. Künftig sollen für Fortbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte nur noch die in den Ferien vorgesehenen Präsenztage beziehungsweise die unterrichtsfreie Zeit genutzt werden. Die Einführung von Präsenztagen während der Schulferien erfordert eine gesetzliche Änderung. Das hierzu eingeleitete Beteiligungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen. Eine entsprechende Vorlage wird so rechtzeitig in die Bürgerschaft eingebracht, damit die neuen Regelungen zum kommenden Schuljahr umgesetzt werden können; die Schulen wurden bereits entsprechend informiert.
- (B)
- (C)
- (D)